

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Putins Erfahrung

Als der damalige US-Vizepräsident Joseph Biden am 10. März 2011 in Moskau Wladimir Putin traf, seinerzeit russischer Ministerpräsident, war das New-Start-Abkommen über die Begrenzung der Zahl atomarer Sprengköpfe und der Trägerwaffen beider Staaten gerade in Kraft getreten. Es schien Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen zu geben, von gegenseitiger Visafreiung war die Rede.

US-Präsidenten Joseph Biden am 16. Juni in Genf von einem „Tiefpunkt“ in den beiderseitigen Beziehungen sprach. Der Wendepunkt liegt bereits zehn Jahre zurück: Am 17. März 2011 nahm der UN-Sicherheitsrat mit der Mindestzahl von zehn Befürwortern bei fünf Enthaltungen (China, Rußland, BRD, Indien, Brasilien) die Resolution 1973 an. Sie ermächtigte die UN-Mitgliedsstaaten, über Libyen eine Flugverbotszone einzurichten.

Weder Rußland noch China machten von ihrem Vetorecht Gebrauch. Zwei Tage später kündigte Frankreich Luftangriffe an und aktivierte seine bewaffneten Spezialkräfte, die längst in Libyen operierten und dschihadistische Milizen sowie Ghaddafi feindlich gesinnte Stämme trainierten. Die sie mit Waffen ausstatteten. Als Moskau protestierte und darauf hinwies, daß die Resolution 1973 weder militärische Unterstützung für Ghaddafi-Gegner noch Waffenlieferungen vorsah, eine vorhergehende UN-Resolution aber Waffenlieferungen verboten hatte, antwortete die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, in Resolution 1973 stehe dazu eben nichts.

Im Klartext: Rußland und China waren von der westlichen „Wertegemeinschaft“ aufs übelste

getäuscht worden. Als Frankreich und Großbritannien es mit ihren Bombardements nicht schafften, die libyschen Regierungstruppen zu schlagen, kamen ihnen US-Präsident Barack Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton, die sich vehement für Krieg einsetzte, mit der US-Luftwaffe zu Hilfe. Obama hält das inzwischen für einen „Fehler“, Hillary Clinton nicht. Noch heute ist im Internet ein Video abrufbar, das nach ihrer Landung im Oktober 2011 in der libyschen Hauptstadt Tripolis aufgenommen wurde. Es zeigt, wie sie auf die Nachricht von der (bestialischen) Ermordung Ghaddafis reagiert. Sie lacht glucksend und sagt: „Wir kamen, wir sahen, er starb.“

In den vergangenen zehn Jahren wiesen verschiedene Fachleute darauf hin, daß dieser Krieg ein Wendepunkt in der Haltung Putins

gegenüber dem Westen gewesen sei. Die UN-Resolution 1973 bezeichnete er öffentlich als „mittelalterlichen Aufruf zu einem Kreuzzug“. Die Attacken auf Libyen betrachtete er als „Fallstudie über westliche Interventionen: Proteste entfachen, ihnen verbale Unterstützung und diplomatischen Schutz gewähren und – falls das nicht funktioniert – Kampfflugzeuge hinschicken.“ Er nannte die Verbreitung des Videos von der Ermordung Ghaddafis im Westen „ekelhaft“. Der damalige Präsident des EU-Rates Herman Van Rompuy feierte dagegen: „Der Tod Ghaddafis markiert das Ende einer Ära des Despotismus.“

Wer den Staatsstreich in der Ukraine 2014, die Vorgänge in Rußland und in Belarus seit 2020 als Fortsetzung dieser westlichen Politik betrachtet, liegt richtig. Die Tatsache, daß es in Rußland um eine Atommacht geht, hindert den Westen nicht, abenteuerliche Destabilisierungsversuche zu unternehmen und gleichzeitig wie auf dem NATO-Gipfel mit Biden am 14. Juni in Brüssel zu lügen, die westlichen Raketenabwehrsysteme in Rumänien, der Türkei, Spanien und Polen seien „rein defensiv“.

Was sich Putin und Biden bei ihrem Treffen in Genf zwei Tage später zu sagen hatten, wird wahrscheinlich wie 2011 erst später bekannt werden. Fest steht: Das russische Staatsoberhaupt wußte diesmal genauer als damals, was von Erzählungen seines Gegenübers zu halten ist.

Arnold Schölzel



Der Westen täuschte 2011 im UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1973 Rußland und China über seine Kriegsabsicht gegen Libyen

Historiker berichten heute, daß damals nicht an die Öffentlichkeit kam, um was es Biden in erster Linie ging: Er wollte von seinen russischen Gesprächspartnern Einverständnis für das Raketenabwehrsystem erhalten, das die USA in Westeuropa aufstellen wollten – angeblich gegen den Iran und die KDVR gerichtet. Die russische Seite nahm ihm das aber nicht ab. Sie betrachtete zu Recht diese Systeme als Bedrohung gegen ihr Land. Heute sind sie weitgehend installiert. Allerdings hat Rußland gegen diese Bedrohung offensichtlich eine waffentechnische Antwort gefunden, gegen die es nach den Worten Putins, der seit 2012 wieder russischer Präsident ist, keine Abwehrmöglichkeit gibt.

Die vom Westen ausgehende Aufrüstung ist aber nicht der Hauptgrund, warum Putin kurz vor seinem Treffen mit dem jetzigen

Aus dem Inhalt



Gemeinsam für den Frieden	2
Abrüsten und Entspannung	3
US-Einflußnahme in Europa	4
Für Befreiung des palästinensischen Volkes	8
Interview mit Pierre Thorez	12
85. Jahrestag der Internationalen Brigaden	14
Ideologischer Schießbefehl	17
Konstantin Simonow	20
Warten auf Sputnik V	24
100. Jahrestag KP Chinas	25
Klimakrise hat Klassencharakter	29
Aufbauinitiative	30
Wir waren einmal das Volk	31
Walther Victor	32
Leserbriefe	33-35

Gemeinsam für den Frieden Ein Aufruf zur Vernunft

Angesichts der militärischen und politischen Situation der Welt von heute wird der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen Anliegen aller gutwilligen Menschen. Als ehemalige und heute noch aktive Militärs in Ost und West haben wir diesbezüglich eine besondere Verantwortung, weil wir die Folgen von Kriegen kennen.

Frieden ist heute nur erreichbar, wenn wir zurückkehren zu den Prinzipien, auf denen 1945 nach zwei Weltkriegen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Nachkriegsordnung aufgebaut wurde: Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten, gleich, ob groß oder klein; Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt.

Diese Prinzipien müssen wieder durchgesetzt werden, vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete, bis hin zum Kosmos. Deshalb rufen wir auf zur Besinnung auf eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit, vor allem die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, denen als Atommächte eine besondere Rolle zukommt. Soldaten der höheren Führungsebene tragen hohe Verantwortung dafür, daß der Frieden erhalten bleibt.

Wer heute über Mittel verfügt, die über Leben oder Tod entscheiden, kann sich nicht mehr

als bloßer Befehlsempfänger „von oben“ sehen. Wer diese Verantwortung auf seinen Schultern trägt, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, eine Politik einzufordern, die das gemeinsame Überleben aller sichert.

Die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrnehmung unserer Verantwortung

- Wir fordern, alle Maßnahmen und Schritte einzustellen, die gegen andere Länder gerichtet sind und die diese zwingen könnten, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen.
- Als Militärs fordern wir, den über Jahrzehnte erfolgreichen Weg der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen. Er

ist seit über einem halben Jahrhundert Beweis dafür, daß bei entsprechendem politischem Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

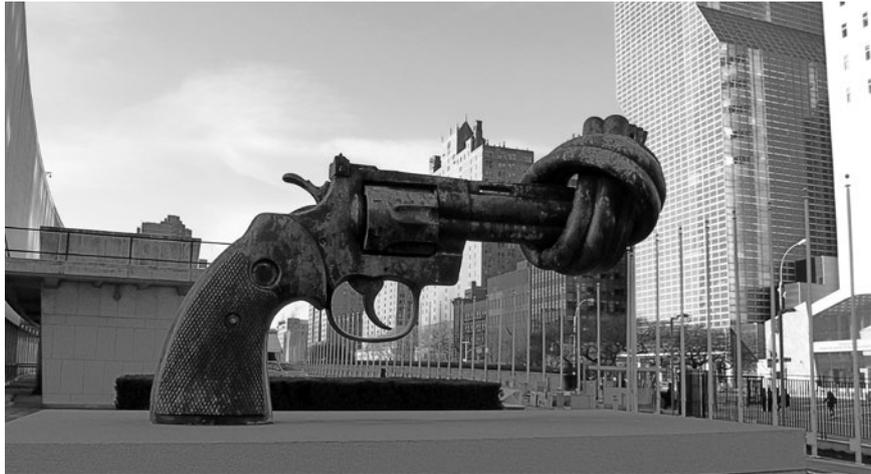
Allen ist klar, dieser Prozeß bedarf seiner Anpassung an die Veränderungen in der Welt. Gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Verantwortungsträgern rufen wir deshalb dazu auf, innezuhalten mit der Zerstörung des Völkerrechts und der elementaren Lebensgrundlagen

der Völker. Es geht um unser aller Überleben!

Heute werden dafür die Weichen gestellt!

Den Aufruf haben unterzeichnet:

*Generaloberst Streletz, Fritz
Generalleutnant Grätz, Manfred
Generalleutnant Sylla, Horst
Generalmajor Daum, Sebald
Generalmajor Jonischkies, Manfred
Generalmajor Voigt, Günter
Konteradmiral Müller, Gerhard*



Skulptur vor dem UN-Gebäude in New York: Das verknottete Gewehr

für die Zukunft sollten uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg einen. Diese Erde gehört nicht nur uns, sie gehört auch den Generationen, die noch ins Leben treten werden.

Alle, die die Sorge um die Erhaltung des Friedens und des Überlebens mit uns teilen, sind willkommen, unabhängig von ihrer Nationalität, Profession, ihrem Alter, Geschlecht und Glaubensbekenntnis.

- Wir fordern von den Regierungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln unter Beachtung der Interessen der Mehrheit der Menschen zu lösen.

Militärische Großverbände für große Kriege

Bereits im Weißbuch aus dem Jahr 2016 wurde eine neue Fokussierung auf Rußland („Landes- und Bündnisverteidigung“) – bei Beibehaltung der Fähigkeiten für Auslandseinsätze – eingeleitet: „Die stärkere Akzentuierung von Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung – insbesondere an der Peripherie der Allianz – verlangt von der Bundeswehr, ihre Einsatzorientierung auf diese anspruchsvolle Aufgabe und die hierzu notwendige Vorbereitung zu erweitern.“ Im Anschluß hieß es dann in der Konzeption der Bundeswehr vom 20. Juli 2018: „Die Bundeswehr muß [...] in der Lage sein, zur kollektiven Bündnisverteidigung in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten

bis hin zu kampfkraftigen Großverbänden innerhalb und auch am Rande des Bündnisgebietes eingesetzt zu werden.“

Was dies konkret für die Struktur der Bundeswehr bedeutet, wurde daraufhin im Fähigkeitsprofil vom 3. September 2018 festgelegt, das seither jährlich aktualisiert wird. Zwar ist das Dokument selbst als Verschlussache und die aus ihm abgeleiteten ... Rüstungsvorhaben sogar noch einmal höher als „geheim“ eingestuft worden, dennoch drangen einige Informationen dazu an die Öffentlichkeit. Bekannt ist, daß das Fähigkeitsprofil den sich bereits abzeichnenden Aufbau von Großverbänden in drei Schritten umsetzen will: 2023 soll ein

VJTF-Brigadeäquivalent3 – also etwa 5 000 Soldaten – mit voller Bewaffnung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung aller anderen Verpflichtungen (z.B. für die EU-Kampftruppen) in die NATO eingebracht werden können. Der zweite Schritt soll dann 2027 folgen, ab dann will die Bundeswehr eine Division (15 000 bis 20 000 Soldaten) beisteuern. Das Ende des im Fähigkeitsprofil beschriebenen Planungshorizontes ist schließlich 2032 erreicht. Von da ab sollen drei Divisionen für einen Krieg mit Rußland gerüstet sein. Die Luftwaffe soll bis dahin vier Einsatzgruppen (ca. 140 Kampfflugzeuge) und die Marine 25 Kampfschiffe und acht U-Boote beisteuern.

Aus: IMI-Studie 5/2021

Engagieren und Abrüsten wählen

Im April nächsten Jahres sind es 40 Jahre her, daß der damalige schwedische Regierungschef Olof Palme den UN-Bericht „Gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt hat. Sein Konzept waren vertrauensbildende Maßnahmen für Abrüstung, Entspannung und Sicherheit auf beiden Seiten. Das ist das Gegenteil von Konfrontation, Abschreckung und Aufrüstung und damit der heute wieder vorherrschenden Ideologie in der internationalen Politik. Und im Juni nächsten Jahres sind es sogar 50 Jahre, daß die Vereinten Nationen die erste Umweltkonferenz durchgeführt haben, auf der es zur Gründung der UNEP (United Nations Environment Programme) kam. Damals wurde in Stockholm schon deutlich, daß die ökologischen Gefahren weitreichende Folgen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen haben können. Beides – Abrüstung und Schutz der natürlichen Mitwelt – müssen in engen Zusammenhang gesehen werden, um den Frieden zu bewahren. Heute brauchen wir dringend eine neue starke Friedensbewegung. Denn wir erleben, wie schwer das überfällige Umdenken ist, allen Ankündigungen zum Trotz. Krieg, Aufrüstung und der Raubbau an der Natur sind mit handfesten wirtschaftlichen und ideologischen Interessen verbunden, um den Status quo zu verfestigen. Die Behauptung, Aufrüstung sei Sicherheit, sogar ein begrenzter Krieg sei führbar, ist Ausdruck des alten Konfrontations- und Machtdenkens. Es versteht sich, daß beide Seiten Sicherheit brauchen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm. Denn eigentlich ist es eine simple Wahrheit, daß Krieg in der hochgerüsteten Welt für niemand die Hoffnung auf

Frieden zuläßt. Wir sind in einen Abschnitt der Menschheitsgeschichte eingetreten, in der ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Verflechtungen und Abhängigkeiten so eng geworden sind, daß die Folgen grenzüberschreitend wirken. Sicherheit kann nicht militärisch bestimmt und auch nicht einseitig erreicht werden. In der zusammengewachsenen Welt ist der Frieden mehr denn je auf Abrüstung und gemeinsame Sicherheit angewiesen. Das war die Idee von Palme, der als Matrix dafür die deutsche Friedens- und Entspannungspolitik gesehen hat. Was damals unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation und der atomaren Hochrüstung in Europa entwickelt wurde, gilt angesichts der ungeborenen hohen Overkill-Kapazitäten und der ungelösten und sich zuspitzenden Konflikte wie Klimakrise, Migration oder Kampf um Rohstoffe in der globalen Welt um so mehr. Das Konzept von Palme hat heute eine noch größere Bedeutung. Sicherheit kann nicht gegen den vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner erreicht werden, sondern nur mit ihm. Eine friedliche Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen. Das war auch die Linie in den beiden anderen großen UN-Berichten der 80er Jahre: „Gemeinsames Überleben“, der Nord-Süd-Bericht von Willy Brandt, und „Gemeinsame Zukunft“, der Report zu Umwelt und Entwicklung von Gro Harlem Brundtland. (...) Zwei Faktoren haben eine zentrale Bedeutung. Zum einen die wachsende soziale Ungleichheit, die sich mit der Corona-Pandemie und der Klimakrise dramatisch zuspitzen werden. Erbitterte Verteilungskämpfe zeichnen sich ab. Zum anderen

der zunehmende Widerspruch zwischen Wissen und Handeln, der sich insbesondere bei der Bekämpfung der globalen Umweltgefahren zeigt. Klimakriege werden denkbar. Wahrscheinlich um 2045 wird die Erdtemperatur um 1,5 Grad Celsius angestiegen sein, Kipppunkte im Erdsystem rücken näher. Auch wenn die Klimakrise ein globales Problem ist, so bleiben die Auswirkungen noch über viele Jahrzehnte zeitlich, räumlich und sozial höchst ungerecht verteilt. Die Hauptverursacher der globalen Umweltkrisen werden anfangs nicht die Hauptbetroffenen sein. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verursacht 15 Prozent der Treibhausgasemissionen, auf die 18 Prozent der Weltbevölkerung, die auf dem afrikanischen Kontinent leben, entfallen nur rund drei Prozent. Die Auswirkungen der Klimakrise sind genau umgekehrt. Friedens- und Umweltbewegung müssen für eine gemeinsame Sicherheit zusammenkommen. Denn es ist eine brutale Illusion, es könnte abgeschottete grüne Oasen des Wohlstands auf einer unwirtschaftlichen Welt geben. Wir brauchen von daher eine doppelte Anstrengung: Abrüsten und eine sozialökologische Transformation. Das ist die logische Konsequenz der alten und neuen Waffensysteme und der technisch-ökonomischen Möglichkeiten, über die das Industriezeitalter verfügt.

Michael Müller
Naturfreunde

Reiner Braun
International Peace Bureau

Aus „*abrüsten statt aufrüsten*“, Juni 2021

Sozialismus wäre die Lösung!

Mathias Bröckers, der Autor des in der 14. Auflage erschienenen Buches „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.“, hat ein neues Buch zum Thema „Klimalügner“ vorgelegt. Er weist auf das große Sterben und „die weltweite Zerstörung von Ökosystemen“ hin, wofür unumstritten die Menschen verantwortlich seien. Er fordert einen „grundlegenden Systemwechsel und der kann nicht mit denselben Methoden erreicht werden, die die Zerstörung angerichtet haben“. Dem global herrschenden kapitalistischen System spricht der Autor ab, die weltweiten Probleme der Menschheit lösen zu können.

Der frühere US-Präsident Georg W. Bush meinte, daß der „amerikanische Lebensstil nicht verhandelbar“ sei, was bedeutet, daß die herrschende Klasse der Vereinigten Staaten auf ihre auf grenzenlosen Konsum basierende umweltzerstörerische

Lebensweise nicht verzichten wollen. Diese „Mentalität“ könne man auch „eins zu eins“ auf alle kapitalistischen Länder der gesamten nördlichen Halbkugel übertragen. Nach Meinung des Autors wäre zunächst einmal der Konsumverzicht der Wohlhabenden in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern eine von den Maßnahmen, die zu einer Entspannung der Umweltprobleme führen würde.

Mathias Bröckers stellt fest: „Panikmacher und Apokalyptiker lügen sich in CO2 genauso in die Tasche wie die Skeptiker und Leugner einer menschengemachten Erderwärmung“ Und „das große Sterben der Wälder, Meere“ sowie „die Vernichtung der Tiere und Pflanzenarten (gilt) als sekundär.“ Für Leugner der von Menschen verursachten Umweltprobleme ist CO2 also eine reine Nebensache.

Doch allein mit einer Reduzierung „der Treibhausgase“ sei das Problem nicht zu

lösen. „Der Mensch muß vom Parasiten wieder zum Symbionten werden“, zu einem Wesen, das mit seinesgleichen in wechselseitigem fruchtbringendem Austausch zusammenlebt, hebt der Autor hervor. Das jedoch kann er nur, wenn die Ursachen für den Raubbau an der Natur und der Umwelt, die in der privatkapitalistischen Produktionsweise liegen, beseitigt werden.

Das Ende des Kapitalismus wird ganz sicher noch auf sich warten lassen. Wer aber heute schon aktuelle Argumente zur Rettung unseres Lebensraumes kennenlernen möchte, dem ist das kleine Büchlein zu empfehlen.

Dr. Matin Baraki

Mathias Bröckers: Klimalügner, Vom Ende des Kapitalismus und der Zuvielisation, Edition Zeitpunkt/Westend Verlag, Frankfurt/M. 2020, 99 Seiten

US-Einflußnahme in Europa: Nicht Panik ist gefragt, wohl aber nüchternes Handeln

Nicht nur an Infanterie rüsten die USA und ihre Verbündeten in Osteuropa auf. Raketenstellungen, Drohnenflugplätze, Infrastruktur für Militärfahrzeuge aber auch „wissenschaftliche Laboratorien“ und der massive Einsatz von Propaganda dominieren die Außenpolitik von US-Präsident Biden.
(...)

An den Grenzen zu Rußland fand das Großmanöver Defender-Europe 2021, ein Manöver der USA, an dem 25 europäische Alliierte und Partner der USA (etwa die Ukraine) teilgenommen haben und 28 000 Soldaten mit Panzern und Flugzeugen von Land zu Land gezogen sind, statt. Außerdem läuft die NATO-Übung Steadfast Defender 21, an der US-amerikanische und europäische Soldaten teilnehmen. Sie stellt den ersten groß angelegten Test für die beiden neuen NATO-Kommandos dar, dem Joint Support Command mit Sitz in Norfolk (USA) und dem Support Command mit Sitz in Ulm (BRD). Deren Aufgabe ist „der Schutz der Atlantikrouten zwischen Nordamerika und Europa“, die – wie USA und NATO behaupten – durch russische U-Boote bedroht seien. Der EU ist dabei durch die USA auch eine wichtige „Mission“ zugeordnet, d.

h. eine Art militärischen Schengen-Raum zu schaffen, indem sie „die Infrastrukturen (Brücken, Eisenbahnen und Straßen), die nicht für das Gewicht oder die Größe schwerer Militärfahrzeuge geeignet sind“ entsprechend den militärischen Erfordernissen umbauen. Sicher ist, daß solche Maßnahmen nicht auf Entspannung deuten! Der Atlantik, die EU, einschließlich der osteuropäischen Mitglieder, und die ehemaligen Sowjetrepubliken werden in einen einheitlichen Vorraum für die „Ostfront“ – einen Vorbereitungsraum für Aggressionen – umgewandelt, von der Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg erneut spricht.

Damit werden Frieden und Sicherheit im globalen Maßstab bedroht sowie die Interessen und die Souveränität der einzelnen Staaten in Ost- und Westeuropa untergraben.

Die USA nutzen die nach 1990 entstandenen Bedingungen, um immer neue Instrumente zu schaffen, die der Sicherung ihrer Kontrolle über die politischen und gesellschaftlichen Vorgänge in den einzelnen Ländern und im gesamten osteuropäischen Raum dienen. Sie hoffen, diese Länder gleichzeitig sowohl gegen die konkurrierenden Bestrebungen der EU-Mächte als auch gegen China und Rußland einsetzen zu können. Dazu gehören die militärischen Stützpunkte und Raketenstellungen in Polen und Rumänien, die Stützpunkte im Baltikum, der neue Drohnenflugplatz in Rumänien, die provozierenden militärischen Aktivitäten im Schwarzen Meer.

Dazu gehört aber auch, daß unter dem Deckmantel des Studiums infektiöser

Krankheiten von den USA in diesen Ländern sogenannte wissenschaftliche Laboratorien betrieben werden, die vom US-Kriegsministerium, dem Pentagon, finanziert und kontrolliert werden. Russische Mikrobiologen und Politiker befürchten, daß in diesen Laboratorien, weit weg vom Territorium der USA und an den Grenzen zu Rußland und China, an der Entwicklung biologischer Waffen gearbeitet wird, da diese zu den am wenigsten kontrollierten Massen-



Lawrow: US-Waffenlieferungen an ukrainische Armee gefährden Friedensprozess in der Ostukraine

vernichtungswaffen zählen. Der Mangel an Kontrolle hat dazu geführt, daß solche US-amerikanischen biologischen Laboratorien entlang der russischen Grenze in Osteuropa und im Kaukasus eingerichtet wurden. Die USA weigern sich, die 1972 abgeschlossene Konvention über das Verbot der biologischen und toxischen Waffen zu akzeptieren. Sie betreiben ungehindert weiter Labors in der Ukraine, in der Republik Moldawien, in Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Kasachstan und Usbekistan.

Angesichts der COVID-19-Pandemie braucht man nicht unbedingt Mikrobiologe zu sein, um zu erkennen, daß diese Politik eine große existenzielle Gefahr nicht nur für die einzelnen Länder, in denen die Labors arbeiten, sondern für ganz Europa und sogar weltweit darstellt.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie widersinnig und gefährlich eine Haltung ist, die eine Gleichstellung der Politik der USA mit der Politik Chinas und Rußlands einnimmt. Wer eine Position der Äquidistanz bezieht, erschwert sich selbst den Weg zu wirksamen Antworten auf die Gefahren und relativiert zugleich die Erfahrungen der Geschichte. Angesichts der entstandenen ökonomischen und militärischen Kräftebalance im Verhältnis der USA zu Rußland und China und der Unzufriedenheit, die sich nach 1990 in den osteuropäischen Ländern und in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu artikulieren beginnt, befürchtet die Biden-Regierung offensichtlich, daß Probleme auftauchen könnten, die ihre Vorherrschaft gefährden. Eine

Schlußfolgerung besteht in der Absicht, „protestgetriebene Volksbewegungen“ zu schaffen, die nach Belieben manipulierbar sind. Eine „überparteiliche“ Taskforce, die vom Freedom House, dem Zentrum für strategische und internationale Studien (CSIS) und dem McCain Institute einberufen worden war, hat einen diesbezüglichen Bericht veröffentlicht. Darin entwickeln Führungskräfte, Experten und ehemalige Entscheidungsträger „praktische Empfehlungen für eine US-Strategie, die den Fortschritt der Demokratie und den Kampf gegen den Autoritarismus in den Mittelpunkt der amerikanischen Außen- und nationalen Sicherheitspolitik stellt“. Der Bericht soll laut den Autoren „sowohl ein Aufruf zum Handeln für die US-Führung als auch ein Fahrplan für einen praktischen, parteiübergreifenden Weg nach vorne“ sein. Darin entwickeln sie eine Sieben-Punkte-Strategie.

Punkt eins verlangt, daß „verstärkte Unterstützung der Demokratie und Bekämpfung des Autoritarismus im Zentrum der US-Außenpolitik und der nationalen Sicherheit“ stehen soll. Punkt zwei fordert eine „neue Führung in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte zu entwickeln und ein umfassendes Bündnis [zu] schaffen,

um neue demokratische Allianzen zu stärken und aufzubauen“. Präsident Biden wird empfohlen, den Demokratiegipfel zu nutzen, um Verbündete zu rekrutieren, den Zweck zu definieren und Ambitionen und Ressourcen zu fördern. Strategiepunkt drei sieht den „Ausbau der Investitionen in die Säulen einer offenen, rechenschaftspflichtigen, integrativen und demokratischen Gesellschaft“ vor. Als „Säulen“ werden „freie und faire Wahlen, unabhängige Medien und eine lebendige, aktive Zivilgesellschaft“ genannt. Neben verschiedenen Maßnahmen wird vorgeschlagen, in einen „großen Unternehmerfonds für unabhängige Medien“ zu investieren. Viertens wird der US-Führungsanspruch „bei der Entwicklung einer strategischen Agenda bezüglich der digitalen Technologiepolitik für die demokratische Welt“ eingefordert. Neben inneren Maßnahmen sollen „demokratische Regierungen für eine gemeinsame Vision des offenen Internets, einen demokratischen Ansatz zur Regulierung digitaler Technologien und eine strategische Agenda für Technologiepolitik und Investitionen“ zusammengebracht werden. Fünftens wird verlangt, eine „Strategie“ zu entwickeln, „um das Vertrauen in die Informationsumgebung wiederherzustellen“. Unter anderem sollten die USA dabei eine „globale Taskforce (...) einrichten, die gleichgesinnte Demokratien mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammenbringt“. Sechstens wird zur „Bekämpfung von Korruption und Kleptokratie“ aufgerufen, die zu „Geschäftsmodellen für moderne

Autoritaristen“ geworden sind, die sich nach westlicher Sprachregelung natürlich vor allem in Osteuropa befinden und eine Politik verfolgen, die nicht den Ansichten der USA/NATO und der EU-Mächte entspricht. Das soll zu einer der „grundlegenden Säulen“ der Nationalen Sicherheitsstrategie gemacht werden. Und schließlich wird in Strategiepunkt sieben die „Nutzung der US-Wirtschaftskraft zur Unterstützung der Demokratie und zur Bekämpfung des Autoritarismus“ verlangt. Die Biden-Regierung sollte die „Handels- und Entwicklungspolitik zu diesem Zweck neu gestalten“ sowie die „Entwicklungsförderung einsetzen und die US-Führung in multilateralen Entwicklungsbanken“ durchsetzen. Ein Blick auf die Außenpolitik

von Präsident Biden in den ersten 100 Tagen zeigt, daß es sich in der Substanz weniger um Neues handelt. Kennzeichnend ist die Kontinuität in der Sache. Sie ist darauf gerichtet, die Mechanismen zur Verwirklichung der hegemonialen Ziele im osteuropäischen Raum, den Eingriffsmechanismus, an die neuen Bedingungen anzupassen und dafür einen breiteren „Werkzeugkasten“ zu schaffen. Es ist auch beabsichtigt, privates Kapital verstärkt heranzuziehen, um die gestellten Ziele schneller erreichen zu können. Mit dessen Hilfe sollen in Bereichen wie Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft, in der Justiz, aber auch in Politik und Medien solche Zustände geschaffen werden, die es ermöglichen, die Bevölkerung in jeder Situation zu

manipulieren, damit sie „demokratischen“ Zielen zustimmt, die der Hegemonialpolitik der USA entsprechen. Im Grunde geht es darum, in den Ländern der Region nach dem Vorbild der kolonialen Mächte zu handeln, dabei aber moderne technische und ideologische Mittel und Methoden in ganzer Breite einzusetzen und sie als Plattform gegen Rußland und China zu instrumentalisieren. Doch die USA treffen dabei nicht nur auf die nationalen Interessen souveräner Völkerrechtssubjekte und ihre nach Selbstbestimmung strebenden Bevölkerung, sondern auch auf die Interessen der EU-Mächte.

Prof. Dr. Anton Latzo

Redaktionell gekürzt, RT DE, 29. Mai 2021

Joe Biden rekrutiert Vasallen

Joe Biden hatte es in seinem Wahlprogramm angekündigt: „Während Präsident Trump Verbündete und Partner im Stich gelassen und die amerikanische Führungsrolle aufgegeben hat, werde ich als Präsident sofort Maßnahmen ergreifen, um die Allianzen der Vereinigten Staaten zu erneuern und sicherzustellen, daß Amerika ein weiteres Mal die Welt anführt.“ Er hat sein Versprechen gehalten. Der Flugzeugträger „Dwight D. Eisenhower“ und seine Kampfgruppe, bestehend aus fünf Raketenwerfern (missile launchers), „haben Positionen des Islamischen Staates in Syrien und im Irak vom östlichen Mittelmeer aus angegriffen“, da der Islamische Staat „die Verantwortung für einen Angriff auf Palma in Mosambik übernommen hat“. Die US-Marine gab dies am 31. März offiziell bekannt, ohne zu erklären, wie der IS, der in Syrien und anderswo vor allem nach der russischen Intervention besiegt wurde, nun mit verdächtiger Pünktlichkeit bedrohlich wieder auftaucht. Nach dem Angriff aus dem östlichen Mittelmeer – Gebiet der Seestreitkräfte des United States European Command mit dem Hauptquartier in Neapel Capodichino – durchquerte der Flugzeugträger Eisenhower am 2. April den wiedereröffneten Suezkanal und kam in das Gebiet des US Central Command, das den Persischen Golf umfaßt. Hier schloß er sich dem französischen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ an, der auf Wunsch Washingtons am 31. März das Kommando über die US-Task Force 50 übernahm, nicht für den Einsatz gegen den IS, sondern in Wirklichkeit gegen Iran. Die Tatsache, daß Washington Paris gebeten hat, mit seinem Flaggschiff eine US-Marineeinheit zu führen, fällt in die Politik der Biden-Präsidentschaft, die immer noch die Kontrolle über die Befehlskette behält, da die Task Force 50 vom US Central Command abhängt. Dies wird durch die von der US Army geplante Warfighter-Übung bestätigt, die vom 6. bis 15. April von US-amerikanischen, französischen und britischen Divisionen in Fort Hood

und Fort Bliss in Texas, in Fort Bragg in North Carolina und in Grafenwöhr in Deutschland durchgeführt wurde. Bei dieser Übung operierten französische und britische Brigaden innerhalb einer US-Division, während US-Brigaden innerhalb französischer und britischer Divisionen operierten, jedoch immer nach dem US-Plan. Die Warfighter-Übung integriert die derzeit laufende Großübung Defender-Europe 21, welche die US-Armee in Europa und Afrika zusammen mit europäischen und afrikanischen Verbündeten und Partnern durchführt, um „die Fähigkeit der Vereinigten Staaten als strategischer Partner auf dem Balkan und im Schwarzen Meer, im Kaukasus, in der Ukraine und in Afrika“ zu demonstrieren. Das soeben in Fort Knox (Kentucky) reaktivierte V. Korps der US-Armee nimmt an Defender-Europe 21 teil und hat sein Kommando-Hauptquartier in Poznan (Polen) eingerichtet, von wo aus es die Operationen gegen Rußland leitet. Am 31. März wurde der polnische General Adam Joks auf Wunsch der Vereinigten Staaten zum stellvertretenden Kommandeur des V. Korps der US-Armee ernannt. „Es ist das erste Mal“, berichtet die US-Botschaft in Warschau, „daß ein polnischer General in die militärische Kommandostruktur der Vereinigten Staaten eingetreten ist.“ Mit anderen Worten: General Adam Joks gehört weiterhin zur polnischen Armee, ist aber als stellvertretender Kommandeur des V. Korps der US-Armee nun direkt der Befehlskette unterstellt, an deren Spitze der Präsident der Vereinigten Staaten steht. Die neuen Sicherheitskräfte-Unterstützungsbrigaden, Spezialeinheiten der US-Armee, die „ausländische Sicherheitskräfte organisieren, ausbilden, ausrüsten und beraten“, fallen unter dieselbe Politik. Sie werden „zur Unterstützung einer legitimen Regierungsbehörde“ im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa eingesetzt, derzeit im Rahmen von Defender-Europe. Sie sind ein effektives Instrument, um unter dem Deckmantel der „Unterstützung“ de facto militärische

Operationen unter US-Kommando zu starten. Das erklärt, warum der ukrainische Generalstabschef Ruslan Chomtschak nach einer relativen Atempause am 1. April erklärte, die Kiewer Armee bereite sich „auf die Offensive in der Ostukraine vor“, also gegen die russische Bevölkerung in Donbass, auch unter Einsatz von „territorialen Verteidigungskräften“ (wie dem Neonazi-Regiment Asow), und bei dieser Operation sei „die Beteiligung von NATO-Verbündeten vorgesehen“.

Manlio Dinucci
Italien

Quelle: Il manifesto vom 6. April 2021

(Übersetzung Zeit-Fragen, wobei einige Zeitanangaben angepaßt wurden)



Collage: Siegfried Lachmann

Der High-Tech-Kampffjet der EU

Der geplante deutsch-französische Kampffjet der nächsten Generation und das Luftkampfsystem FCAS stehen womöglich vor dem Scheitern.

Fortdauernde Rivalitäten zwischen den beteiligten Konzernen lassen ein Scheitern des bedeutendsten Rüstungsprojekts in der EU, des Future Combat Air System (FCAS), möglich erscheinen. Das FCAS, das sich um einen Kampffjet der nächsten, mittlerweile sechsten Generation zentriert und insbesondere Drohnen und Drohnenschwärme umfaßt, soll von 2040 an einsatzbereit sein; die Kosten werden inzwischen auf bis zu 300 Milliarden Euro beziffert. Die internen Streitigkeiten haben zugenommen, seit – vor allem auf deutsche Initiative – Spanien dem ursprünglich deutsch-französischen Projekt beigetreten ist und sich deshalb der Anteil der beiden zentralen Konzerne, Dassault (Frankreich) und Airbus Defence and Space (Deutschland), auf nur noch ein Drittel reduziert. Vor allem für Dassault ist das mit schweren Verlusten verbunden:

Der Konzern wäre fähig, den Jet im Alleingang zu bauen und zieht dies mittlerweile in Betracht. Das wäre für Berlin auch deshalb ein Rückschlag, weil London mit seinem Konkurrenzmodell „Tempest“ Fortschritte erzielt und mit Italien und Schweden zwei EU-Staaten einbezieht.

Bis zu 300 Milliarden Euro

Das FCAS (Future Combat Air System) ist das aktuell wohl bedeutendste Rüstungsprojekt auf EU-Ebene. Kern des Vorhabens ist ein Kampffjet der nächsten, sechsten Generation (Next Generation Fighter, NGF); dabei handelt es sich um eine Weiterentwicklung der heute modernsten, fünften Generation, zu der unter anderem die US-amerikanische F-35, die russische Suchoi Su-57 oder die chinesische Chengdu J-20 gehören. Die modernsten europäischen Kampffjets wie der Eurofighter oder die französische Rafale werden zur vierten Generation gezählt. Zeichnet sich die fünfte Generation insbesondere dadurch aus, daß ihre Jets über Tarnkappeneigenschaften verfügen, so ist die sechste darüber hinaus als Teil eines komplexen Kampfsystems, vernetzt unter anderem mit Drohnen und mit Drohnenschwärmen, definiert. Auf die gemeinsame Entwicklung und Produktion des neuen Kampffjets (NGF) bzw. des gesamten Luftkampfsystems (FCAS) haben sich Berlin und Paris auf Regierungsebene bereits im Juli 2017 geeinigt; vergangenes Jahr wurde offiziell noch Spanien in das Vorhaben integriert. Hauptsächlich getragen wird das Projekt von den Konzernen Dassault (Frankreich) und Airbus (Deutschland, Spanien).

Die neue Dreierkonstellation

Gab es innerhalb des FCAS-Projekts schon seit je Rivalitäten und Einflusskämpfe

zwischen den beteiligten Konzernen, so sind diese Ende vergangenen Jahres und dann besonders seit Februar 2021 eskaliert. Ein wichtiger Auslöser ist die Einbindung Spaniens in das Vorhaben gewesen, die Berlin gegen Paris durchgesetzt hat. Für die Bundesregierung ist die neue Dreierkonstellation taktisch günstig: Da der deutsche und der spanische FCAS-Hauptbeteiligte – Airbus Defence and Space aus Taufkirchen bei München bzw. der Airbus-Ableger in Spanien – demselben Konzern angehören, sind sie gegenüber dem französischen Hauptbeteiligten Dassault tendenziell im Vorteil. Für die französische Regierung wiegt das schwer. Paris legt traditionell



Teuerstes Rüstungsvorhaben in der EU: Modell des FCAS-Kampfflugzeuges 2019 in Paris

besonderen Wert darauf, in der Rüstungsindustrie eigenständig handlungsfähig zu sein; so stammt die Rafale allein aus französischer Produktion, während der Eurofighter in multinationaler Kooperation hergestellt wird. Entsprechend trägt Dassault am meisten Know-how zum neuen Kampffjet (NGF) bei und muß nun zusehen, wie die deutsch-spanische Konkurrenz Wissen abschöpft und sich lukrative Teile der Fabrikation sichert.

„Schwierige Diskussionen“

Im Februar ist es trotz energischen politischen Drucks im Anschluß an den deutsch-französischen Verteidigungsrat vom 5. Februar nicht gelungen, eine Lösung für die industriellen Einflußkämpfe zu finden: „Es gibt schwierige Diskussionen“, hieß es Ende vergangenen Monats aus dem unmittelbaren Umfeld des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Anfang März schien sich dann zunächst ein wenig Entspannung abzuzeichnen: „FCAS ist nicht mehr in Lebensgefahr“, äußerte Dassault-Chef Eric Trappier. Inzwischen werden jedoch wieder Zweifel laut. Zu den industriellen Differenzen kommt nach wie vor hinzu, daß Paris fordert, der neue Kampffjet müsse atomwaffenfähig und darüber hinaus in der Lage sein, von einem Flugzeugträger aus zu starten; Berlin, das weder über Atomwaffen noch über einen Flugzeugträger verfügt, legt darauf keinen Wert. Umgekehrt hieß es zuletzt aus der deutschen Hauptstadt, das FCAS könne eventuell zu teuer werden: Da „die Betriebskosten der Streitkräfte pro Jahr um zwei bis drei Prozent“ stiegen und die Aufstockung der Bundeswehr auf 203 000 Soldaten „jährlich zwei Milliarden Euro zusätzlich“ koste, müsse man womöglich „im Rüstungsreich neue Prioritäten“ setzen, erklärt der

ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestags (2015 bis 2020) Hans-Peter Bartels. Er fordert: „Deutschland braucht ... einen Plan B“.

„Plan B“

Einen „Plan B“ hat Anfang des Monats zum Dassault-Chef Trappier ins Spiel gebracht. Trappier bekräftigt zwar, nach wie vor „Plan A“ zu favorisieren – Entwicklung und Produktion des neuen Kampffjets sowie des gesamten FCAS gemeinsam mit Airbus Defence and Space und Airbus Spanien. Aufgrund der weiterhin ungelösten Differenzen komme man allerdings nicht umhin, über mögliche Alternativen nachzudenken. Trappier erklärt: „Was die Technologie betrifft – Dassault weiß, wie man ein Flugzeug alleine baut.“ Die französische Industrie verfüge über das notwendige Know-how. Experten bestätigen dies: Frankreich sei „fast mit Gewißheit“ in der Lage, zumindest den Kampffjet der sechsten Generation zu produzieren, heißt es in einer aktuellen Einschätzung des Londoner Royal United Services Institute (RUSI).

Die Konzernspitze von Airbus Defence and Space wiederum räumt offen ein, über keinen „Plan B“ zu verfügen: Scheitere „Plan A“, dann werde die US-amerikanische F-35 den europäischen Rüstungsmarkt vollständig erobern, wurde kürzlich der Airbus-Manager Antoine Bouvier zitiert.

Die Konzernspitze von Airbus Defence and Space wiederum räumt offen ein, über keinen „Plan B“ zu verfügen: Scheitere „Plan A“, dann werde die US-amerikanische F-35 den europäischen Rüstungsmarkt vollständig erobern, wurde kürzlich der Airbus-Manager Antoine Bouvier zitiert.

Konkurrenzmodell „Tempest“

Die Streitigkeiten um das FCAS und die französische Option, gegebenenfalls einen Alleingang mit dem Projekt zu starten, sind für Berlin umso mißlicher, als ein europäisches Konkurrenzvorhaben, das britische Luftkampfsystem „Tempest“, nicht nur Fortschritte macht, sondern inzwischen auch EU-Staaten einbezieht. Die Arbeit an „Tempest“ ist offiziell im Juli 2018 eingeleitet worden, ein Jahr nach dem Startschuß für das FCAS; Ziel ist es gleichfalls, einen Kampffjet der sechsten Generation und ein Begleitsystem aus Drohnen und Drohnenschwärmen zu konstruieren. An dem Projekt beteiligen sich mittlerweile zwei EU-Staaten, die nicht am FCAS beteiligt wurden – Italien mit seinem Rüstungskonzern Leonardo sowie Schweden mit Saab. Experten attestieren dem Vorhaben beachtliche Fortschritte. Die britische Regierung hat beschlossen, den ursprünglich geplanten Kauf von 138 US-amerikanischen F-35 signifikant zu reduzieren und die frei werdenden Mittel in das „Tempest“-Projekt zu investieren; erst kürzlich hat London für die kommenden vier Jahre zwei Milliarden Pfund bereitgestellt. Das britische Luftkampfsystem soll den Plänen zufolge ab 2035 einsatzbereit sein – vier Jahre vor dem FCAS, sofern dieses tatsächlich zustande kommt.

Quelle: german-foreign-policy.com
26.3.2021

Die Militarisierung der Arktis

Die NATO-Staaten bauen ihre Manöver und ihre Militärstützpunkte in der Arktis aus – gegen Rußland. Auch die Bundeswehr ist beteiligt.

Wachsende militärische Spannungen in der Arktis überschatteten das Ministertreffen des Arktischen Rats im Mai diesen Jahres. (Dem Arktischen Rat gehören die Vereinigten Staaten, Kanada, Island, Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Rußland an. Beobachterstatus haben Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, die Niederlande, Polen, die Schweiz, Spanien, das Vereinigte Königreich, China, Südkorea, Singapur und Indien inne.)

Die Arktis ist in den vergangenen Jahren immer stärker zum Schauplatz globaler Rivalitäten geworden: Das Abschmelzen des Polareises vereinfacht den Zugriff auf Rohstofflagerstätten und läßt neue Seehandelsrouten frei werden; das verschärft die dortige Staatenkonkurrenz. Darüber hinaus verliert die russische Nordküste zunehmend den bisherigen Schutz durch Eis und extreme Kälte und wird angreifbar; Moskau sieht sich genötigt, sie stärker als bislang zu verteidigen, und hat in seinen arktischen Gebieten neue Militärstützpunkte errichtet. Während Berliner Regierungsberater einräumen, Moskau gehe dabei „prinzipiell defensiv“ vor, heißt es bei der NATO, Rußland sei heute eine „Bedrohung“ für die gesamte Region. Mit aktiver Mithilfe Berlins wie auch der Bundeswehr forciert das Kriegsbündnis die Militarisierung des Polarmeers; das NATO-Mitglied Norwegen kündigt für 2022 das größte Manöver in der Arktis seit dem Ende des Kalten Kriegs an.

Arktische Rivalitäten

Die Arktis rückt seit Jahren immer stärker ins Visier auch der deutschen Außenpolitik, weil der Klimawandel die Polarkappen abschmelzen läßt und das Polarmeer zunehmend für die Schifffahrt öffnet. Damit wird es nicht nur einfacher, arktische Rohstoffe abzubauen: Der U.S. Geological Survey schätzt, daß beispielsweise 30 Prozent der noch nicht erkundeten Erdgas- und 13 Prozent der noch nicht erkundeten Erdölvorräte nördlich des Polarkreises lagern. Es werden zudem neue Routen für den Seehandel frei; bekanntestes Beispiel ist die Nordostpassage nördlich des russischen Festlandes, die Europa und Ostasien verbindet und kürzer als die Route durch den Suezkanal und den Indischen Ozean ist. Ist das arktische Eis einmal so weit abgeschmolzen, daß sie gut befahren werden kann, könnte sie sich zur echten Alternative zu den südlichen Seewegen entwickeln – ein Umstand, auf den zuletzt hingewiesen wurde, als der Containerfrachter „Ever Given“ im März den Suezkanal blockierte. Entsprechend der zunehmenden ökonomischen Bedeutung der Arktis publizieren immer mehr Staaten eigene Arktisstrategien – Deutschland, Frankreich und Kanada im Jahr 2019, Schweden, Norwegen und Polen im Jahr 2020. Dabei werden in wachsendem Maß militärische Überlegungen angestellt.

„Prinzipiell defensiv ausgerichtet“

Besondere Aufmerksamkeit wird in der westlichen Debatte seit geraumer Zeit der

russischen Arktisstrategie gewidmet, die im Oktober 2020 in Kraft getreten ist. (...) Im Kern geht es darum, die russische Arktis, unter deren Boden sich etwa ein Großteil der russischen Erdgasvorräte befindet, infrastrukturell auszubauen – um die Wirtschaft zu fördern, nicht zuletzt auch, um den Bevölkerungsschwund zu stoppen. Hinzu kommt, daß der Klimawandel Rußlands Nordküste, die bisher durch Eis und extreme Kälte tendenziell vor Angriffen geschützt war, freilegt: „Rußland erhält gewissermaßen neue Außengrenzen, die es vor einem potentiellen Aggressor zu schützen gilt“, heißt es bei der SWP. Moskau habe deshalb „viele der seit 1990 geschlossenen Stützpunkte aus Sowjetzeiten ... reaktiviert und neue Basen errichtet“, so etwa Tiefwasserhäfen, Flugplätze sowie Radar- und Seenotrettungsstationen. Rußland zeige „ein defensives Verständnis der Arktis“, sei allerdings für den Konfliktfall „auf eine rasche Eskalation vorbereitet, die zur Verteidigung“ auch „offensive Operationen ... umfassen kann“.

„Die Dominanz zurückgewinnen“

Genährt werden die russischen Sorgen um die Verwundbarkeit der russischen Nordküste nicht zuletzt durch militärische Aktivitäten der Vereinigten Staaten, die inzwischen sogar mehrere Arktisstrategien vorgelegt haben – eigene Strategiepaper etwa des Pentagon, der Marine, der Luftwaffe, ein gemeinsames Papier von Navy und Marine Corps sowie ein Papier des Heeres. Hinzu kommen spürbar verstärkte US-Kriegsübungen in der Arktis; so kreuzte im Oktober 2018 erstmals seit dem Ende der Sowjetunion ein US-Flugzeugträger mit seinen Begleitschiffen, die Harry S. Truman Carrier Strike Group, in arktischen Gewässern – und zwar im Europäischen Nordmeer, einem potenziellen Ausgangspunkt für Angriffe auf Rußland von Norden her. Seit dieser Übungsfahrt haben die US-Streitkräfte ihre Manöver im Hohen Norden ausgeweitet. Sie dürfen zudem – das sieht ein am 16. April geschlossenes Abkommen mit Norwegen vor – auf insgesamt vier norwegischen Militärstützpunkten eigene Einrichtungen aufbauen, darunter eine Marine- sowie eine Luftwaffenbasis im äußersten Norden des Landes. Die Arktisstrategie des US-Heeres wiederum, die am 19. Januar 2021 verabschiedet wurde, ist unter dem Motto „Die Dominanz in der Arktis zurückgewinnen“ veröffentlicht worden.

„Die entscheidende Rolle“

Vor dem Treffen des Arktischen Rats in Reykjavík hat sich die Diskussion um die Militarisierung der Polarregion zugespitzt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte im Hinblick auf westliche Beschwerden über russische Militäraktivitäten in der Arktis, diese seien nötig, um Rußlands „arktische Küste zu sichern“: „Das ist unser Territorium“, man werde es schützen; „offensiv“ gehe im Polarmeer hingegen die NATO vor. Lawrow drang zum wiederholten Mal darauf, zwecks Reduzierung der Spannungen direkte

Gespräche zwischen den Generalstabschefs der Mitglieder des Arktischen Rats wieder aufzunehmen. Bei der NATO heißt es hingegen, Rußlands militärische Maßnahmen zum Schutz seiner Nordgrenze seien eine „Bedrohung“ für die Region; das westliche Kriegsbündnis werde sich dagegen positionieren. Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hatte bei einem Besuch von US-Außenminister Antony Blinken in Kopenhagen erklärt, man wolle durchsetzen, „daß das dänische Königreich, die Vereinigten Staaten und die NATO die entscheidende Rolle in der Arktis spielen – und nicht andere“.

600 Kilometer bis zur russischen Nordflotte

Die westlichen Dominanzansprüche werden durch zunehmende militärische Aktivitäten bekräftigt, an denen sich auch die Bundeswehr aktiv beteiligt – schon seit Jahren. Zuletzt nahm die deutsche Marine an einem Flugkörperschießen vor der Insel Andøya im äußersten Norden Norwegens teil; die Kriegsübung, für die ein Seegebiet in der Größe der russischen Halbinsel Kola gesperrt wurde, fand vom 7. bis zum 9. Mai statt und damit am Jahrestag des Sieges über Nazideutschland, der in Rußland ein bedeutender Feiertag ist. Im kommenden Jahr wird Norwegen mit „Cold Response 2022“ das größte Manöver in der Arktis seit dem Ende des Kalten Kriegs abhalten – mit rund 40 000 Soldaten. Es soll in der Region Ofoten stattfinden – dort, wo die norwegischen Streitkräfte regelmäßig mit Truppen anderer Staaten trainieren, neben der Bundeswehr zum Beispiel mit Einheiten aus Großbritannien sowie den USA, und wo die Vereinigten Staaten Einrichtungen auf norwegischen Militärstützpunkten etablieren dürfen. Die Bundeswehr nahm im März 2020 bereits an „Cold Response 2020“ teil – dies trotz der damals beginnenden Covid-19-Pandemie. Das Übungsgebiet für das Manöver „Cold Response 2022“, an dem die Bundeswehr mutmaßlich ebenfalls teilnehmen wird, ist 600 Kilometer von der Halbinsel Kola entfernt, wo Rußlands Nordflotte mit ihren Atom-U-Booten stationiert ist.

Quelle: [german-foreign-policy.com](https://www.german-foreign-policy.com)
20. 5.2021

Am 30. Juli wird RA

Ralf Dobrawa

aus Gotha 60 Jahre alt.

Geprägt durch die Schule des sozialistischen Rechts in der DDR und seine heutigen Erfahrungen im „Rechtsstaat“ BRD hat sich Genosse Dobrawa nicht zuletzt als engagierter „RotFuchs“-Autor sehr verdient gemacht. Wir freuen uns, Dich an unserer Seite zu wissen und gratulieren Dir von ganzem Herzen zu Deinem Jubiläum.

Für die Befreiung des palästinensischen Volkes

Hans Richard Klecatsky (1920–2015) war von 1966 bis 1970 parteiloser Bundesminister für Justiz und viele Jahre Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Innsbrucker Universität.

Er hat sich immer wieder mit Fragen des Völkerrechts und der Menschenrechte, insbesondere mit von Unterdrückung und Auslöschung bedrohten kleinen Völkern befaßt. Am 2. Februar 1988 hielt er auf einer Podiumsveranstaltung der International Progress Organization einen Diskussionsbeitrag über die „kollektive völkerrechtliche und menschenrechtliche Tragödie des palästinensischen Volkes“, der heute noch Gültigkeit hat.

Hier der Wortlaut:

Die zahllosen Tragödien von palästinensischen Einzelmenschen wickeln sich vor dem Hintergrund einer nun über Jahrzehnte währenden kollektiven Tragödie ab, die völlig klare und eindeutige völkerrechtliche und menschenrechtliche Konturen hat. Die internationale Öffentlichkeit beschäftigt sich schon während der 50er und zu Beginn der 60er Jahre mit dem Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Schon in der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen 242 (1967) wurde eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems verlangt als eine der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten. Im Dezember 1967 anerkannte die Generalversammlung offiziell, daß das „Problem der arabischen Flüchtlinge aus Palästina“ sich daraus ergeben hat, daß diesen „ihre unveräußerlichen Rechte gemäß der Charta der Vereinten Nationen und gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verweigert worden sind“. Die Versammlung machte den Sicherheitsrat auf „die ernste Situation aufmerksam, die sich aus den israelischen Politiken und Praktiken in den besetzten Gebieten ergibt“ sowie auf die Weigerung Israels, die Resolution über die Rückkehr der heimatlos gewordenen Personen durchzuführen. Der Sicherheitsrat wurde ersucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im September 1974 schlugen 56 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf der 29. Tagung der Generalversammlung vor, die „Palästinafrage“ als Punkt in die Tagesordnung der Generalversammlung aufzunehmen. Sie wiesen darauf hin, daß zwar das Problem unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt worden sei, daß aber die Palästinafrage und die Frage des Status und des Schicksals des palästinensischen Volkes mehr als 20 Jahre lang nicht als separater Tagesordnungspunkt vor die Versammlung gebracht worden sei. Seither steht die Palästinafrage auf der Tagesordnung der Generalversammlung. In der Generalversammlungsresolution 3236 (XXIX) vom 22. November 1974 wurden die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes

bestätigt: das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität und das Recht, an die eigenen Heimstätten und auf den eigenen Grund und Boden zurückzukehren. Nach Ansicht der Generalversammlung ist die Verwirklichung dieser Rechte für eine Lösung der Palästinafrage unerlässlich. Die Versammlung erkannte die Palästinenser als Hauptpartei bei der Errichtung eines gerechten und dauerhaften

in Frage stehenden Gebietes ergibt, noch auf Grund einer zwischen den Behörden des besetzten Gebietes und der Besatzungsmacht abgeschlossenen Vereinbarung, noch auf Grund der Einverleibung des ganzen besetzten Teilgebietes oder eines Teiles davon durch die Besatzungsmacht.“ Zusätzliche Sonderbestimmungen gelten nach Artikel 73 des Zusatzprotokolls zu dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949 für Flüchtlinge und Staatenlose. Nach Artikel 31 und



Friedens im Mittleren Osten an. Sie stelle überdies fest, daß diese Rechte mit „allen Mitteln“ wiedergewonnen werden könnten, „die mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen im Einklang stehen“. Diese unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, vor allem das Recht auf Selbstbestimmung, wurden seitdem Jahr für Jahr bestätigt.

Die Sorge um die Menschenrechte der Zivilbevölkerung in den von Israel während des Krieges von 1967 besetzten Gebieten wurde zuerst in der Sicherheitsresolution 237 (1967) ausgedrückt, in der unter anderem die betroffenen Regierungen aufgefordert wurden, strengstens die im IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum „Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten“ enthaltenen Grundsätze humanitären Völkerrechts zu beachten. Die Zivilbevölkerung ist gegenüber der Besatzungsmacht völkerrechtlich durch verschiedene Bestimmungen geschützt. Grundregel sind Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907: „Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen, gottesdienstliche Handlungen sollen geachtet werden.“ Ebenso Artikel 47 des 4. Genfer Abkommens: „Geschützte Personen, die sich im besetzten Gebiet befinden, werden in keinem Fall und auf keiner Weise die Vorteile des Abkommens entzogen, weder wegen irgendeiner Veränderung, die sich aus der Tatsache der Besetzung bei den Einrichtungen oder der Regierung des

32 des 4. Protokolls darf auf die geschützten Zivilpersonen keinerlei körperlicher oder seelischer Zwang ausgeübt werden, namentlich nicht, um von ihnen oder dritten Personen Auskünfte zu erlangen. Jede Maßnahme, die körperliche Leiden oder den Tod der in ihren Machtbereichen befindlichen geschützten Personen zur Folge haben könnte, ist ausdrücklich untersagt. Dieses Verbot betrifft nicht nur Tötung, Folterung, körperliche Strafen, Verstümmelungen und medizinische oder wissenschaftliche, nicht durch ärztliche Behandlung einer geschützten Person gerechtfertigte biologische Versuche, sondern auch alle anderen Grausamkeiten, gleichgültig ob sie durch zivile Bedienstete oder Militärpersonen begangen werden. Kollektivstrafen wegen Handlungen Einzelner sind verboten (Artikel 50 Haager Landkriegsordnung, Artikel 33 des 4. Genfer Abkommens). Nach Artikel 49 des 4. Genfer Abkommens sind Einzel- oder Massenzwangsverschickungen sowie Verschleppungen von geschützten Personen aus besetzten Gebieten nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates ohne Rücksicht auf deren Beweggrund untersagt. Die Besatzungsmacht darf auch nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken.

Am 19. Dezember 1968 setzte die Generalversammlung der Vereinten Nationen einen aus drei Mitgliedsstaaten bestehenden Sonderausschuß zur Untersuchung der

israelischen Praktiken auf dem Gebiete der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten ein und beauftragte diesen Ausschuß, sobald wie möglich und auch weiter, sobald nötig, Berichte vorzulegen. Von Anfang an hat sich die israelische Regierung geweigert, dem Sonderausschuß zum Zweck seiner Untersuchungen den Besuch der besetzten Gebiete zu erlauben. Jahr für Jahr wieder wurden der Generalversammlung Berichte des Sonderausschusses vorgelegt – Berichte, die die Ausschußmitglieder die keinen direkten Zugang zu den besetzten Gebieten hatten, auf Besuche in Nachbarstaaten, Interviews mit Menschen in besetzten Gebieten und sonstigen Quellen begründeten. Die Berichte des Sonderausschusses sprechen bis zuletzt von der israelischen Politik der fortschreitenden Annexion besetzter Gebiete und von der fortschreitenden Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten der palästinensischen Zivilbevölkerung.

Damit verstößt Israel permanent gegen das Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, insbesondere gegen die grundlegenden Garantien des Artikels 75 des Zusatzprotokolls, wonach unter anderem folgende Handlungen, gleichviel ob sie durch zivile Bedienstete oder durch Militärpersonen begangen werden, untersagt sind: Angriffe auf das Leben, die Gesundheit oder das körperliche oder geistige Wohlbefinden von Personen, Beeinträchtigung der persönlichen Würde namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung, Geiselnahmen, Kollektivstrafen usw.

Schon im Jahre 1984 bestätigte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in einer Resolution, daß schon über die

zahlreichen Menschenrechtsverletzungen hinaus die Tatsache der Besetzung selbst eine grundlegende Verletzung der Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete darstelle. Die Annektierung von Teilen der besetzten Gebiete, die Errichtung und der Ausbau von Siedlungen, die Umsiedlung arabischer Einwohner, die Beschlagnahme ihres Eigentums, kollektive Strafen, die Beeinträchtigung der Grundfreiheiten sowie des Bildungswesens und die illegale Ausbeutung der Naturschätze, der Ressourcen und der Bevölkerung dieser Gebiete ist – wie die Generalversammlung schon damals feststellte – eine permanente Verletzung des 4. Genfer Abkommens. Auf Grund der Untersuchungen des Sonderausschusses faßte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1987 mit überragender Mehrheit sieben Resolutionen, die auf derselben Linie liegen, am 11. Dezember 1987 weitere vier. In seiner Resolution 605 (1987) vom 22. Dezember 1987 beklagte der Weltsicherheitsrat nachdrücklich die von Israel in den besetzten Gebieten begangenen Menschenrechtsverletzungen, im besonderen die Eröffnung des Feuers durch das israelische Militär und die Tötung und Verwundung wehrloser palästinensischer Zivilisten. Der Sicherheitsrat bekräftigte dabei die Geltung der Genfer Konvention vom 12. August 1949 für die palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, die von Israel seit 1967 besetzt sind, einschließlich Jerusalem. Einhellig verurteilte auch der Weltsicherheitsrat mit seinen Resolutionen vom 5. Jänner 1988, 60 (1988) und vom 14. Jänner 1988, 608 (1988, mit US-Stimmenthaltung) die Deportation palästinensischer Zivilisten aus den besetzten Gebieten. Nur infolge der US-Gegenstimme verfehlte am 18. Jänner 1988 die Verurteilung der

fortgesetzten Angriffe Israels auf libanesischen Gebiete die Annahme durch den Weltsicherheitsrat, dasselbe Schicksal war am 2. Februar 1988 einer weiteren Resolution beschieden. Die Motivation der US-Gegenstimme ist unverständlich, die der britischen Stimmhaltung nicht minder.

Wie ernst indes dies Resolution wie überhaupt die Versuche der UNO, den Palästinensern den ihnen zustehenden völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Schutz zu gewährleisten, von Israel genommen werden, erweist unter anderem eine am 21. Jänner 1988 abgegebene Erklärung des israelischen UNO-Botschafters in Genf, Pinhas Eliav, vor Pressevertretern. Ich zitiere aus der NZZ vom 24./25. Jänner 1988: „Über die UNO allerdings – jedenfalls über die politischen Gremien der Weltorganisation – wußte Eliav nichts Gutes zu sagen: in seinen Worten widerspiegeln sich die Position von Ministerpräsident Shamir, der dem UNO-Emissär Goulding zu verstehen gegeben hatte, daß Israel sich nicht um Ratschläge und Kritik der UNO schere, wie immer sie ausfielen. Eliav charakterisierte die Vereinten Nationen als ein ‚von Kommunisten und Arabern beherrschtes Gremium‘, das in einer Einäugigkeit den jüdischen Staat in jährlich 30 bis 40 Resolutionen verurteile, während es andere Mißstände ignoriere oder zumindest nicht beim Namen nenne.“ Zynische Erklärungen wie diese können nur als ein volles Eingeständnis permanenten Völkerrechts- und Menschenrechtsbruchs des offiziellen Israels gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten gewertet werden. Seit diesem Überblick von Klecatsky hat sich in Palästina nichts geändert.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler
Aus ZdA, 23. Mai 2021

Die oppositionelle Strategie des Wahlboykotts in Venezuela verliert an Einfluß

Der venezolanische Oppositionspolitiker Juan Guaidó und dessen „Interimsregierung“ haben von US-Präsident Joe Biden eine Frist bis zum 1. Dezember gesetzt bekommen, nach der ihre Anerkennung durch die USA enden soll.

Diese Entscheidung soll der US-Diplomat James Story der sogenannten G-4, einer Koalition von vier wichtigen venezolanischen Oppositionsparteien, bei einem Treffen in Bogotá mitgeteilt haben. Washington hatte Story in der kolumbianischen Hauptstadt als „Botschafter für Venezuela“ installiert, obwohl die USA und Venezuela gegenseitig keine Botschaften unterhalten. (...)

Die US-Regierung verlangte von Guaidó, hinsichtlich der Ablösung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro, „zu

liefern“. Andernfalls stehe nicht nur der Entzug der Anerkennung des Oppositionsführers als Interimspräsident an, sondern auch der Zugang zu den venezolanischen Vermögenswerten in den USA, die Washington seit Jahren blockiert und der rechtmäßigen Regierung entzogen hat.

Guaidó reagierte bereits Mitte des Monats auf die sich abzeichnende breite Beteiligung von oppositionellen Kräften in Venezuela an den Wahlen im November. Mit der Einigung von gemäßigten Kreisen der Opposition und der Regierung auf einen neu besetzten Wahlrat verlor die Strategie des Guaidó-Lagers, eine Beteiligung an Wahlen von einem vorherigen Abtritt von Präsident Maduro abhängig zu machen, zunehmend an Einfluß. In der Folge bot Guaidó Maduro

Verhandlungen über Wahlen ohne diese Voraussetzung an.

Maduro nannte den Vorschlag einen „ver zweifelten Versuch“, nicht an den Rand gedrängt zu werden. „Wenn er sich den Dialogen anschließen will, die bereits im Gange sind und sich zu allen Fragen entwickeln, ist er willkommen“, lud Venezuelas Präsident den Oppositionspolitiker jedoch ein.

Indes haben mehr als 20 politische Organisationen der Opposition die Gründung einer neuen Plattform namens „Demokratische Allianz“ bekannt gegeben. Diese setzt sich für den Wahlprozeß als eine friedliche Lösung der Krise ein. (...)

Marta Andujo

Quelle: amerika21, 23. Mai 2021

Über deutsche Doppelzüngigkeit

Seit Monaten spielen sich dramatische Szenen im südamerikanischen Kolumbien ab. Hier kämpft ein Volk verzweifelt um sein Überleben. Mit brutaler Gewalt geht die Regierung gegen den wachsenden Protest vor. Gravierende Menschenrechtsverstöße sind an der Tagesordnung.

In der bürgerlichen Medienberichterstattung hierzulande findet man darüber kein Wort. Als es hingegen im Sommer 2017 Massenproteste in Venezuela gab, wurde man nicht müde, das Geschehen in Szene zu setzen. Regierung und Bundestag sahen sich gemüßigt, den venezolanischen Präsidenten Maduro mit scharfer Kritik zu attackieren. Zur gleichen Zeit fand im Buenaventura, der größten Hafenstadt Kolumbiens am Pazifik, ein Generalstreik der Hafearbeiter und Transportgewerkschaften statt. Ich selbst war dabei und konnte miterleben, mit welcher Brutalität die Staatsmacht gegen die Protestierenden vorging. Es kam zu Toten und vielen Verletzten. Die Polizei setzte Tränengas ein, das sie in Erdgeschloßwohnungen versprühten. Dabei erstickten nach meiner Kenntnis vier Kleinkinder. In Deutschland hat man sich über die von der Polizei ausgeübte Gewalt in Schweigen gehüllt.

Ich habe noch im Ohr, wie sich Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock bei den vermeintlichen Wahlfälschungen und den darauffolgenden Massendemonstrationen in Belarus lauthals für die Einhaltung der Menschenrechte der Demonstranten einsetzte und eine Nichtanerkennung der Wahl einforderte. Sie war eine der ersten, die nach Sanktionen gegen diesen Staat

schrie. Es ist allgemein bekannt, daß die Präsidentschaftswahl 2018 in Kolumbien manipuliert wurde, wie auch eine Reihe von Volksabstimmungen. Hat irgendjemand von Frau Baerbock Worte der Verurteilung gehört, geschweige denn von Forderungen nach Sanktionen?

Man weiß, daß in den letzten vier Jahren über 1000 politische Morde an Gewerkschaftern, politischen Funktionären, indigenen Führern, Umweltschützern und FARC-Desidenten verübt wurden. Menschen werden durch Großkonzerne von ihrem Land vertrieben, gegen den Friedensvertrag mit der FARC wird massiv verstoßen. Allein 176 Massaker wurden seit Amtsübernahme des Herrn Iván Duque gezählt. Mord, Verschleppung, Folter und Vergewaltigungen gehören zum Tagesgeschäft des kolumbischen Machtapparates. Sogar in den USA, dem wichtigsten Verbündeten von Kolumbien, kommt es im Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2020 für die Tötungen und Übergriffe der Sicherheitskräfte an Zivilisten unter der Regierung von Iván Duque zu kritischen Tönen. Doch die BRD-Regierung samt Parlament und Medien schweigen und schärfen lieber die Klinge gegen Belarus, Rußland und China.

Ich habe die Regierung und die Fraktionen einzeln angeschrieben und sie darum gebeten, gegen dieses gewaltige Unrecht in Kolumbien etwas zu unternehmen. Bis auf die Fraktion der Linken hat keiner es für notwendig erachtet, zu antworten. Auch das zeugt von der Ignoranz der Leute, die das Sagen haben, gegenüber den Bürgern und Wählern.

Interessant sind wir nur vor der Wahl, danach werden wir zu Unmündigen, die den Mund zu halten haben.

Noch ein Wort zu den Grünen. Sie nehmen für sich in Anspruch, die Partei zu sein, die sich am konsequentesten für den Umweltschutz einsetzt. Wissen sie, wieviel Kohle aus Kolumbien importiert wird? In Deutschland werden die Braunkohletagebaue geschlossen, dafür importiert man die fehlende Kohle auf Kosten der Umwelt und der Menschen Kolumbiens. Diese kommt zum großen Teil aus dem Nordosten des Landes. Die Förderung in dem 69 000 ha großen Tagebau El Cerrejón auf dem Gebiet des indigenen Volkes Wayuu hat den dort lebenden Menschen ihre Lebensgrundlage genommen. Der nun schon 30 Jahre andauernde Abbau hat einen extremen Mangel an Wasser verursacht und damit die Landwirtschaft, Ziegenzucht und Fischerei, von denen die Wayuu früher lebten, zerstört. El Cerrejón hat sich außerdem frühere Lebensräume der Gemeinden angeeignet und den Vertriebenen so den Zugang zu ihrer traditionellen Nahrungsversorgung versperrt. Der Tagebau verbraucht täglich mehr als 17 Millionen Liter des lokalen Wassers, während jeder Einwohner durchschnittlich über 0,7 Liter von nicht trinkbarem Wasser pro Tag verfügt. Insgesamt sind in den letzten neun Jahren ca. 6 000 Wayuu-Kinder durch Mangelernährung gestorben.

Es ist unmoralisch, unsere Umwelt auf Kosten anderer Völker zu sanieren.

Peter Blöth
Böbing

Linker Pedro Castillo gewinnt Wahlen in Peru

Die Stimmen der Präsidentschaftswahl in Peru sind ausgezählt. Der Linkskandidat Pedro Castillo kam in der Stichwahl auf 60 365 Stimmen mehr als die Rechte Keiko Fujimori. Dennoch wurde er noch nicht zum offiziellen Wahlsieger erklärt: Fujimoris Anwälte fechten die Wahl vor Wahlgerichten an. Trotzdem gratulierten ausländische Staatsoberhäupter bereits. 802 „Abstimmungsprotokolle“ aus castillotreuen Regionen, auf denen die Stimmverteilungen der einzelnen Wahllokale registriert sind, möchte Fujimori annulliert sehen. Damit fordert die Diktatorentochter, die sich im Wahlkampf noch als die „demokratische Option“ gegen den „Kommunismus“ präsentiert hatte, die Ungültigkeit von knapp 200 000 Stimmen.

In besagten Wahllokalen hätte es laut der 46-jährigen systematische Wahlfälschung gegeben. „Wenn unseren Anträgen stattgegeben wird, sollen [die Wahlstimmen] aus der Auszählung durch das Wahlgericht JNE entfernt werden“, forderte sie. In diesem Falle hätte sie die Wahlen gewonnen.

Der Leiter des JNE, Jorge Luis Salas, hatte im Vorfeld der Wahlen stets versichert, daß bei dem jetzigen Wahlsystem ein Wahlbetrug „unmöglich“ sei. Laut internationalen Wahlbeobachtern verlief die Abstimmung erfolgreich

und „ohne Unregelmäßigkeiten“. Dennoch hat eine Gruppe peruanischer Unternehmen die besten Anwaltskanzleien des Landes damit betraut, nach Formfehlern Ausschau zu halten, um eventuell doch noch den Wahlsieg Castillo kippen zu können. Die Arbeitsgruppe aus Eliteanwälten, die sich „demokratische und unabhängige Anwälte“ nennt, führt derzeit Untersuchungen in den jeweiligen Provinzen durch. Staatsanwalt José Domingo Pérez beantragte nun, daß Fujimori zurück in Untersuchungshaft soll. Sie war bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Anwalt Miguel Torres Morales aufgetreten. Dieser ist Zeuge im Geldwäscheverfahren gegen sie. Damit verstieß die Politikerin gegen Bewährungsauflagen. Laut Anklage drohen ihr bis zu 30 Jahren Haft.

Derweil leitete das Außenministerium ein Untersuchungsverfahren gegen den peruanischen Konsul in Hartford, Connecticut, ein. Dieser war mit der Überführung der Wahlstimmen aus den USA betraut gewesen, hatte aber laut einem Audiomitschnitt offene Sympathien für Fujimori gezeigt. „Ich vertraue darauf, daß Keiko gewinnt“, erklärte er und spekulierte über mögliche Vorteile für die Rechtskandidatin durch Auslandsstimmen.

Trotz ausstehender Bestätigung durch die Wahlbehörde, hatte sich Castillo als Wahlsieger

bezeichnet. Ausländische Regierungen sowie politische Persönlichkeiten gratulierten dem Gewerkschaftsführer zu seinem Wahlsieg. Der argentinische Präsident Alberto Fernández war das erste Staatsoberhaupt, das dem peruanischen Linkskandidaten zu seinem Wahlsieg gratulierte. Luis Arce aus Bolivien und Daniel Ortega aus Nicaragua zogen nach.

Bolivians Ex-Präsident Evo Morales twitterte: „Pedro Castillo, mein Bruder im Geiste und Kampfgefährte, Du bist der Stolz aller sozialen Bewegungen und Patrioten.“ Lula da Silva, ehemaliger Präsident Brasiliens, erklärte: „Das Resultat an den Urnen in Peru ist symbolisch und repräsentiert einmal mehr den Fortschritt der sozialen Kämpfe in unserem geliebten Lateinamerika.“

In Lima kam es im Verlauf der Woche zu mehreren Anti-Castillo-Demonstrationen. In den sozialen Medien wurden Rufe nach einem Militärputsch laut. Dem entgegenete das Verteidigungsministerium mit einem offiziellen Schreiben und verwies darauf, daß die Streitkräfte der Verfassung und der Demokratie verpflichtet sind.

Quincy Stemmler
Lima

Quelle: amerika21, 12. Juni 2021

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale

Vom 22. Juni bis zum 12. Juli 1921 fand in Moskau der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale statt. 603 Teilnehmer aus 57 Ländern und Gebieten trafen sich, um über die neuen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus zu beraten. Von der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) nahmen unter anderen Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Ernst Thälmann, August Thalheimer und Clara Zetkin teil. Aus Deutschland kamen außerdem fünf Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und zwei Vertreter der Opposition in der VKPD. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren „Die wirtschaftliche Krise und die neuen Aufgaben der KI“, die Leo Trotzki erläuterte. Mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigten sich Fritz Heckert und Grigori Sinowjew, der auf diesem Kongreß zum Generalsekretär der Kommunistischen Internationale gewählt wurde. Thema des Referats von Wilhelm Koenen waren die kommunistischen Parteien, die Methoden und der Inhalt ihrer Arbeit. Zur Taktik der Kommunistischen Internationale sprach Karl Radek. Zur Taktik äußerte sich auch Lenin. In Auseinandersetzung mit

anderen Delegierten schätzte er auch den Offenen Brief der VKPD ein. Dieser sei „ein vorbildlicher politischer Schritt ... Das muß unbedingt verteidigt werden. Er ist vorbildlich als erster Akt der praktischen Methode, um wirklich die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Wer nicht versteht, daß wir in Europa, wo fast alle Proletarier organisiert sind, die Mehrheit der Arbeiterklasse erobern müssen, der ist verloren für die kommunistische Bewegung, der wird nie etwas lernen, wenn er in drei Jahren nach der großen Revolution das noch nicht gelernt hat.“ Lenin forderte auch dazu auf, noch gründlicher die konkrete Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu studieren.

Der „Offene Brief“ an die SPD, die USPD, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), den ADGB, den Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund), die Allgemeine Arbeiterunion (AAU) und die Freie Arbeiterunion, Syndikalisten (FAU) war am 7. Januar 1921 auf einer Konferenz der Zentrale der VKPD angenommen worden. Er rief zum gemeinsamen Kampf gegen die

Kapitaloffensive, für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und für gemeinsame Aktionen bei Lohnkämpfen auf. Außerdem wurden die Entwaffnung der Konterevolution und die Bildung von Selbstschutzorganisation der Arbeiter gefordert. Trotz der Ablehnung des Vorschlags der VKPD durch die anderen Organisationen der Arbeiterbewegung war dieser Brief eine wichtige Maßnahme im Bemühen um die Arbeitereinheitfront.

Nach Auswertung der bisherigen Kämpfe kamen die Delegierten des III. Weltkongresses der Kommunistischen zu der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nicht in einem Schritt zur Diktatur des Proletariats kommen kann, sondern sich auf einen längeren Zeitraum einstellen muß. In diesem Sinne verkündete der Kongreß die Losung „Heran an die Massen!“ Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften wurde als besonders wichtig angesehen.

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung.

Dr. Kurt Laser

Im Widerstand gegen Hitler

Die Gedenkstätte des Tivoli in Gotha hat eine lange Geschichte. Sie ist vor allem mit der Entstehung der SPD verbunden. 1865 hielt August Bebel hier eine bedeutsame Rede vor Arbeitern, 1875 entstand aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ADAV (Lasalleaner) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SDAP (Eisenacher) die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands SAP, die seit 1890 den Namen SPD trägt. So wundert es nicht, daß der historische Ort nach 1990 unter anderem auch von Willy Brandt und Egon Bahr besucht wurde. Letzterem wurde hier ein Preis verliehen, den auch andere bedeutsame Persönlichkeiten in den zurückliegenden Jahren erhielten. Die Gedenkstätte führt regelmäßig interessante Veranstaltungen zur Zeitgeschichte durch und lädt sich namhafte Referenten und Autoren dazu ein.

Vor einiger Zeit wurde dort Wolfgang Benz begrüßt, der über den Widerstand gegen Hitler referierte und dazu beispielhaft mehrere Schicksale vorstellte, so auch das des Ehepaars Alfred und Lina Haag. Lina Haag führte einen intensiven Kampf, um zu erreichen, daß ihr Ehemann, der als KPD – Abgeordneter im Stuttgarter Landtag saß, aus dem KZ Mauthausen entlassen wurde, wohin er aufgrund einer Intrige durch die Nazis verbracht worden war. Dabei schaffte sie es, bis zu Heinrich Himmler vorzudringen und ihm ihr Anliegen persönlich vorzutragen. Auf diese Weise erreichte sie ihr Ziel. Auch wenn Himmler nicht das geringste Verständnis für die kommunistische Überzeugung des Ehepaars hatte, so duldete er doch

keine Intrigen von ihm Untergebenen, die diese für eigene Zwecke ausnutzen. Nach der Zerschlagung des Faschismus veröffentlichte Lina Haag die Geschichte in dem Buch „Eine Hand voll Staub“. Als ich es vor etwa 40 Jahren las, bewegte mich sein Inhalt sehr.

Auch über die Rote Kapelle wußte der bis 2010 an der Technischen Universität Berlin lehrende Professor Wolfgang Benz Interessantes zu berichten. So rief er die Geschichte Georg Elzers, der als einzelner ein Attentat auf Hitler 1939 unternahm, welches nur scheiterte, weil Hitler den Ereignisort Bürgerbräukeller in München knapp eine Viertelstunde früher verlassen hatte als vorgesehen, noch einmal in Erinnerung. In der anschließenden Diskussion ging es auch um viele Altnazis, die nach 1945 in der Bundesrepublik wieder Fuß fassen konnten und bis in höchste Ämter aufstiegen. Irgendwann fiel der Name Hans Maria Globke, Adenauers Staatssekretär. Wolfgang Benz kennzeichnete ihn als einen biederen Verwaltungsbeamten, der unter jedem Regime bereit war, sich einzubringen und das zu tun, was von ihm verlangt wurde, gegebenenfalls noch ein bißchen mehr. Als echten Täter während der Nazizeit sieht er ihn wohl nicht. Ich wartete, ob er zumindest auf den von Globke zusammen mit Stuckart verfaßten juristischen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen oder seine Verurteilung zu lebenslangem Zuchthaus durch das Oberste Gericht der DDR im Jahr 1963 zu sprechen kommen würde. Als das nicht der Fall war, erhob ich diesen Einwand, auch um deutlich zu machen, daß aus meiner Sicht Globke viel stärker als

geistiger Unterstützer des Naziregimes einzuordnen ist. Benz antwortete mir sofort, daß er mit einem Juristen nicht darüber streiten wolle, welchen Wert ein juristischer Kommentar in einer Diktatur wie dem Naziregime hatte. Der Einwand ist nicht unberechtigt. Dennoch mußte ich erwidern, daß wir uns sicherlich darüber einig sind, daß die Faschisten keinem einzigen jüdischen Mitbürger weniger ein Haar gekrümmt hätten, wenn es den Kommentar von Globke nicht gegeben hätte. Globke aber hat aus meiner Sicht durch den Kommentar dem menschenunwürdigen und letztlich mörderischen Vorgehen der Nazis, daß für die Opfer oft in den Gaskammern von Auschwitz endete, einen juristischen Deckmantel gegeben, den Anschein von Rechtmäßigkeit, den Antisemitismus, Rassismus und Mord niemals haben können. Darin waren wir uns sofort einig.

Die Diskussion der Anwesenden mit Wolfgang Benz bereicherte seinen ohnehin gelungenen Vortrag. Meine Neugier, die durch einen anderen Vortrag von ihm zur Teilung Deutschlands zwei Jahre vorher geweckt worden war, erwies sich als begründet. Bereits damals überraschte Benz durch Thesen, die auch meiner Überzeugung entsprachen und widersprach damit manchem seiner Kollegen. In Gotha hob Benz mehrfach hervor, daß es zuerst deutsche Kommunisten waren, die den Kampf gegen den Faschismus frühzeitig und mit großen Opfern führten. Alles in allem ein gelungener Abend mit einem Mann, der seit 1985 die Dachauer Hefte herausgibt und Träger des Geschwister-Scholl-Preises ist.

RA Ralph Dobrawa

Maurice Thorez – Ein Sohn des Volkes

Wir dokumentieren ein Gespräch des Prawda-Korrespondenten Andrej Dultsev mit Pierre Thorez, Sohn der französischen Gewerkschafterin und Kommunistin Jeannette Vermeersch (1910–2001) und des früheren Generalsekretärs (1930–1964) der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) Maurice Thorez (1900–1964). Der 1946 geborene Pierre Thorez trat 1965 der FKP bei und studierte von 1966 bis 1971 Geographie an der Universität Paris. Er war lange Zeit Lehrer und von 1990 bis 1997 Professor an der Universität von Le Havre.

Anlaß für das Gespräch war die Veröffentlichung des Tagebuchs von Maurice Thorez.

Wie hat sich der FKP unter Maurice Thorez verändert? Was war das Geheimnis seines Erfolgs?

In den späten 20er Jahren gelang es Thorez sowie den Genossen Jacques Duclos, Marcel Cachin, Benoît Frachon und anderen, dafür zu sorgen, daß die junge Partei als Teil des Volkes (...) an marxistisch-leninistischen Positionen festhielt. Theoretisch klingt das einfach, aber in der Praxis ist die Verbindung zwischen Volk und revolutionären Prinzipien nicht immer einfach, es erfordert eine zielgerichtete und sorgfältige Arbeit. Den Kommunisten gelang es, die französische Trikolore, die ein Symbol unserer Revolution ist, und das rote Banner, Symbol des Kommunismus und des Großen Oktobers, zu vereinen. Dies ermöglichte es der FKP in der Vorkriegszeit, eine entscheidende Kraft zu werden. Nach dem Krieg kamen zu diesen früheren Erfolgen noch ihre Rolle in der Widerstandsbewegung hinzu. Dank des Sieges von Stalingrad und im Großen Vaterländischen Krieg gab es einen Wendepunkt im Massenbewußtsein. Nach Stalingrad wurde die FKP zu einer sehr mächtigen Partei mit Einfluß auf die französische Gesellschaft. Alles, was der Klassenfeind in den letzten Jahren zerstörte oder verkrüppelte – bezahlter Urlaub, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Schaffung einer Sozialversicherung – wurde vor allem durch die Bemühungen der FKP erreicht. Je stärker die Kommunisten waren, desto besser war es für das Volk. Viele Franzosen haben das verstanden. Maurice Thorez war ein Symbol dieser Entwicklung.

Welche Strategien und Taktiken trugen dazu bei, die Arbeiterbewegung in Frankreich nach der Niederlage der Pariser Kommune und der Einbindung der Sozialdemokratie in das bestehende System wiederzubeleben?

Erstens hat sich die französische Gesellschaft im 20. Jahrhundert stark verändert. Zu Beginn des Jahrhunderts war Frankreich vor allem ein Agrarstaat, erst in den 60er Jahren wurde die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den Städten seßhaft. Der erste wichtige Moment nach dem Gründungskongreß der FKP im Dezember 1920 war die Verankerung der Kommunistischen Partei in den Betrieben. Die FKP erstarkte in den 20er und 30er Jahren mit der Unterstützung der Gewerkschaften. Entscheidend dabei war, daß die Partei mit ihren

Aktivitäten die Ideen des Marxismus-Leninismus verbreitete und gleichzeitig diesen selbst bereicherte. Die FKP machte der Arbeiterklasse klar, daß das Problem nicht schlechte Kapitalisten sind, sondern der Kapitalismus als System der Ausbeutung. Es wurde so möglich, Klassenbewußtsein und ein Verständnis des Proletariats für die Notwendigkeit des



Maurice Thorez

aktiven Eingreifens in den Klassenkampf zu entwickeln. Ebenso organisierte die FKP den Kampf gegen den Kolonialismus. Sie konnte den Massen zeigen, daß sie der Hauptgegner von Nazismus und Faschismus ist. Schließlich waren es die Kommunisten, die das republikanische Spanien unterstützten, während die Sozialisten abseitsstanden. Das mobilisierte die Arbeiter, sie erkannten, daß die FKP ihre Partei ist.

Stimmt es, daß das Vertrauen der Arbeiter auch dadurch gewonnen wurde, daß die Abgeordneten der FKP ihr früheres Arbeitergehalt erhielten – sowohl Abgeordnete als auch Minister – und die Lohndifferenz den Finanzen der Partei zugute kam?

Absolut. Dieses Prinzip ist bis heute erhalten geblieben und es ist sehr wichtig. Die FKP kämpfte für ein besseres Leben in der Gegenwart und zugleich für die sozialistische Revolution in der Zukunft. Der Kampf besteht und bestand darin, das Leben der Arbeiter zu verbessern und aufzuzeigen, daß das letzte Ziel eine Revolution ist. Deshalb hat uns die Arbeiterklasse unterstützt. Als die Bolschewiki den Bürgerkrieg gewannen, lasen die Bauern, welche die Revolution in Rußland unterstützten, nicht Marx und die meisten von ihnen waren Analphabeten. Aber sie sahen, wer tatsächlich auf ihrer Seite war, und verstanden, daß die ehemaligen Grundbesitzer das beschlagnahmte Land zurückeroberten wollten. Es war uns wichtig, nicht nur zu einer Revolution aufzurufen und zu sagen, daß morgen alles in Ordnung sein wird, sondern jeden Tag für die Revolution und für ein besseres Leben zu kämpfen, damit Kinder unter einem friedlichen Himmel aufwachsen und lernen können.

Gleichzeitig haben wir nicht vergessen, daß wir die Revolution um des endgültigen Sieges über den Klassenfeind willen näher bringen müssen.

1936 unterstützte Ihr Vater die von den Sozialisten gebildete Volksfrontregierung. Gleichzeitig gelang es, die Position der FKP in der Gesellschaft deutlich zu stärken. Wie kam es dazu? Und warum schwächten spätere Koalitionen mit den Sozialisten sie?

Nach der globalen Wirtschaftskrise von 1929 beteiligte sich die Partei an der Organisation der Bewegung der Arbeitslosen. Es wurde deutlich, daß es notwendig war, die linken Kräfte zu vereinen. Vater schrieb in seinen berühmten Bericht, in dem er sich an das Volk wandte: „Ich strecke jedem Bauer und jedem Sozialist gegenüber die Hand aus – zum gemeinsamen Kampf gegen die 200 reichsten Familien Frankreichs und gegen die Bedrohung durch den Faschismus!“ Die Sozialisten konnten sich diesem Vorschlag nicht entziehen, weil das französische Volk die Vereinigung forderte. Sie mußten bei den Wahlen 1936 der Volksfront zuliebe ein Bündnis mit uns schließen. Infolgedessen waren die Kommunisten der Hauptgewinner bei den Wahlen, und dieser Erfolg wiederholte sich nach dem Krieg. Anders als 1936, als die Kommunisten nicht in die Regierung eintraten, wurden wir nach dem Krieg Mitglieder des Kabinetts. In der Nationalversammlung hatten wir die stärkste Fraktion. Aber die Sozialisten und de Gaulle spalteten die Regierung, da beide unsere Stärke und eine Revolution fürchteten. 1981, als wir wieder an der Regierungsbildung teilnahmen, war die Situation ganz anders. Unser Fehler war, daß wir dachten, die Sozialisten hätten sich verändert. Dem war nicht so. Die Mitglieder der FKP verschlossen die Augen vor der Politik der Sozialisten, als diese schrittweise Reformen zwischen 1981 und 1983 schließlich abbrachen und sich auf die Seite der Kapitalisten stellten. Weder die Parteimitglieder noch die Wähler unserer Partei verziehen dies der Führung der FKP.

Wie entstand die Idee, Maurice Thorez' Tagebuch zu veröffentlichen?

Meine Mutter bewahrte das Archiv meines Vaters bis zu ihrem Tod auf. Danach drohte es verloren zu gehen. Meine Brüder und ich vereinbarten, die Dokumente meines Vaters an das französische Nationalarchiv zu übergeben. Die riesige Bibliothek unseres Vaters gaben wir der Stadt Ivry-sur-Seine, wo er 32 Jahre lang immer wieder als Abgeordneter gewählt wurde. Ein junger Historiker von der Universität Rouen, Jean-Numa Ducange, kam mit der Idee, das Tagebuch lesen und auswerten zu wollen auf mich zu.

Das Tagebuch behandelt den Zeitraum von 1952 bis 1964: schmerzhaftes Fragen im Zusammenhang mit Stalins Tod, mit dem XX. Parteitag der KPdSU und der Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Ihr Vater war tief besorgt über all dies ...

Ich war sehr jung und weiß nicht genau, was mein Vater dachte. Ich kann nur bestätigen, was er geschrieben hat. Die französischen Kommunisten nahmen 1957 und 1960 an internationalen Treffen von Arbeiter- und Kommunistischen Parteien teil. Maurice Thorez und die FKP stellten die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung dabei über alles. Denn es gab einen weltweiten Kampf gegen den Kapitalismus und sozialistische Staaten, nationale Befreiungsbewegungen und die revolutionäre Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder standen in diesem Kampf vereint nebeneinander. Die Spaltung der kommunistischen Bewegung, die mein Vater als Tragödie betrachtete, begann jedoch noch vor dem XX. Parteitag der KPdSU. Die ersten, die sich 1948 absetzten, waren die Jugoslawen. Albanien orientierte sich nach dem XX. Parteitag an China und Vater versuchte auf einer Reise 1960 nach Albanien, die dortige Partei zu einem Überdenken ihrer Position zu bewegen. Aber er scheiterte. Vater glaubte, daß die Chinesen in erster Linie an der Spaltung schuld waren.

Gab es eine echte Chance, die Kommunisten Frankreichs in den ersten Nachkriegsjahren an die Macht zu bringen?

Sie können die Vergangenheit nicht neu schreiben. Die Kommunisten arbeiteten hart, um die Sympathie der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen und das Machtgleichgewicht im Land zu verändern. Reaktionäre Kräfte, insbesondere die Vereinigten Staaten, taten ihrerseits alles, um die Kommunisten zu vertreiben. Der Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung 1947 war keine innerfranzösische Angelegenheit. Dasselbe geschah in Italien und auf eine etwas andere Weise in Belgien. Der Kalte Krieg begann. Viele Kommunisten wurden inhaftiert, viele starben. 1956 wurde in Deutschland die Kommunistische Partei ganz verboten. Es wurden Angriffe auf die Parteigebäude verübt.

Ich frage mich, welchen Einfluß Ihr Vater auf die antikoloniale Bewegung hatte. Schließlich wurden Französisch-Indochina und Algerien in den 50er Jahren zu wichtigen Knotenpunkten der Entkolonialisierung.

Vater war 1923 Präsident des Komitees gegen den Krieg in Marokko und wurde dafür inhaftiert. Da Frankreich in den 20er Jahren ein Kolonialreich war, luden die Kommunisten Vertreter der Kolonien in das Sekretariat der Partei ein. Dank dieser Taktik der Partei waren unter den Führern der nationalen Befreiungsbewegungen Kommunisten und Leute, die der Kommunistischen Partei nahestanden. Der Kampf um die Unabhängigkeit der französischsprachigen Kolonien war eines der Hauptthemen der FKP: Die Partei vereinte die progressiven Kräfte der gesamten französischsprachigen Welt. Als mein Vater starb, arbeitete ich in der Sowjetunion. Ich flog nach Moskau, eines der Mitglieder des Politbüros traf mich am Flughafen und erzählte mir von seinem Tod. Die Beerdigung fand in Paris statt und ich war in einem Hotel voller Parteimitglieder einquartiert. Dort kamen Afrikaner

und Südamerikaner auf mich zu und sprachen mir ihr Beileid aus. Für sie war Maurice Thorez einer der Anführer der antikolonialen Bewegung. Die KPdSU und die FKP ergänzten sich: Während die KPdSU an der Spitze eines großen Landes stand – dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern, diente die FKP unter Maurice Thorez als Vorposten des Kommunismus im Westen und führte den Kampf der Arbeiterklasse und den Kampf für die Unabhängigkeit der Kolonien an. Unsere Feinde sprechen bis heute von einer gewissen „Hand Moskaus, die uns angeblich anleitete und beeinflusste. Aber das war keineswegs der Fall, die Beziehungen waren brüderlich. Die USA projizierten ihr eigenes Diktat gegenüber ihren Verbündeten auf unsere Beziehungen zur KPdSU und zur UdSSR.

1976, nach dem XXII. Parteitag der FKP, haben Sie sich für eine Weile von der Arbeit der Partei ferngehalten, weil Sie der Ansicht waren, daß die Aufgabe des Prinzips der Diktatur des Proletariats ein Schlag gegen die Grundfesten der Partei ist.

Auf dem XXII. Parteitag brach eine Diskussion über den Begriff „Diktatur des Proletariats“ aus. Einige Mitglieder des Politbüros zweifelten an der Attraktivität des Wortes „Diktatur“ für die Agitation unter breiten Bevölkerungsschichten. Unter Georges Marchais wurde nicht nur dieses Wort, sondern auch das dahinterstehende Prinzip, den bürgerlichen Staat als Ausdruck von Klasseninteressen und der Diktatur der Bourgeoisie zu verstehen, aufgegeben. Die Diktatur des Proletariats ist eines der Schlüsselemente unserer marxistisch-leninistischen Theorie. Der Staat selbst ist nicht neutral, er ist kein Schiedsrichter, er spiegelt immer die Macht jeder Klasse wider.

Verknüpfen Sie die Probleme, die die FKP in den letzten 20 bis 30 Jahren hatte, mit der Taktik des Eurokommunismus oder mit der Zerstörung der Sowjetunion?

Alles ist miteinander verbunden. In Frankreich und in den westlichen Ländern üben Medien und Werbung einen sehr starken ideologischen Druck aus. Gleichzeitig entsteht ein negatives Bild der Kommunisten. Wir sind und bleiben der Feind Nummer eins für die herrschende Klasse. Die Partei gab unter diesem Druck auf, dagegen anzukämpfen und gab nacheinander Positionen auf, um der öffentlichen Meinung zu gefallen. Das führte zu ihrem Zusammenbruch. Der Niedergang der FKP begann vor dem Zusammenbruch der UdSSR. Der Druck von außen nahm zu und gleichzeitig wuchs der innere Revisionismus. Dies war auch bei der KPdSU der Fall. Verstehen Sie, wenn der Generalsekretär des ZK der KPdSU sich mit Bush senior treffen will, um über die Verhinderung eines Atomkrieges zu verhandeln, ist das um des Friedens willen notwendig. Aber wenn dieselbe Person sagt, der Präsident der Vereinigten Staaten sei sein Freund, ist das eine ganz andere Sache.
(..)

Was sollte die FKP tun, um sich wieder enger mit der Arbeiterklasse zu verbinden und den Status als ihre Avantgarde wiederzuerlangen?

Vor allem sich wieder mehr in Unternehmen und Betrieben verankern – woran die FKP derzeit arbeitet. Es wird ein langer Prozeß sein, aber wenn wir ihn nicht zu gehen versuchen und aufgeben würden, wäre auch nichts erreicht. Ebenso brauchen wir eine Rückkehr zum demokratischen Zentralismus. Die Partei sollte so geschlossen wie möglich handeln. Es ist klar, daß innerparteiliche Diskussionen notwendig und ebenso bereichernd sind. Aber wenn eine Entscheidung getroffen ist, dann sollte sie von allen umgesetzt werden – sonst sind wir keine Kommunistische Partei. Die Arbeiter vertrauten uns früher, weil wir unsere Aussagen mit konkreten Handlungen unterstrichen. Wenn es verschiedene Fraktionen in der Partei gibt, dann ist es keine kommunistische Partei. Entscheidungen müssen gemeinsam getroffen werden. Das ist demokratischer Zentralismus. Und jeder Kommunist sollte das Gefühl haben, daß er nicht nur Flugblätter verteilt und Plakate klebt, sondern Teil des kollektiven Gehirns der Partei ist, er ist Teil eines einzigen Ganzen - unserer ruhmreichen Französischen Kommunistischen Partei.

Das Interview erschien in der Prawda am 29. April 2021

*Redaktionell gekürzt
Übersetzung: Silvio Rossi*

Am 3. August begeht

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

seinen 80. Geburtstag.

Seit vielen Jahren läßt er den „RotFuchs“ an seinem reichhaltigen Schaffen als marxistisch-leninistischer Historiker teilhaben und prägt das Profil unserer Zeitschrift. Seine Beiträge zur Geschichte der österreichischen und der deutschen Arbeiterbewegung, zu bedeutenden marxistischen Wissenschaftlern wie Arthur Baumgarten, Konrad Farner oder Arnold Reisberg sowie zur Theologie der Befreiung, zur katholischen Kirche insgesamt und zu den Positionen von Papst Franziskus finden weit über den Kreis unserer Leser hinaus Beachtung. Gerhard Oberkofler ist Autor einer kaum überschaubaren Zahl von Monographien, war Mitglied des internationalen Beirats der von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegebenen Zeitschrift „Topos“, verfaßte ungezählte wissenschaftliche Artikel und schreibt politische Kommentare in Tageszeitungen Österreichs und der Bundesrepublik.

Die „RotFuchs“-Redaktion gratuliert sehr herzlich und wünscht viel Gesundheit. Unseren Dank für die tatkräftige Unterstützung verbinden wir mit der Hoffnung, daß wir noch viele Texte unseres Autors veröffentlichen können.

„In Spanien stand's um unsere Sache schlecht ...“

Die 2. Republik auf spanischem Boden hatte seit der Stunde ihrer Proklamation am 14. April 1931 einen schweren Stand. Von großen sozialen Gegensätzen gezeichnet, ein agrarisches Land mit starker feudal-klerikaler Prägung und geringem Industrialisierungsgrad. Wenige Großgrundbesitzer bestimmten über Millionen Tagelöhner. Hunger und Armut grassierten unter den etwa 24 Millionen Einwohnern Spaniens, 1/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche lag brach. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte Spanien besonders hart getroffen. Aristokratie, Militär und katholische Kirche waren zu einer unheiligen Dreieinigkeit verschweißt. Da nahm es nicht wunder, daß das Königshaus 1923 die Militärdiktatur von Miguel Primo de Riveras in den Sattel hob. Die Republik war ein radikaler Schnitt mit dieser Vergangenheit, ihre erste Regierung unter Premierminister Manuel Azana und seiner linksliberalen Accion Republicana trat das schwere Erbe mit Zuversicht an. König Alfons XIII. wurde durch das Parlament (Cortes) abgesetzt. Eine Bodenreform die Umverteilung des Grundbesitzes in die Hände der Kleinbauern ein, was trotz hoher Entschädigungszahlungen die Großagrarien zum fanatischen Sturm gegen die junge Republik aufbrachte. Auch das Militär sollte im Rahmen einer Streitkräfte reform Federn lassen. Vom Offiziersrang aufwärts fürchteten Obristen und Generäle um ihre angestammten Posten. Seit dem Kolonialkrieg in Marokko (1907–1927) fühlten sich viele Offiziere dazu berufen, für das Ziel „Una patria, un estado“ (Ein Vaterland, ein Staat) selbst die Macht zu übernehmen. Auch die späteren Putschisten des Jahres 1936, namentlich der „Caudillo“ (Führer) Francisco Franco, rekrutierten sich aus der Kolonialarmee. Das Militär opponierte und Ende 1933 übernahm das katholisch-reaktionäre Wahlbündnis „Confederacion Espanola de Derechas Autonomas“ (CEDA) von Gil Robles die Regierung. Der Traum vom republikanischen Neuanfang schien ausgeträumt. Die in Gang gekommenen Reformen wurden gestoppt, die Uhr zugunsten von Militär, Klerus und Großgrundbesitzern zurückgedreht. Streiks, Unruhen und Aufstände der armen Klassen waren die Folge. In Asturien riefen die Bergarbeiter den Generalstreik aus, Fremdenlegion und reguläres Militär unter General Franco schlugen den Aufstand blutig nieder. Tausende Tote und Inhaftierte. Die politische Lage hatte sich durch die Unruhen destabilisiert, interner Zwist in der Regierung, Skandale und fehlende Mehrheiten führten schließlich im Dezember 1935 zur Auflösung des Cortes und zur Ausschreibung von Neuwahlen für den 16. Februar 1936.

„Da kamen sie aus aller Welt ...“

Das am 15. Januar 1936 gebildete Bündnis aus Kommunisten (PCE), Republikanern, Gewerkschaften (UGT), Sozialdemokraten (PSOE) und Linkssozialisten (POUM), die Frente Popular (Volksfront), konnte einen

Monat später die Wahl für sich entscheiden. Der Zusammenschluß konservativ-klerikaler und faschistischer Kräfte (Nationale Front) unterlag. Die Reaktion sann sofort auf umgehende Rache für die Niederlage. Nur 5 Monate brauchten die Kräfte des alten Spaniens um sich zu sammeln, bis am Nachmittag des 17. Juli 1936 die putschenden Generäle im marokkanischen Melilla losschlugen und am Folgetag die Militärrevolte auf das Festland übergriff. Für einige Tage sah es so aus, als könnte die Republik ihre Feinde besiegen. Arbeitermilizen in den Städten stürmten die Kasernen, rote



Hans Beimler – Politischer Kommissar des Thälmann-Bataillons

Matrosen meuterten auf den Kriegsschiffen, setzten reaktionäre Offiziere fest und entrissen die spanische Flotte dem Zugriff der Putschisten. Der schnelle und gezielte Einsatz der Milizen an allen Frontabschnitten brachte die franquistische Soldateska zum Stehen. Dem Übergreifen des Putsches auf Madrid, Barcelona, Valencia, Andalusien, Asturien und das Baskenland schob die Volksfront einen Riegel vor. Am 19. Juli 1936 lief über Radio Madrid der Aufruf der „Pasionaria“ Dolores Ibárruri (Vorsitzende der PCE) (?) an das spanische Volk – den Franquisten keinen Meter Boden zu überlassen: „No pasarán!“ – „Sie werden nicht durchkommen! Auch internationale Verbände zum Schutz der Republik bildeten sich. Der erste dürfte die „Grupo Thaelmann“ (22 Männer und drei Frauen) gewesen sein, angereiste Teilnehmer der als Gegenveranstaltung zu den Olympischen Spielen in Hitlers Berlin angesetzten Volksolympiade, die nun ausfallen mußte. Die „Grupo Thaelmann“ warf sich sofort nach ihrer Gründung am 23. Juli 1936 in die Kämpfe katalanischer Milizen an der Aragon-Front. Eine Woche später stellte der aus Paris angereiste Kommunist Hans Beimler mit 180 Freiwilligen die „Centuria Thälmann“ auf. Die KPD hatte Anfang August zur Teilnahme auf Seiten der

Volksfront aufgerufen. Die zukünftigen Spanienkämpfer gelangten zumeist über das in Paris ansässige Komintern-Verbindungsbüro weiter ins Auffang- und Ausbildungslager Albacete. Ab Herbst 1936 wurden dort die ersten Verbände der Interbrigaden (Brigada Internacional) aufgestellt. Angesichts der seit August 1936 zugeführten italienischen Invasionstruppen unter Befehl von Mussolini und dem infernalischen Bombenterror der deutschen Legion Condor waren die Interbrigaden ein Fanal der internationalen Solidarität für die Sache der Freiheit. Zehntausende kamen buchstäblich aus aller Welt, um in Spanien den faschistischen Funken auszutreten. Die Mächte des Völkerbundes übten sich in Nichteinmischung, einzig die Sowjetunion und Mexiko unterstützten die Volksfront. Die fünf internationalen Brigaden, jede mit einer Sollstärke von 3000 Mann machten zwar zahlenmäßig weniger als ein Zehntel der republikanischen Armee aus, doch sie waren stets dort, wo es brannte. Sei es beim Kampf um Madrid im Winter 1936, am Jarama und am Ebro, oder in der Schlacht um Guadalajara im März 1937. Die Brigaden trugen stolze Namen: Die XI. Brigade „Thälmann“, die XII. Brigade „Garibaldi“, die XIII. Brigade „Dombrowski“, die XIV. Brigade „Commune de Paris“ und die XV. Brigade „Abraham Lincoln“. Ihre Kämpfe waren ebenso mutig, wie verlustreich. Wenig bekannt ist, daß auch hunderte Frauen in den Interbrigaden ihren Dienst versahen, zumeist als Ärztinnen, Krankenschwestern, Journalistinnen, aber auch als Milizionärinnen. Ca. 140 weibliche deutsche Spanienfreiwillige sind namentlich bekannt. Eine davon war die 26jährige Leipzigerin Gerda Taro, die als Kriegsberichterstatteerin in vorderster Linie tätig war. Als die deutsche Legion Condor am 25. Juli 1937 in der Nähe des Städtchens Villanueva de la Cañada einen republikanischen Fahrzeugkonvoi bombardierte, schoß sie unentwegt Fotos. Der Angriff schien beendet, als überraschend ein deutscher Flieger die Kolonne erneut unter Feuer nahm. Panik brach aus. Gerda Taro stürzte vom Trittbrett des LKWs, auf dem sie mitfuhr und geriet unter die Ketten eines Panzers. Tags drauf erlag sie ihren schweren Verletzungen. Ihre letzten Bilder erschienen kurz darauf im LIFE-Magazin vom 16. August 1937.

„Trotz alledem ...“

An Mut, Einsatzwillen und Entschlossenheit mangelte es den Kämpfern der spanischen Republik mit Sicherheit nicht. Die franquistischen Truppen, verstärkt durch Fremdenlegionäre, marokkanische Verbände und über 75 000 von Mussolini entsandte Soldaten, waren zahlenmäßig der republikanischen Armee dreifach überlegen. Gleiches galt für Waffen und Kriegsgerät. Die Luftmacht hatte die Republik mit den veralteten Maschinen der „Fuerzas Aéreas de la República Española“ (FARE) an keinem einzigen Tag des Krieges erringen können, auch wenn

die Sowjetunion unter Hochdruck Maschinen des Typs Polikarpow I-15 und Tupolew ANT-40 auf dem Seeweg nach Spanien lieferte. Von etwa 450 Flugzeugen waren Ende 1937 über 400 sowjetischer Herkunft. Allein die ca. 400 Jagdflugzeuge des faschistischen Italiens warfen über spanischer Erde 11 524 Tonnen Bomben ab. Der Name Guernica steht für die Vernichtung der Zivilbevölkerung durch Brand- und Sprengbomben der deutschen Legion Condor. Für die faschistischen Legionäre waren spanische Wohnviertel der Übungsplatz für den großen Krieg, der noch bevorstand.

Am Ende hat die Republik verloren. „Mit Tanks und mit Fliegern, so griffen sie an, Wir hatten nur Mut und Gewehre“, beschreibt es treffend der Arbeitersänger Ernst Busch in seinem Lied von der Jaramafront. Am 28. Oktober 1938 nahmen die, die überlebt hatten, in Barcelona Abschied von Spanien. Hunderttausende gaben Ihnen das letzte Geleit. Nur wenige gelangten unbehelligt in die über 50 Heimatländer zurück, aus denen sie zwei Jahre zuvor gekommen waren. Für die meisten der deutschen Spanienkämpfer, ob in den südfranzösischen Internierungslagern, den deutschen KZs,

dem Strafbataillon 999, im Widerstand der französischen Resistance oder an den Fronten des Weltkriegs war der Kampf um Leben oder Tod auch jetzt nicht zu Ende. Die Worte von Dolores Ibárruri beim Abschied in Barcelona vergaß keiner von ihnen. „Sie gaben uns alles, ihre Jugend der Reife, ihr Wissen und Erfahrung, ihr Blut und ihr Leben, ihre Hoffnungen und Wünsche – und von uns verlangen sie nichts.“ Sie alle wußten wofür.

Dr. Ralf Hohmann

Dolores Ibárruris Parole „¡No pasarán!“ – „Sie werden nicht durchkommen!“ – wurde zum Schlachtruf der Verteidiger der spanischen Republik.

Wir dokumentieren die Rede der Pasionaria (Die Leidenschaftliche), die sie zur Verabschiedung der Internationalen Brigaden 1938 hielt.

Auf baldiges Wiedersehen, Brüder ...

Es ist sehr schwer, einige Abschiedsworte an die Helden der Internationalen Brigaden zu richten, wegen dem, was sie sind und was sie darstellen.

Ein Gefühl der Qual, unendlicher Schmerzen schnürt unsere Kehle zusammen ... Herzeleid über die, die weggehen. Soldaten des höchsten menschlichen Ideals, Verbannte aus

ihrem Vaterland, verfolgt von den Tyrannen aller Völker ... Schmerz über die, die für immer hierbleiben, die in unserer Erde ruhen und die im Tiefsten unseres Herzens, gekrönt durch das Gefühl unserer ewigen Dankbarkeit, weiterleben.

Ihr kamt hierher, zu uns, von allen Völkern und Rassen, als unsere Brüder, als Söhne des unsterblichen Spaniens, und in den härtesten Tagen unseres Krieges, als die Hauptstadt der spanischen Republik bedroht war, ward Ihr es, tapfere Kameraden der Internationalen Brigaden, die Ihr dazu beigetragen habt, sie durch Eure Kampfbegeisterung, Euren Heldennut und Opfergeist zu retten.

Und Jarama, Guadalajara, Brunete, Belchite, Levante und der Ebro besingen in unsterblichen Strophen den Mut, die Selbstlosigkeit, die Tapferkeit und die Disziplin der Männer der Internationalen Brigaden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Kämpfe der Völker wurde durch die Formierung der Internationalen Brigaden das durch seine Größe erstaunliche Schauspiel geboten, ein der Freiheit und Unabhängigkeit bedrohtes Land, unser Spanien, retten zu helfen.

Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Republikaner, Männer verschiedener Hautfarbe, verschiedener Ideologien und gegensätzlicher Religion, die aber alle innig die Freiheit und die Gerechtigkeit lieben, kamen hierher, um sich uns bedingungslos anzuschließen.

Sie gaben uns alles, ihre Jugend oder Reife, ihr Wissen und ihre Erfahrung, ihr Blut und ihr Leben, ihre Hoffnungen und Wünsche – und von uns verlangten sie nichts. ...

Banner Spaniens! Grüßt diese Helden, neigt Euch vor so viel Märtyrertum.

Mütter! Frauen! Und wenn die Jahre vergehen und die Wunden des Krieges verheilen, die Erinnerung an die schmerzlichen und blutigen Tage in eine Gegenwart der Freiheit, des Friedens und des Wohlstandes übergehen, der Groll gemildert sein wird und der Stolz über das freie Vaterland von allen Spaniern gleichermaßen gefühlt wird, sprecht zu Euren Kindern, erzählt ihnen von diesen Männern

der Internationalen Brigaden. Erzählt ihnen, wie sie Meere und Berge überquert haben, wie sie über bajonettstarrende Grenzen kamen, die von wütenden Hunden bewacht wurden, die ihre Zähne in sie einkrallen wollten und die in unser Vaterland als Bannerträger der Freiheit kamen, um für die Freiheit und Unabhängigkeit Spaniens, die vom deutschen und italienischen Faschismus bedroht waren, zu kämpfen und zu sterben. Sie verließen alles: Liebe, Vaterland, Heim, Glück, Mutter, Frau, Geschwister, Kinder und kamen zu uns, um uns zu sagen: Hier sind wir! Eure Sache, die Sache Spaniens, sie ist die Angelegenheit der ganzen fortgeschrittenen und fortschrittlichen Menschheit.

Heute gehen sie, viele Tausende bleiben hier und haben als letzte Hülle die Erde Spaniens über sich und das innige Gedenken aller Spanier.

Kameraden der Internationalen Brigaden! Politische Gründe, staatliche Gründe, das Gedenken derselben Sache, für die ihr Euer Blut aus grenzenlosem Edelmut hingabt, veranlassen die einen von Euch, in ihr Vaterland zurückzukehren, die anderen die notgedrungene Emigration. Ihr könnt stolz hingehen. Ihr seid in der Geschichte, Ihr seid die Legende, Ihr seid das heroische Beispiel für die Solidarität und die Universalität.

Wir werden Euch nicht vergessen, und wenn die Blumen des Friedens, verflochten mit den Siegerlorbeeren der spanischen Republik blühen, dann: Kommt zurück!

Kommt zurück zu uns, hier findet Ihr ein Vaterland, Ihr, die Ihr keines habt. Ihr, die Ihr, der Freundschaft beraubt, leben müßt, findet Freunde, und alle findet Ihr hier die Liebe und Dankbarkeit des ganzen spanischen Volkes, das heute und morgen voller Begeisterung rufen wird:

Es leben die Helden der Internationalen Brigaden!

**Barcelona, September 1938
Dolores Ibárruri (La Pasionaria)**

Eingesandt von Andree Mergen, E-Mail

Am 27. August wird

Prof. Dr. Götz Dieckmann

80 Jahre alt.

Seine glänzenden Fähigkeiten als marxistisch-leninistischer Historiker stellte er bereits als Student und mit seiner Dissertation bei Walter Bartel über das Konzentrationslager Mittelbau-Dora unter Beweis – ein Thema, dem er bis heute verbunden blieb. Götz wurde mit etwas mehr als 30 Jahren stellvertretender Direktor der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, lehrte seit 1978 dort als ordentlicher Professor und wurde im Oktober 1989 von der Vollversammlung der Mitarbeiter und Hörer zu deren letztem Rektor gewählt. Von der Konterrevolution ließ er sich in seiner klaren weltanschaulichen und politischen Position nicht erschüttern, im Gegenteil: Er vertritt sie offensiv als Referent, als Autor des „RotFuchs“ und als leitendes Mitglied unseres Fördervereins. Unserem Kurs im Kampf um den Frieden, bei der Verteidigung der DDR und in der internationalen Solidarität gab er immer wieder entscheidende Impulse. Lieber Götz, wir gratulieren Dir von ganzem Herzen, danken für Deine Arbeit und den leidenschaftlichen Einsatz für unsere Sache. Auf viele Jahre!

„Ideologischer Schießbefehl“

Die Aufarbeitung der „Aufarbeitung“. Das ist nicht der eigentliche Titel eines kürzlich erschienenen Buches, das ein 165 Seiten langes Gespräch zwischen Friedrich Wolff, dem bekannten Strafverteidiger in der DDR und in der BRD, und Egon Krenz dokumentiert. Das Buch hat den treffenden Titel „Komm mir nicht mit dem Rechtsstaat“. Friedrich Wolff erinnert darin u.a. an die Anklage der Berliner Staatsanwaltschaft gegen Egon Krenz wegen „Totschlags und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR“. „Weil“, so Friedrich Wolff, „Richter Josef Hoch keinen ‚schriftlichen Schießbefehl‘ vorliegen hatte, erfand er die Kategorie des ‚ideologischen Schießbefehls‘“. Dazu Egon Krenz: „Das war nun wirklich die größte Lachnummer, obwohl der Gegenstand des Verfahrens nun wahrlich keinen Anlaß zu Heiterkeit lieferte.“ Richtig. Doch mit gebotenen zeitlichem Abstand und nach der Lektüre des Buchs kam mir die Idee, über die vom Richter Hoch kreierte Kategorie noch einmal gründlich nachzudenken. Mit dem vorangestellten Adjektiv wollte er wohl zum Ausdruck bringen, daß die kommunistische Indoktrination so etwas wie eine Art Gehirnwäsche als Variante zum Schießbefehl gewesen sei, geeignet, die Menschen zielführend gefügig zu halten und sie daran zu hindern, in die „Freiheit“ aufzubrechen.

Szenenwechsel: Wirtschaftssanktionen wurden von westlichen Politikern gern als friedliche Alternative zur militärischen Auseinandersetzung ausgewiesen. Doch sie sind eine nicht minder tödliche Massenvernichtungswaffe. Der an der Harvard-University forschende Historiker Garikai Chengdu hat uns die Dramatik plastisch vor Augen geführt: „Die US-amerikanischen Wirtschaftssanktionen stellen das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Sie haben „mehr Unschuldige getötet, als alle nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, die je in der Menschheitsgeschichte zur Anwendung kamen“.

Dieser tödlichen Massenvernichtungswaffe hat der Wertewesten zur Rechtfertigung heute mehr denn je ein Label aufgeklebt: Menschenrechte. Es gibt seit 1945 kaum ein Verbrechen der imperialistischen Staaten-gemeinschaft, das ohne den Bezug auf die Menschenrechte verübt wurde. Um auf die von Richter Hoch erfundene Kategorie noch einmal zurückzukommen: Es war die NATO mit ihren jeweiligen Chefs in Washington, die in diesem Sinn über Jahrzehnte hinweg – mehr als genug in Kombination mit schierer Gewaltanwendung – „ideologische Schießbefehle“ für ihre Regime-Change-Politik erteilt hat.

Mit seinem letzten Buch „Der Westliche Marxismus“ hat der italienische Philosoph und Marxist Domenico Losurdo eine fundierte Untersuchung vorgelegt, in der er sich mit zwei Kategorien befaßt: dem „Östlichen Marxismus“ und dem „Westlichen Marxismus“. Losurdo: „Die Oktoberrevolution war

zum Sieg gelangt, indem sie im Westen zur sozialistischen und im Osten zur antikolonialen Revolution aufrief.“ Die erwartete Revolution im Westen blieb aus mit allen fatalen Folgen bis zum Zweiten Weltkrieg, der schließlich mit dem Sieg über den Faschismus im größten antikolonialen Befreiungskrieg endete. Im Osten und Süden blieb die Botschaft des Roten Oktober sehr lebendig. So wurden Revolutionen in China, Kuba, Korea und Vietnam möglich. Der revolutionäre Prozeß auf der Karibikinsel ist nach wie vor leuchtendes Beispiel in dieser Hinsicht. Kuba steht seit nunmehr 60 Jahren unter Dauerbeschuß seiner in- und ausländischen Feinde. Die Versuche, den Staat über wirtschaftliche Sanktionen zu strangulieren (von Mordversuchen an Fidel Castro abgesehen), wurden von westlich sozialisierten Menschenrechtsaktivisten, ausgerüstet mit ideologischen Schutzwesten, unter dem Schirm von „Freiheit, Demokratie und Menschenrechten“ unterstützt, was zur Folge hatte, daß die revolutionären Prozesse außerhalb des eigenen Kulturraums zunehmend mit „Argwohn betrachtet wurden ... Über die nationale und koloniale Frage begann sich in der Epoche des Imperialismus eine spürbare Unterscheidung zwischen westlichen und östlichen Marxismus abzuzeichnen“ (Losurdo). Dennoch, in den 60er und 70er Jahren sah es so aus, als würden die Träger des westlichen Marxismus die antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen wirklich auch intellektuell verstehen und ihre Bedeutung im Kontext des globalen Emanzipationskampfs für den eigenen Kampf in den westlichen Metropolen nutzbar machen. Nicht zuletzt war es der von den USA geführte Krieg in Vietnam, der zu einer weltweiten Solidaritätsbewegung führte. Als aber die Staaten, die aus der antikolonialen Revolution hervorgegangen sind, sich den „Mühen der Ebenen“ zuwandten und den ökonomischen Aufbau ihres Landes in die Hand nahmen, verebte die Sympathie sehr schnell. „Da die Gefahr militärischer Intervention ferner ist“, erklärt Losurdo, „streben die kommunistischen Führer Kubas nach Unabhängigkeit, auch und vor allem auf ökonomischer Ebene, und um dieses Resultat zu erreichen, fühlen sie sich verpflichtet, gegenüber dem Markt und dem Privateigentum manche Zugeständnisse zu machen (sehr vorsichtig inspiriert vom chinesischen Modell). Nun, da die Insel nicht mehr die Utopie verkörpert, die verwirklicht werden soll, sondern mit den eigenen Schwierigkeiten beim Aufbau einer postkapitalistischen Gesellschaft kämpfen muß, scheint sie in den Augen der westlichen Marxisten nicht mehr besonders faszinierend. In ihren ersten Stadium, dem Stadium des oft auch militärischen Kampfes für die politische Unabhängigkeit, hat die antikoloniale Revolution im westlichen Marxismus manchmal die sympathische Aufmerksamkeit und das theoretische Interesse erregt, das sie verdiente, heute, wo die

antikoloniale Revolution in ihrem zweiten Stadium ist, dem des Kampfes um die ökonomische und technologische Unabhängigkeit, reagiert der westliche Marxismus mit einer Haltung, die von Desinteresse, Verachtung und Feindschaft gekennzeichnet ist.“ Er kann nicht begreifen, daß diesem Prozeß „die Erfordernisse der Demokratie in größerem oder geringerem Maße geopfert“ werden mußten und müssen. Das Unverständnis bzw. die Geringschätzung der nationalen Befreiungsbewegungen, die Unterschätzung der nationalen Frage und auch die fehlende Erkenntnis, daß die antikoloniale Revolution noch längst nicht abgeschlossen ist, ließ das „Hoch, die internationale Solidarität“ schrumpfen. Losurdo nennt als Beweis eine ganze Reihe von namhaften Philosophen, Schriftstellern und Politikern. Auch wenn sie nicht wirklich als Marxisten bezeichnet werden können, wie z. B. Hannah Arendt, Ernst Bloch, Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Theodor Adorno u.a., so haben sie dennoch großen Einfluß auf die Diskurse des westlichen Marxismus genommen.

In seinem Beitrag „Menschenwürde“ („RotFuchs“ 6/21) erinnert Dr. Ralf Homann an die Worte der Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer: „Wir sind Teil der westlichen Welt und müssen dafür sorgen, daß die Menschenrechte gelten.“ Hohmann fügt hinzu: „Nicht nur am Hindukusch, sondern sofort auch in Indochina.“ Und dann zitiert er aus dem Wahlprogramm der Grünen, die auf „eine gestärkte und handlungsfähige Europäische Union“ setzen: „Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenwürde, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit (...) exportiert in die ganze Welt, (...) ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt.“ NATO-Chef Stoltenberg sieht eine von China ausgehende Bedrohung. Warum? Weil es „unsere Werte nicht teilt“. Deutlicher kann man es kaum sagen, daß nur solche Menschenrechte anerkannt werden, die in der regelbasierten Wertordnung des Kriegsbündnisses NATO aufgehen und als Kampfbegriff, als ideologischer Schießbefehl gehandhabt werden können.

Wir müssen deshalb noch einen zeithistorischen Schritt zurückgehen und an die 1945 geführte Kontroverse zwischen Churchill und Stalin über die Aufnahme der Menschenrechte in die UN-Charta erinnern. Churchill lehnte die Kodifizierung der ökonomischen und sozialen Menschenrechte kategorisch ab. Stalin seinerseits verweigerte daraufhin die Aufnahme der zivilen und politischen Menschenrechte. Ein Patt, so stark war die Anti-hitler-Koalition zu dem Zeitpunkt noch. Die Auseinandersetzung mündete schließlich in einen Kompromiß, der 1966 zur Trennung in zwei Pakte führte. Es war, wie sich alsbald im heraufziehenden Kalten Krieg herausstellen sollte, ein eher fauler. Während nämlich die Rechtsverbindlichkeit des Paktes für zivile und politische Rechte als unbestritten

galt, wurde sie für den Pakt für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte vor allem von den Staaten des nordatlantischen Bündnisses abgelehnt. Er ist von den USA noch immer nicht ratifiziert, und die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 blendet die ökonomischen und sozialen Rechte komplett aus. Wir halten fest: Wer immer von einer Spaltung Europas spricht, die in Jalta 1945 bereits besiegelt worden sei, oder von einem von Rußland und China ausgehenden Versuch, die EU spalten zu wollen, plaudert, sollte den immer tiefer werden Riß thematisieren, der sich zwischen dem Menschenrechtsverständnis der kapitalistischen Staaten und denjenigen Staaten herausbildete, die sich von kolonialer Abhängigkeit befreit und den Weg einer sozialistischen Orientierung eingeschlagen haben – und dies noch im Jahr des Kriegsendes. Abel Pietro, der ehemalige Kulturminister Kubas, Schriftsteller und Abgeordnete der kubanischen Nationalversammlung, hat im Rahmen einer dreizehntägigen „Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert“ eine Rede gehalten, die allen Parteiströmungen die Schamröte ins Gesicht treiben mußte, die sich damit begnügen, die universell

gültigen Menschenrechte in ihre Gebetsmühle einzuspeisen. Pietro sagte: „Das Thema der Menschenrechte wurde bis zum Überdruß manipuliert, um Kuba zu verurteilen. Die schlimmsten Menschenrechtsverletzer der Welt, diejenigen, die Völkermord praktizieren und unter dem Vorwand, ‚Demokratie‘ zu exportieren, Raubkriege führen, diejenigen, die blutige Diktaturen in allen Regionen des Planeten unterstützt haben, diejenigen, die Folter im Namen der sakrosankten ‚nationalen Sicherheit‘ legalisiert und praktiziert haben, setzten sich selbst als Richter über Kuba ein (...) Ein grundlegendes Menschenrecht, das Recht auf Leben, ist eine Priorität unseres Sozialismus, und die Ergebnisse sind spürbar. Die Säuglingssterblichkeit in Kuba betrug in diesem von Covid-19 geprägten Jahr 4,9 pro 1 000 Lebendgeburten, womit wir zu den 35 Ländern mit den besten Indikatoren in diesem Bereich gehören. (...) Universelle und kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung für alle Bürger ohne Ausnahme sind Säulen des kubanischen Sozialismus. Das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit, auf Wohnung, auf Zugang zur Kultur, auf aktive Teilnahme am Schicksal des eigenen Landes und nicht

durch formale Abstimmungen und immer raffiniertere Manipulationen, all diese Rechte wurden und werden von der Kubanischen Revolution garantiert.“

Zu guter Letzt: Die Grünen mögen die oben zitierte Passage aus ihrem Wahlprogramm bejubeln. Ob sie allerdings jemals begreifen, daß es nur die Geschützrohre der sich als Wertegemeinschaft rühmenden NATO sind, die sie für den ideologischen Schießbefehl mit Phrasen wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte etikettieren dürfen, muß bezweifelt werden. Sie streben nach Höherem. Deshalb haben sie sich auch in der Rhetorik der Sprache des Kriegsbündnisses angepaßt und bedienen sich der in Mode gekommenen Kategorie einer „regelbasierten internationalen Ordnung“. Hier ist der „westliche Marxismus“ gefordert, der sich nach Losurdo mit dem „östlichen“ zusammenschließen und einen Diskurs initiieren muß – mit Orientierung auf einen global antikapitalistischen und antiimperialistischen Gesellschaftsprozeß auf der „regelbasierten Grundlage der Vereinten Nationen“. Alles andere wäre Quark, um es mit Rosa L. zu sagen.

Hans Schoenefeldt

Den DDR-Grenzern ein Denkmal gesetzt

Dieses Büchlein mit dem unspektakulären Titel „Die Grenzpolizei/Grenztruppen in Thüringen 1946–1990“ hat es jedoch in sich. Das inzwischen vor der 3. Auflage stehende Werk ist allein schon von der Aufmachung her ein Juwel: handliches Format, Glanzpapier, farbige Abbildung und viele auch unbekannte Fotos. Erstaunlich, wie es gelungen ist, so viele verschiedenartige Informationen auf 177 Seiten zu bannen. Die Autoren zeichnen sich durch höchste Kompetenz und bewundernswerte Akribie aus. Einer von ihnen gehörte zu den jüngsten Regimentskommandeuren der DDR-Grenztruppen. Er war Stabschef des Grenzkommando Süd, der andere stellvertretender Kommandeur für Rückwärtige Dienste der 4. Motorisierten Schützendivision der NVA in Erfurt. Nach Ansicht des langjährigen Kommandeurs des Grenzkommandos Süd, Generalmajor a.D. Heinz Janshen, ist es gelungen, „anschaulich und übersichtlich die historischen Ereignisse zu schildern“. Die Arbeit wird zweifelsohne als ein Schlüsseldokument für weitere, noch mehr ins Detail gehende Forschungen, nicht nur der Grenztruppen, sondern auch der Regionalgeschichte in Thüringen dienen. Sie umfaßt eine spannende und flüssig lesbare chronologische Abfolge der wesentlichen Ereignisse zur Geschichte der Grenztruppen der DDR. Daß dabei zwei historische Ereignisse nicht ganz exakt bewertet worden sind, fällt nicht ins Gewicht. Die Schaffung der Grenztruppen wird als Reaktion auf die Wechselwirkung zu den politischen Ereignissen, als Vollzug

militärpolitischer Notwendigkeiten reflektiert. Damit ist der Vorwurf einer wie auch immer verstandenen Bezeichnung „Militarisierung der Grenztruppen“ gegenstandslos. Obwohl sich das Werk im Detail auf Thüringen beschränkt, steht die Entwicklung der dortigen Grenzer im Prinzip für alle DDR-Grenztruppen, sieht man von den Besonderheiten der Berliner und der Küstensicherung ab. Hier verliefen 55 % der 1 378 km langen DDR-Grenze und war etwa 43 % des Personalbestandes konzentriert. Dadurch gibt es heute etwa eine viertel Million ehemalige Thüringer Grenzer. Das ist ein enormes politisches Potenzial von Kräften, die auch jetzt noch in der Regel zu ihrem berechtigten historischen Auftrag stehen und überwiegend der Meinung sind, einer guten Sache gedient zu haben. Oft konnte ich mich als ehemaliger Thüringer Grenzzoffizier von der politischen Qualität auch der vielen ehemaligen Wehrpflichtigen überzeugen. Immer noch besuchen frühere Grenzer ihre ehemaligen Standorte und Abschnitte, pflegen Verbindungen zu ihren Vorgesetzten, treffen sich untereinander. Gerade für sie eröffnet das Buch einen überraschenden und wohlthuenden Rückblick auf ihre Jugendzeit. Hier finden sie ihre Einheiten, ihren Grenzabschnitt, teilweise mit den Namen ihrer Vorgesetzten, und somit sich selbst wieder.

Das auch äußerlich bestens aufgemachte Büchlein bietet nicht nur für „alte Grenzer“, sondern auch für diejenigen, die sich ein objektives Bild fern von kaltkriegerischen Manipulationen über die DDR und ihre

Streitkräfte machen wollen, ein politisch ausgewogenes, sachlich exaktes und wertvolles Nachschlagewerk.

Dr. Bernhard Majorow



Prauß, Herbert, Poller, Martin. Die Grenzpolizei/Grenztruppen in Thüringen 1946–1990, 2. bearbeitete Auflage 2021, Verlag Rockstuhl, 177 Seiten, 19,95 €, ISBN 978-3-95966-537-7

J'accuse! Schlimmer als die Dreyfus-Affäre

UN-Berichterstatter Nils Melzer prangert die Assange-Affäre als internationalen Skandal richterlichen Fehlverhaltens und Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit an. Es mag unnötig erscheinen, die Binsenweisheit zu wiederholen, daß Demokratie von Transparenz und Rechenschaftspflicht abhängt, und dennoch, wie oft ist die demokratische Ordnung in der jüngsten Vergangenheit von unseren Führern verraten worden? Wie oft haben die Medien ihre Wächterfunktion aufgegeben, wie oft haben sie einfach die Rolle einer Echokammer für die Mächtigen, ob Regierung oder transnationale Konzerne, akzeptiert? Unter den vielen Skandalen und dem Verrat an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erkennen wir die Verfolgung unbequemer Journalisten durch Regierungen und ihre Helfer in den Medien. Das vielleicht skandalöseste und unmoralischste Beispiel für die multinationale Korruption des Rechtsstaates ist der „lawfare“ [Rechtsfeldzug], der gegen Julian Assange, den Gründer von Wikileaks, geführt wurde, der im Jahr 2010 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit öffentlich machte, die von den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten in Afghanistan und im Irak begangen wurden. In einer Welt, in der Rechtsstaatlichkeit eine Rolle spielt, wären die Kriegsverbrechen umgehend untersucht worden, Anklagen wären in den betroffenen Ländern erhoben worden. Aber nein, der Zorn der Regierungen und der Medien konzentrierte sich auf den Journalisten, der es gewagt hatte, diese Verbrechen aufzudecken. Die Verfolgung dieses Journalisten war ein koordinierter Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Schweden, dem sich später auch Ecuador anschloß. Die Instrumentalisierung der Justiz – nicht um Gerechtigkeit zu üben, sondern um einen Menschen zu vernichten – zog immer mehr

Menschen in eine gemeinsame kriminelle Verschwörung aus Verleumdung, erfundenen Anklagen, Ermittlungen ohne Anklage, absichtlichen Verzögerungen und Vertuschung. Im April 2021 hat mein Kollege, Professor Nils Melzer, der UN-Berichterstatter über Folter, eine akribisch recherchierte und methodisch unangreifbare Dokumentation



Julian Assange

dieser fast unglaublichen Saga veröffentlicht. Sein Buch kann durchaus als das „J'accuse“ unserer Zeit bezeichnet werden, das uns daran erinnert, wie unsere Behörden uns verraten haben, wie vier Regierungen bei der Korruption des Rechtsstaates zusammengearbeitet haben. Wie Emile Zola, der 1898 in Frankreich das Lügengeflecht um die skandalöse gerichtliche Verurteilung des französischen Oberst Alfred Dreyfus aufdeckte, schockiert uns Nils Melzer 122

Jahre später mit dem Beweis, wie Länder, die sich angeblich der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten verpflichtet fühlen, mit der Komplizenschaft der Mainstream-Medien das demokratische Ethos verraten können. Melzer schreibt über „konkrete Beweise für politische Verfolgung, grobe Willkür seitens der Justizverwaltung und vorsätzliche Folter und Mißbrauch“. Dies ist ein enorm wichtiges Buch, weil es von uns verlangt, unsere „Komfortzone“ zu verlassen und von unseren Regierungen Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fordern. In der Tat ist es ein Skandal, daß keine der vier in das Komplott verwickelten Regierungen mit Professor Melzer kooperierte und nur mit „politischen Plattitüden“ antwortete. Auch ich erlebte den gleichen Mangel an Kooperation von mächtigen Ländern, an die ich Verbalnoten über Menschenrechtsverletzungen richtete – keine von ihnen antwortete zufriedenstellend. Melzer erinnert uns an Hans-Christian Andersens Fabel „Des Kaisers neue Kleider“. In der Tat halten alle am Assange-Komplott Beteiligten konsequent die Illusion der Legalität aufrecht und wiederholen die gleichen Unwahrheiten, bis ein Beobachter sagt: Aber der Kaiser hat gar keine Kleider an! Das ist der Punkt. Unsere Justizverwaltung hat keine Kleider an, und statt Gerechtigkeit voranzutreiben, beteiligt sie sich an der Verfolgung eines Journalisten, mit allen Konsequenzen, die dieses Verhalten für das Überleben der demokratischen Ordnung hat. Melzer überzeugt uns mit Fakten – daß wir in einer Zeit der „Post-Wahrheit“ leben, und daß es unsere Verantwortung ist, diese Situation jetzt zu korrigieren, damit wir nicht in der Tyrannei aufwachen.

Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas

Quelle: Zeit-Fragen, Zürich, 1.6.2021, Nr. 12/13

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Juli!

Zum 99. Geburtstag

Helmuth Hellge (Berlin) am 6. Juli

Zum 96. Geburtstag

Heiner Ohlrich (Teterow) am 26. Juli

Zum 93. Geburtstag

Johannes Schäfer (Berlin) am 19. Juli
Ilse Graupner (Berlin) am 29. Juli

Zum 92. Geburtstag

Wolfgang Giensch (Neubrandenburg)
am 18. Juli

Zum 91. Geburtstag

Alfred Krommel (Lamstedt) am 16. Juli

Zum 90. Geburtstag

Gerhard Naumann (Berlin) am 3. Juli
Günter Lidke (Bitterfeld/Wolfen) am 29. Juli

Zum 85. Geburtstag

Erich Niejaki (Arzberg) am 29. Juli

Zum 80. Geburtstag

Else Badke (Güstrow) am 13. Juli
Dr. Albrecht Tolke (Freiberg) am 16. Juli
Horst Gröger (Bautzen) am 19. Juli

Zum 75. Geburtstag

Lothar Gräfe (Halle) am 10. Juli
Torsten Preußing (Berlin) am 22. Juli
Karin Seemann (Kassel) am 25. Juli

Zum 70. Geburtstag

Gerd-Rolf Rosenberg (Bremen) am 2. Juli
Friedrich Busch (Eggesin) am 3. Juli
Christina Thorwirth (Kremmen) am 25. Juli

Zum 65. Geburtstag

Holm Singer (Neumark) am 23. Juli

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Macht versus Wissenschaft

Giordano Bruno mußte 1600 auf dem Campo de' Fiori in Rom sein Leben für die wissenschaftliche Erkenntnis von der Unendlichkeit und Ewigkeit des Universums hergeben. Die katholische Kirche brauchte 400 Jahre, um zu erkennen, daß dessen Hinrichtung Unrecht war. Von Galileo Galilei wurde von demselben Machtorgan verlangt, seine astronomischen Beobachtungen, wonach sich die Erde um die Sonne dreht – und nicht umgekehrt, zu widerrufen. Sein Leben rettete er und tauschte es gegen lebenslänglichen Hausarrest ein, indem er sich dem Unwissen des Inquisitionsgerichts beugte. Es dauerte dann noch 360 Jahre, bis die römische Kurie erkannte, daß auch dieses Urteil vor der Geschichte keinen Bestand haben konnte. Allein das Verfahren gegen Galilei hatte zur Folge, daß andere Gelehrte eingeschüchtert wurden und aus Angst am liebsten ihre Schriften verbrennen wollten. Oftmals genügte den Mächtigen, Wissenschaft mundtot zu machen.

Nun sollte man annehmen, daß heutzutage ein solcher Umgang mit der Wissenschaft der Vergangenheit angehören würde, zumal Artikel 5 des Grundgesetzes die Freiheit der Wissenschaft postuliert.

Wenn sich eine linke Tageszeitung dazu bekennt, auf dem Boden einer wissenschaftlichen Weltanschauung zu stehen, so schrillen die Alarmglocken des Staates. Sein Geheimdienst findet heraus, daß die Zeitung samt ihrer Berufung verfassungsfeindlich sind. Daß zur Freiheit der Wissenschaft die Wahrheitssuche und die prinzipielle Unabgeschlossenheit des Erkenntnisprozesses konstitutiv sind, wie das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 90, 1/12) entschieden hat, scheint die Verfassungsschützer nicht zu tangieren, soweit es diese Wissenschaft betrifft. Staatliche Vorgaben, auch in Gestalt der Erwähnung in jährlichen Berichten des Verfassungsschutzes, welche wissenschaftlichen Methoden und Theorien anzuwenden sind und welche Resultate sie zu erbringen haben, verstoßen eindeutig gegen die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit der Wissenschaft. Das jüngste Beispiel dafür, daß der Verfassungsschutz nicht das Grundgesetz schützt, sondern selbst verletzt, demonstriert die Antwort der Bundesregierung vom 5. Mai 2021 (Geburtstag des Wissenschaftlers Marx) auf eine kleine Anfrage der Fraktion der Linken, weshalb die Tageszeitung Junge Welt im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2019 im Kapitel „Linksextremismus“ sowie im Registeranhang von Gruppierungen mit verfassungsfeindlichen Zielen auftaucht, ist unter anderem zu lesen: „Revolutionäre marxistische Grundüberzeugungen basieren auf verschiedenen Aspekten, die sich gegen Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung richten. Beispielsweise widerspricht die Aufteilung einer Gesellschaft nach dem Merkmal der produktionsorientierten

Klassenzugehörigkeit der Garantie der Menschenwürde.“

Wer also zu der wissenschaftlichen Erkenntnis gelangt, daß es im Produktionsprozeß Klassen gibt, die sich darin unterscheiden, ob der eine Eigentümer von Produktionsmittel und der andere Nichteigentümer ist, wird gemäß Bundesregierung und Bundesverfassungsschutz als „linksextrem“, „verfassungsfeindlich“, damit als Störfaktor der freiheitlichen (frei von Wissenschaft?) demokratischen Grundordnung, diffamiert.

Da können ja bürgerliche Historiker des 19. Jahrhunderts von Glück sagen, nicht in der BRD der Jetztzeit gelebt zu haben, denn schon sie haben die Gesellschaftsmitglieder nach



Giordano Bruno

„produktionsorientierter Klassenzugehörigkeit“ aufgeteilt. In dem bekannten Brief an Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852 (MEW 28/507/508) schrieb Marx: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt.“

Richtig ist natürlich die Feststellung der Bundesregierung, daß dieser Klassenantagonismus der Menschenwürde widerspricht, weil aufgrund des heutigen Standes der Produktivkräfte und einer damit verbundenen Überproduktion von Konsumgütern dafür keine Notwendigkeit besteht. Aber der Klassenantagonismus verschwindet genauso wenig wie das kopernikanische Weltbild oder die Unendlichkeit des Universums, auch wenn Institutionen der freiheitlich demokratischen Grundordnung derartiges dekretieren sollten oder als „linksextremistisch“ kriminalisieren. Die Offenbarungen der Bunderegierung auf die Kleine Anfrage der Linken erinnern verteuftelt an die „Affenkomödie“ vor 100 Jahren, als der Lehrer John Scopes von Senator Bryan des Vergehens gegen den „Frieden und der Würde des Staates“ angeklagt wurde, weil er im Unterricht gewagt hatte, die Darwinische Entwicklungslehre für möglich zu halten. Das genügte. Obwohl der Supreme Court 1968 das

1928 im US-Staat Arkansas erlassene Anti-Evolutions-Gesetz annullierte, mußte er 1987 (!) die Verfassungswidrigkeit des 1980 erlassenen „Creationism Act“ des Staates Louisiana feststellen, weil die „Creation science“ religiösen, nicht aber wissenschaftlichen Zwecken diene. Wissenschaftlichen Erkenntnissen macht man es weiß Gott nicht leicht, gerade in Staaten, die von sich meinen, ihre Werte- und Gesellschaftsordnung der Weltgemeinschaft allen anderen aufzwingen zu müssen, auch mit militärischem Nachdruck. Daß die Darwin'sche Entwicklungslehre für den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich werden könnte, kam selbst dem gestandenen Naturwissenschaftler Rud-

dolf Virchow in den Sinn. Anfang der 1860er Jahre hatte Virchow, unzweifelhaft einer der größten naturwissenschaftlichen und humanistischen Kapazitäten, die Entwicklungstheorie Darwins durchaus begrüßt. Nach der Pariser Kommune wandelte sich seine Einstellung zu ihr grundlegend. Wie kam es dazu?

Auf der 50. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte am 22. September 1977 führte er aus: „Ja, meine Herren, das mag manchem lächerlich erscheinen, aber es ist sehr ernst, und ich will hoffen, daß die Deszendenztheorie (Abstammungslehre) für uns nicht alle die Schrecken bringen möge, die ähnliche Theorien wirklich im Nachbarlande angerichtet haben. Immerhin hat auch diese Theorie, wenn

sie konsequent durchgeführt wird, eine ungemein bedenkliche Seite, und daß der Sozialismus mit ihr Fühlung gewonnen hat, wird Ihnen hoffentlich nicht entgangen sein.“ (Rudolf Virchow: Die Freiheit der Wissenschaft im modernen Staat, Berlin 1877 S. 12)

Die Mächte, ob die der Kirche, der preußisch-junkerlichen Staates oder die der freiheitlich demokratischen Grundordnung, hatten seit jeher Probleme mit der Wissenschaft, wenn diese es wagt, die herrschenden Verhältnisse – auch als Konsequenz der Abstammungslehre – infrage zu stellen oder nur zu bezweifeln. Wenn sich Macht entsprechend outet, demonstriert sie in erschreckender Weise, wieweit sie der Zeit und ihren Erfordernissen hinterherhinkt.

Wir können uns aber sicher sein, daß wissenschaftliche Erkenntnisse – verbreitet durch die Junge Welt und andere auf der Höhe der Zeit stehenden Publikationen – immer mehr an Gewicht gewinnen und in soziale Energien umschlagen werden, ob es den Herrschenden paßt oder nicht, denn: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“, wie es im Kommunistischen Manifest heißt.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Mit den Augen eines Menschen meiner Generation

Nach einem Auslandsaufenthalt in Frankreich kam Konstantin Simonow als Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR in seinen Wahlkreis im Gebiet von Smolensk, das vom Kriegsgeschehen besonders stark gezeichnet war. So trat er die Reise mit dem Gefühl einer heimlichen Unruhe an. Er schrieb: „Ich sah wirklich viel Schweres, Bitteres, etwas nahezu Unerträgliches, im Gegensatz zu all dem, was ich im kriegführenden, doch dabei nicht ruinierten, sondern reicher gewordenen Amerika sah. Dieser in der Seele steckengebliebener Gegensatz und der leidenschaftliche Wunsch, der Macht und dem Reichtum der Vereinigten Staaten die geistigen Kräfte unserer Gesellschaft, die Schönheit der Seele seiner Menschen, ihre moralische Standhaftigkeit entgegenzustellen, zwangen mich schon dort, darüber nachzudenken, wie über all dies zu schreiben ist, wie die ersten Ansätze zur künftigen für mich als Schriftsteller wichtigsten Sache zu suchen sind – zur Novelle „Rauch des Vaterlandes“...“

Daß der Kontrast zwischen den Lebensniveaus in Europa und bei uns ein Gegensatz ist, mit dem Millionen kämpfender Menschen konfrontiert wurden, ein moralischer und psychologischer Schlag war, den unsere Menschen, ungeachtet dessen, daß sie Sieger waren in diesem Krieg, nicht so leicht hinnehmen konnten – all das fühlte und verstand ich.

Sofort nach dem Krieg, im Sommer 1945, bemühte ich mich, mit dieser für viele von uns gemeinsamen psychologischen Schwierigkeit fertigzuwerden und versuchte, so gut ich konnte, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. „Ja, unsere Frauen gehen jetzt Gott weiß wie gekleidet“, meinte einer der Helden des Theaterstücks „Unter den Kastanien von Prag“, Petrow, am letzten Tag des Krieges. „Sie laufen in zigfach gestopften Strümpfen. Landsmännin, rümpfe nicht die Nase. Das ist so. Vieles haben wir nicht und werden es auch nicht so schnell haben. Wie gerne wir es auch hätten. Sehen Sie, Pani Bozhena. In Europa spricht man viel über Entbehrungen durch den Krieg. Aber dort weiß man nicht immer, was eigentlich Entbehrungen sind. Wirkliche Entbehrungen.“

Wir, die Europa gerettet haben, haben uns vor niemandem in dieser Welt zu schämen, weder wegen der gestopften Strümpfe unserer Frauen noch dafür, daß man im Hinterland in diesem Krieg manchmal hungerte, daß ganze Familien in irgendwelchen Kammern hausten. Ja, das ist so. Aber unsere Armee war bewaffnet, gekleidet und satt. Ja, wir sind vorerst noch nicht so reich, um an allem reich zu sein. Ja, wir bauten keine Villen, wir bauten Betriebe. Und die Deutschen liefen durch die Straßen von Paris, aber nicht über die Straßen Moskaus.“

„Ihr müßt nicht Europa lieben“, äußerte gegenüber Petrow seine Gesprächspartnerin, die Tschechin Bozhena. „Euch müssen diese Villen, diese Häuser mit den eisernen Dächern reizen. Ihr lehnt dies doch ab?“

„Man kann Ideen ablehnen, aber nicht ein eisernes Dach. Wenn es eisern ist, dann ist es eben eisern“, antwortete ihr Petrow. Es paßte einfach damals nach dem Krieg nicht in meine

Vorstellung, daß man eine solche Gegebenheit, wie eiserne Dächer, negieren oder verschweigen kann in einem Land, aus dem einige Millionen Menschen bereits erzählt haben, beziehungsweise vielen anderen Millionen Menschen noch



Konstantin Simonow

erzählen werden, was sie, die Sieger dort in Europa gesehen haben.

Mir schien es, daß der Ausweg aus diesem für die Sieger psychologisch nicht einfachen Zustand in der aufrichtigen Anerkennung unserer relativen Armut und im stolzen Bewußtsein von der Richtigkeit des von uns gewählten schwierigen Weges besteht, eines Weges, ohne den, wie ich überzeugt war, wir nicht zum Sieg gekommen wären, ja, auch nicht durchgehalten hätten. „Herr Churchill, so hörte ich es im Radio, erklärte in einer Rede seine Ideale. Seiner Meinung nach sollte es auf der Erde keinen Sozialismus geben, weil dies Verderben und Unfug wäre. Aber meiner Meinung nach muß es auf der Erde Sozialismus geben, weil dies Freude und Glück ist. Da siehst du, der Krieg ist zu Ende und die Anschauungen über die Zukunft sind bei den Menschen unterschiedlich, sehr unterschiedlich.“

Auf diese Art hat – etwas unbeholfen, wie es mir jetzt scheint, aber ausreichend klar – Oberst Petrow aus dem Bühnenstück „Unter den Kastanien Prags“ meine damaligen Nachkriegsansichten formuliert.

Nachwort von Bruno Mahlow

Für die Übersetzung und Veröffentlichung einiger Zeilen aus dieser letzten Arbeit von Konstantin Simonow – Frontkorrespondent, Schriftsteller, Kommunist – waren einige Beweggründe maßgeblich:

Zunächst vor allem, weil an Tagen der Erinnerung und Würdigung Feierlichkeiten wie Paraden, Feuerwerke, Kranzniederlegungen bestimmend sind. Dabei werden zwar auch viele Zahlen für Opfer und Zerstörungen genannt, aber wie gesagt, nüchterne gefühllose Zahlen, ohne dabei die vielen Schicksale nachempfinden zu können. Aber wie viele Entbehrungen, welche Folgen standen dahinter, wie viele Talente kamen nicht zur Entfaltung? Was gehörte alles zu dem 1418 Tage dauernden Krieg? Für jeden, der mit Herz und Verstand an diese Ereignisse denkt, geht es nicht ohne Emotionen, ohne Nachdenken über Menschen, Leben und Werte. Ein weiterer Grund, der mich bewegte und der auch bei Simonow eine wichtige Rolle

spielte: In Europa hört man sehr viel über die eigenen Entbehrungen, aber kaum etwas über Ursachen und langfristige Folgen des Überfalls auf das Territorium der damaligen Sowjetunion. Im Gegenteil, inzwischen gibt es wieder viele Lügen und Fälschungen. Ignoriert wird auch, auf welcher Seite der größte Teil Europas, die europäischen Staaten in diesem Krieg gestanden haben. Wie ist denn sonst die Russophobie der EU zu erklären!? Woher kommt die Behauptung von der gleichen Verantwortung Hitlerdeutschlands und der Sowjetunion für den Krieg? Und jetzt stehen NATO und damit auch deutsche Truppen erneut an der russischen Grenze. Und schließlich, die nicht einfach hinzunehmende moralische Seite. Was sahen die Sieger in den europäischen Ländern und welch' große moralische Prüfung mußten sie bestehen und doch als harten psychologischen Schlag hinnehmen. Denn von vielem, was

sie sahen, hatten sie weder vor noch nach dem Krieg eine Vorstellung. Denn man gönnte den Russen und anderen Völkern der Sowjetunion keinen Tag wirklichen Friedens, weder in den heißen Kriegen noch im Kalten Krieg und dazwischen.

Die wahre Bedeutung des Sieges über den Faschismus zu erfassen und zu würdigen, heißt nicht nur den Sieg zu feiern, der Schlachten um Moskau, Stalingrad, im Kursker Bogen, auf den Seelower Höhen u. a. zu gedenken. Dazu gehört vor allem auch die Erinnerung an die schweren Kämpfe und großen Opfer in den ersten beiden Kriegsjahren. 3,8 Millionen Kriegsgefangene, zerbombte Flugplätze, verlorenes Kriegsgerät und viele andere Folgen der Zerstörungen und menschliche Opfer. Evakuierungen von Menschen und Industriezentren bestimmten in vielem zunächst die Kriegstage an der Front und im Hinterland. Der Aufbau, die Ausbildung und die Ausrüstung neuer Armeeeinheiten gelang nur dank selbstloser heroischer Leistungen nicht nur an der Front, sondern im Hinterland. Wie das geschehen konnte, begreifen bis heute nicht viele Verlierer und auf neue Abenteuer gegen Rußland getrimmte Erben Barbarossas. Ein Großteil der Kämpfer und Gefallenen kamen auf die Geburtsjahre 1915 bis 1927 (insbesondere 1921–1923), das heißt aus der Zeit der Sowjetperiode, der sowjetischen Schule und Erziehung. Sie waren Komsomolzen und Kommunisten.

Die wahre Geschichte der Sowjetunion und ihres entscheidenden Beitrages zum Sieg über den deutschen Faschismus und zur Befreiung der Völker vom Faschismus darf aus der Geschichte des II. Weltkrieges, wie auch aus der Geschichte Rußlands nicht ausgeklammert oder entstellt werden. Auch deshalb gehört die Umschreibung der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges zu den schamlosesten verbalen Verbrechen.

All das bleibt auch heute und erst recht heute ein Grund mehr, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum Staatsfeiertag zu erklären.

Bruno Mahlow

Berlin

Quelle: Sowjetische Literaturzeitschrift „Znamja“, Nr.3/1988

Russische Helden im Wandel der Zeiten

Anfang Juli 1943 war die Schlacht am Kursker Bogen (die russische Stadt Kursk liegt ca. 200 km westlich von Woronesch und etwa 200 km nördlich der ukrainischen Stadt Char'kow) voll entbrannt. Die sowjetische Armee hatte hier bei der Befreiung ihres Landes so etwas wie eine große Beule in die Front Richtung Westen geschlagen. Die deutsche Wehrmacht versuchte, die Initiative wieder zu gewinnen und startete eine Gegenoffensive. Die Kämpfe sollten als größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges in die Geschichte eingehen. Bei ihrer Gegenoffensive erhielten die sowjetischen Truppen der Woronescher Front Unterstützung aus der Luft. Dabei waren auch Flugzeuge des Typs IL-2, die als besonders effektive Bodunterstützer galten. In einer der Maschinen saß der junge Oberleutnant *Georgi T. Beregowoi* und führte seine Gruppe zum Angriff gegen die faschistischen Panzer. Kurz vor dem Ziel gingen die Maschinen tief herunter. Nur drei Dutzend Meter über der Erde rasten sie dem Ziel entgegen und eröffneten das Feuer. Dann wurden sie von oben von Messerschmitt-Jägern attackiert. Georgi befahl seinen Piloten einen Verteidigungskreis zu bilden, denn so konnten die nach hinten schießenden Bordschützen besser den Gegner bekämpfen. Gleichzeitig zogen sie die Flugzeuge in einen schrägen Kreis, um auch ihre nach vorn gerichteten Kanonen einsetzen zu können. So wurden zwei deutsche Jagdflugzeuge getroffen. Aber auch Georgis Maschine hatte Treffer erhalten. Sie brachen den Kampf ab und flogen zurück. Georgi hoffte, daß der brennende Motor durchhält. Über dem eigenen Flugplatz zog er die Maschine hoch und befahl dem Bordschützen, mit dem Fallschirm abzuspringen. Kurz danach setzte der Motor aus und das Flugzeug machte eine Bruchlandung, die glimpflich für den Piloten ausging.

Georgi flog während des Großen Vaterländischen Krieges mehr als 185 Einsätze, schoß, zusammen mit seinem Bordschützen, zwei feindliche Jäger ab und wurde selbst dreimal abgeschossen. Für seinen Einsatz, seinen Mut und die Tapferkeit erhielt der Hauptmann Beregowoi am 26. Oktober 1944 den Titel eines Helden der Sowjetunion.

Von 1941 bis 1944 war die sowjetische Stadt Odessa von deutschen und rumänischen Truppen besetzt. Ihnen zur Seite standen einheimische Kollaborateure aus den Reihen der ukrainischen Nationalisten. In der Schwarzmeerstadt wohnte ein anderer *Georgi Timofejewitsch*. 1943, Georgi war 15 Jahre alt und half dem einheimischen Widerstand mit kleinen Botengängen, wurde der Junge von Polizisten mit einer Waffe aufgegriffen. Er wurde der deutschen Kommandantur überstellt. Dort versuchte man durch Prügel mehr über seine Kontakte zu erfahren. Er redete nicht und wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bevor man ihn nach Deutschland deportieren konnte, gelang es ihm zu fliehen. Er überlebte den Krieg. Georgi T. Dobrowolski

wurde nach dem Krieg Jagdflieger in der Sowjetarmee.

Als sich im Jahre 1942 die deutschen Truppen seiner Heimatstadt Woronesch näherten, meldete sich der 16-jährige Schüler *Konstantin P. Feoktistow* freiwillig, um seine Heimat zu ver-



Der erste Mensch im All – der sowjetische Kosmonaut Juri A. Gagarin

teidigen. Er wurde Aufklärer. Bei einer seiner Missionen im feindlichen Hinterland nahmen ihn deutsche Soldaten gefangen. Nach kurzer Befragung unter Folter wurde er zum Tode durch Erschießen verurteilt. Doch er hatte Glück, die Kugel raubte ihm nur die Sinne. Als er nachts wieder zu sich kam, kroch unter den anderen Erschossenen heraus und konnte fliehen. Auch Konstantin Petrowitsch überlebte die faschistische Okkupation und studierte nach dem Krieg an der Technischen Baumann-Hochschule in Moskau Maschinenbau und wurde Ingenieur. Nach dem Studium promovierte er zum Dr.-Ing. und arbeitete dann im OKB-1. OKB wurden die zentralen Konstruktionsbüros genannt. OKB-1 war das Ingenieur-Büro des genialen sowjetischen Raketenkonstruktors Sergej Pawlowitsch Koroljow. Die Raumfahrt sollte alle drei zusammenbringen.

Konstantin P. Feoktistow arbeitete an der Konstruktion der sowjetischen Raumschiffe mit und er setzte sich vehement dafür ein, daß nicht nur Militärflieger ins All fliegen sollten, sondern auch Techniker und Wissenschaftler. Unterstützung erhielt er dabei von seinem Chef Koroljow. Und so wurde Dr. Feoktistow der erste Zivilist, Techniker und Wissenschaftler zugleich, der im Oktober 1964 zusammen mit seinem Kommandanten Wladimir M. Komarow im zweiseitigen Raumschiff „Woschod-1“ die Erde verließ. Komarow sollte dann zweieinhalb Jahre später der erste Raumfahrer werden, der infolge eines Raumfluges starb. Georgi T. Beregowoi startete im Oktober 1968 mit 47 Jahren (als bis dahin ältester Raumfahrer) mit „Sojus-3“ in den Orbit. Nach seinem Raumflug übernahm er Leitungsfunktionen in der Kosmonautenausbildung, promovierte in Psychologie und wurde 1972 Chef des Gagarin-Kosmonautenausbildungszentrums.

Auch der andere Georgi Timofejewitsch meldete sich zur Kosmonautenausbildung. 1963 nahm man ihn in die zweite Gruppe sowjetischer Raumfahrer auf. Er wurde für Sojus-Raumschiffe herangebildet und sollte dann zur Raumstation „Saljut-1“ starten. Doch die erste Mannschaft hatte Probleme mit dem Andocken. Das sollte von der nächsten Besatzung, die Alexej A. Leonow kommandierte, überprüft werden. Doch der Bordingenieur von Leonow wurde krank. Gemäß den Regeln wurde die komplette Besatzung ausgetauscht und Georgi T. Dobrowolski startete mit seinen Kollegen Wladislaw N. Wolkow und Wiktor I. Pazajew mit „Sojus-11“ 1971 ins All. Der Flug verlief normal und auch die automatische Kopplung mit der Station verlief reibungslos. Nachdem „Saljut-1“ in Betrieb genommen wurde, kehrten die drei Raumfahrer zurück. Doch beim Wiedereintritt in die Atmosphäre klemmte ein Ventil, die Kapsel verlor explosionsartig den Druck und alle drei starben – die größte Katastrophe durch die Raumfahrt in der Sowjetunion. Diese drei Kosmonauten, aber auch viele andere, waren die Helden meiner Jugend.

Auch gegenwärtig werden uns russische Helden von den „Qualitätsmedien“ nahegebracht. Da wäre z. B. der russische „Held“ Nawalny. Er studierte in Moskau, aber auch mit einem Stipendium an der US-Elite-Uni in Yale. Irgendwann wurde er regierungskritischer Blogger, und 2009 „entdeckte“ ihn der Westen und begann, ihn zu fördern und „ein wenig“ zu unterstützen. Mit dieser „wenigen Unterstützung“ baute er einen ganzen vielköpfigen Apparat auf, der ihn in seinen Bestrebungen gegen die russische Regierung unterstützte. Für das Studium seiner Tochter an der Stanford-Universität hat es wohl auch noch gereicht. Jedenfalls reichte es auch irgendwann dem russischen Staat, er wurde verklagt, verurteilt und sitzt nun unter „menschunwürdigen“ Bedingungen in Strafhaft. Die Bedingungen sind so „erbärmlich“, daß er bis vor kurzem noch fast täglich seiner Entourage Nachrichten per Internet zukommen lassen konnte. Ein weiterer aktueller „Held“ ist Raman D. Pratasewitsch, dem der „Kampf um Freiheit“, besonders der Pressefreiheit, am Herzen liegt. Auch er nennt sich Blogger. Auf jeden Fall ist er geübt in Public Relation. So war er sich nicht zu schade, 2014 das Tun des ukrainischen faschistisch-nationalistischen Asow-Bataillons in die Welt zu posaunen, indem er den Kampf der ukrainischen Faschisten gegen Teile des eigenen Volkes pries. Offensichtlich wurde man auch auf ihn aufmerksam. Jedenfalls standen ihm fünf Jahre später genügend Mittel zur Verfügung, um in seinem Kampf gegen die weißrussische Regierung in Warschau Büros anmieten zu können, um von dort die „diktatorische“ Herrschaft seines Heimatlandes anprangern zu können. Nun sitzt er in Weißrußland ein. Wie das kam, weiß jeder, dieser Berichterstattung konnte man nicht entgehen.

Bedrohliches Wahljahr für alle Linken

Am 13. Juni warnte Sahra Wagenknecht in Erwidern des Parteiausschlußverfahrens ihres Landesverbandes vor einem Wahlfiasco der Partei Die Linke im September 2021. Da erreichte die in Umfragen zwischen 7 und 9 % liegende und weiter abnehmende Wählergunst einen vorläufigen Tiefpunkt. Es droht nun eine propagandistisch gesteuerte Polarisierung zwischen CDU und Grünen als Pseudoalternativen für rechtskonservative und auf Veränderung hoffende Bürger, welche die SPD und die Linke schnell ähnlich marginalisieren könnte, wie es bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt geschah. Der Verlust einer linken Stimme im Parlament wäre dann ein immenser Schaden, den auch alle marxistischen und fortschrittlichen außerparlamentarischen Gruppierungen bitter zu spüren bekämen.

Ungehemmt könnten sich der liberalistische ökokapitalistische Strukturwandel mit Sozialabbau, Demokratieabbau und Monopolisierung in der BRD weiter Bahn brechen, ebenso die imperialistische Erpressungs- und Kriegspolitik von NATO und EU, die sich seit dem G7-Gipfel in Cornwall am 12. Juni neu zu konzipieren begann.

Die Linke hat von Gründung an nicht das Ziel und den Anspruch gehabt, eine marxistische Partei, sondern ein pluralistischer Zusammenschluß von Kräften zu sein, die sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden in Reaktion auf die Hartz-Gesetze und den Balkankrieg der Schröder-Fischer-Regierung einsetzen. Kritik aus marxistischer Sicht ist notwendig. Zugleich geht es darum, die in ihr auch noch vorhandenen antikapitalistischen Kräfte zu stärken. Aber als Projekt einer Parlamentspartei links von SPD und Grünen sollten wir sie nur an ihren eigenen Ansprüchen messen. Die suggerierte Zweiteilung der Partei in „Identitätspolitische“ und „Sozialklientel-Bewußte“ ist in der Realität stark vereinfachend, weil vom Konflikt Kipping – Wagenknecht abgeleitet. Die Linke ist noch vielfältiger. Und eine Zusammenarbeit mit aktuellen Bewegungen und die Gewinnung neuer Mitstreiter auch eben für marxistische Sichtweisen, sind dringend geraten.

Denn in der heutigen angst- und verwirrungsgeprägten Situation manifestieren sich Unmut und Veränderungsbereitschaft subjektivistisch und spontan an Einzelproblemen. Die Linke war immer Unterstützerin politischer, kultureller und ethnischer

Gruppen, wie VVN, Geschichtswerkstatt, Flüchtlingshilfe, AGs für Cuba-Solidarität, Ökologie, Arbeitslose, Mieterbünde, Antimilitarismus und Antifaschismus u.v.a. Sie ist aber nicht flächendeckend wirksam und nicht überall gleich leistungsfähig. Ihre kommunalpolitischen Erfolge beruhen meist auf solcher lokalen Arbeit. Es gibt jedoch auch Kreisverbände, die, „um Wähler zu halten“, kurzerhand ein Behindertenheim ablehnten oder der Bundeskanzlerin die Ehrenbürgerschaft angetragen haben. Sorgfalt bei der Auswahl von Bündnispartnern und auch „berechtigter Sorgen der Menschen“ ist daher unerlässlich. Denn, nur bei fortschrittlichen, mit dem eigenen Programm nicht kollidierenden Zielen ist Kooperation sinnvoll.

Eine geeinte und eine gemeinsame Wahlstrategie der Partei Die Linke ist jetzt dringend erforderlich, um ein Wahldesaster noch zu vermeiden und damit auch Schaden für alle fortschrittlichen Kräfte in unserem Land abzuwenden! Wer angesichts dieser Krise, des bedrohlichen Rechtsrucks und steigender Kriegsgefahr seine Eigensucht nicht mal hintenanstellen will, der landet früher oder später auf den Kehrriethaufen der Geschichte.

Jobst Heinrich Müller

Wer die (Bundestags-)Wahl hat, hat die Qual

Wieder einmal sind vier Jahre ins Land gezogen. Und so steht im September die nächste Bundestagswahl ins Haus. Doch was für eine Legislaturperiode liegt eigentlich hinter der BRD! Erinnert sei an die Zitteranfälle von Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts BRD-Flagge und ihrer Nationalhymne. Wirtschaftsminister Peter Altmaier segelte beim Digitalgipfel in Dortmund wenig gekonnt von der Bühne. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner strauchelte und ging im Sitzungssaal des Bundestages zu Boden. Allesamt befinden sich jedoch in exzellenter Gesellschaft. Denn auch US-Präsident Joe Biden, seines Zeichens immerhin mächtigster Mann der Welt, wälzte sich schon auf der Gangway zur Air Force One herum. Angesichts dieser Bilder könnte man fast meinen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung geriete ins Wanken.

Doch nein! Die Marionetten der Bourgeoisie halten sich wacker, wengleich einem selbst bei einem Blick auf die drei Kanzlerkandidaten Armin Laschet (CDU), Olaf Scholz (SPD) und Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) angst und bange werden kann. Da hat Laschet im ZDF schon mal kundgetan, daß der Sieg seiner eigenen Partei unbedingt verhindert werden müsse. Beim Blick auf manche Umfrageergebnisse liegt

dieses Wahlziel durchaus im Bereich des Möglichen.

Sollte sich für die Grünen die Chance ergeben, so wird mit Baerbock ein rhetorisches Talent der Extraklasse ins Kanzleramt einziehen. Die Dame wird dann ganz bestimmt mit besonderem Blick auf die „Grundschul-schulen“, endlich „Europa verenden“ und sich sicher auch um die historisch bedingt besonderen Beziehungen zu „Frankreich“ kümmern. Mathematische Grundkenntnisse scheinen bei der mehr oder weniger selbst ernannten Völkerrechtsexpertin auch eher mangelhaft zu sein. So stellte die Kanzlerkandidatin in den bürgerlichen Medien die Behauptung auf, daß zwei Drittel mehr seien als 75 Prozent. Das läßt doch aufhorchen! Außerdem bestehen bei Baerbock auch Probleme bei der Unterscheidung zwischen dem chemischen Element Kobalt und dem als Kobold bezeichneten neckischen Geist. Letzteren kannte in der DDR bereits jeder Knirps, der aufmerksam das Kinderfernsehen verfolgte. Denn Pittiplatsch und seine in einer Kaffeekanne lebende Familie gehörten dieser Gattung an. Im Umschreiben von Geschichte können die Grünen derweil auch auf besondere Fähigkeiten verweisen. So ordnete Baerbock die Idee der sozialen Marktwirtschaft doch glatt der SPD zu. Der ehemalige

CDU-Kanzler Ludwig Erhard, der als Vater dieses Wirtschaftsmodells gilt, wird sich bei dieser Äußerung wohl im Grabe umgedreht haben. Doch Bundestagsfraktionschefin Katrin Göring-Eckardt gilt mit ihrer Behauptung, daß die Dresdener Frauenkirche von den Nazis zerstört worden sei, diesbezüglich als unschlagbar. Als hätte es die angloamerikanischen Luftangriffe auf die sächsische Metropole im Februar 1945 nie gegeben.

Derweil in der BRD unzählige Stimmen vor einem Linksrutsch warnen, sieht die PDL-Politikerin Sahra Wagenknecht das Land eher vor einer Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP. Die aus ihrem Amt gedrängte Partei-Ikone warnt bereits auch vehement davor, daß die „grüne Rechnung“ und der damit gemeinte tiefgreifende ökologische Umbau für weite Teile der Bevölkerung nicht bezahlbar sein wird. Daß sich ein Leben im Sozialismus oder in seiner Entstehungsphase anders anfühlt als der heutige Zustand in der BRD, das wissen wohl viele RF-Leser aus eigener Erfahrung heraus viel besser. Und so bleibt auch bei dieser Bundestagswahl nur die Entscheidung zwischen Kapitalismus/Imperialismus oder Imperialismus/Kapitalismus. Eine wahre Alternative fehlt. Schade!

Rico Jalowietzki

BUCHTIPS



Komm mir nicht mit Rechtsstaat Friedrich Wolff und Egon Krenz im Gespräch

Der Rechtsanwalt Friedrich Wolff, anerkannter und berühmter Strafverteidiger, kennt die einstige und heutige Rechtsprechung, erlebt deren Vorzüge und Tücken, ihre Grenzen und ihre Möglichkeiten. Ihm macht auf diesem Felde keiner etwas vor. Auch nicht Egon Krenz, der in den achtziger Jahren politische Verantwortung trug. Die mitunter kontroverse, sehr lebendige Diskussion zwischen dem Juristen und dem Politiker kreist natürlich

auch um die Frage: Was ist ein Rechts-, was ein Unrechtsstaat? Beide haben dazu dezidierte Ansichten, bringen ihre unterschiedlichen Erfahrungen ins Spiel und – sorgen für Klarheit nicht nur im Umgang mit Begriffen.

edition ost, 208 Seiten, 15 €, ISBN 978-3-360-01895-3

Denkmale der Befreiung Spuren der Roten Armee in Deutschland

Im Westen wie im Osten Deutschlands existieren Hunderte von sowjetischen Ehrenmalen und Soldatenfriedhöfen. Sie erinnern an die vielen Sowjetbürger, die als Soldaten der Roten Armee im Kampf gegen Krieg und Faschismus, als verschleppte Zwangsarbeiter oder in den Lagern ihr Leben verloren. Es gibt 3400 Plätze in Deutschland, an denen sowjetische Kriegstote bestattet wurden. Die Bundesregierung verpflichtete sich vertraglich mit Rußland und mit der Ukraine, diese Gedenkort zu schützen und zu erhalten. Sie sind Mahnmale gegen das Vergessen, Erinnerungsorte an das furchtbare Leid, das der Zweite Weltkrieg über die Völker Europas brachte. Dieser zweisprachige Bild-Text-Band in Deutsch und Russisch dokumentiert aus Anlaß des 75. Jahrestages der Befreiung erstmals die wichtigsten sowjetischen Denk-



Ehrenmale auf deutschem Territorium. Mit seiner Motivfülle und in der Komplexität von Bild und Text ist das Buch ein einzigartiges historisches Dokument und Zeugnis einer Gedenkkultur, die für das geschichtliche und humanistische Selbstverständnis der Deutschen unerlässlich ist.

Frank Schumann, *Denkmale der Befreiung, Spuren der Roten Armee in Deutschland, mit Fotografien von Fritz Schumann, ca. 300 Abbildungen durchgängig farbig, Neues Leben, 256 Seiten, 32 €, ISBN 978-3-355-01890-6*

Zu Matin Baraki (RF 281, S. 10/11): Bloß kein zweites Saigon!

Zuerst einmal möchte ich Euch sagen, daß ich mich immer auf den neuen „RotFuchs“ freue. Es gibt stets gute, fundierte Artikel zu wichtigen Themen. Das betrifft auch die Situation und Entwicklung in Afghanistan. Martin Baraki analysiert mit viel Wissen und Sachkenntnis die Entwicklung in Afghanistan bis hin zum Abzug der NATO-Truppen. Was er jedoch in seinem Schlußresümee schreibt, hat mich erschreckt. Eine robuste UNO-Blauhelmschuppe soll die NATO-Truppen ersetzen. D. h., Militäreinsätze im Ausland wären also zu befürworten. Wir bräuchten dafür nur eine plausible Begründung. Zudem würde das doch auch voraussetzen, daß die Taliban einer solchen Regelung zustimmen, was sie wohl nicht tun werden.

Ich denke, Afghanistan braucht jetzt etwas anderes als neues ausländisches Militär. Geht es nicht eher darum, gangbare Wege sowohl mit den Taliban als auch mit der Regierung beim Wiederaufbau des Landes zu finden? Ich glaube nicht, daß Militär dauerhaften Frieden schaffen könnte.

Georg Kaufmann, Kempen

Lieber Georg Kaufmann, zu dem Beitrag, den Sie ansprechen, gab es zahlreiches Lob. Aber über nichts freue ich mich mehr als über konstruktive Kritik, Ihre zähle ich dazu. Zu einer politischen Lösung

des Afghanistan-Konfliktes habe ich einen 18-Punkte-Friedensplan ausgearbeitet. Er ist in afghanischer, englischer und deutscher Sprache auf diversen Internetseiten, auch der Friedensbewegung, zu lesen. Daß das Militär keine Konflikte lösen kann, ist uns bewußt. Da stimme ich Ihnen Bedenken zu. Aber die afghanische Realität ist leider so, daß in den Jahren des Bürgerkrieges die gesamte Gesellschaft am Hindukusch militarisiert worden ist. Es haben sich zahlreiche bis an die Zähne bewaffneten Warlords herausgebildet, die nicht bereit sein werden, ihre Macht abzugeben. Die Möglichkeit, daß es nach dem Rückzug der NATO-Einheiten zu einem erneuten Bürgerkrieg kommen wird, wie schon 1992, als die islamistischen Mujaheddin nach Kabul einmarschiert sind, ist nicht auszuschließen. Damals kamen über 55 000 Menschen ums Leben, Kabul wurde wie die großen deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg, zerstört und ausgeraubt, die Hindu- und jüdischen Minderheiten gnadenlos verfolgt, die indisch stämmigen Frauen vergewaltigt, entführt und als Sklaven verkauft. Von ca. 2000 Afghanen jüdischen Glaubens lebte bis vor kurzem nur noch ein einziger, ein alter Rabbiner in Kabul. Um solch eine Katastrophe zu verhindern, müssen wir für die Sicherheit der Bevölkerung Vorsorge tragen. Afghanistan ist Gründungsmitglied der Blockfreien und der Konferenz der

Islamischen Staaten. Die Afghanen können auf einer Ratsversammlung selbst entscheiden, aus welchen dieser Länder die Blauhelme für den Schutz, ich betone, für den Schutz der Bevölkerung, nach Afghanistan eingeladen werden. Würden diese Einheiten kein robustes Mandat haben, dann würden sie von den Warlords nicht ernstgenommen. Das ist leider die afghanische Realität. Würden wir dies nicht beachten und in Betracht ziehen, dann werden wir es bitter bereuen. Darüber hinaus werden ohne Sicherheit Entwicklung und Wiederaufbau nicht möglich sein. Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie uns als kritischer Leser treu.

Dr. Matin Baraki

Matin Baraki, geboren 1947 in Schinah bei Kabul, Afghanistan. Er studierte in Kabul Pädagogik und arbeitete als Lehrer.

1974 ging er in die BRD und promovierte 1995 an der Philipps-Universität Marburg.

Er publiziert über den Mittleren Osten sowie Zentralasien in Büchern sowie Zeitschriften und Zeitungen Deutschlands und der Schweiz.



Warten auf Sputnik V

Angesichts der undurchsichtigen Propaganda ist es für Laien kaum möglich, den Wahrheitsgehalt der Aussagen von Spezialisten, Politikern, Medizinern, Virologen u.a. zu prüfen. Die chaotische Informationspolitik der Bundes- und der Landesregierungen offenbaren erfolgloses Agieren.

Augenscheinlich gibt es zwei Ebenen des Versagens in der Corona-Bekämpfung. Die eine Ebene ist die Europäische Union. Die zweite Ebene widerspiegelt die nationale Seite. Beide sind nicht losgelöst voneinander zu betrachten.

In der EU einigte man sich beim Kauf von Impfstoffen auf Monopolisierung und Marktabschottung. Sie bestellte bei sechs Firmen 1,965 Mrd. Impfstoffdosen: Curevac 405 Mio., Johnson & Johnson 400 Mio., AstraZeneca 400 Mio., Sanofi 300 Mio., BioNTech/Fizer 300 Mio., Moderna 160 Millionen. Der Impfstoff von BioNTech/Pfizer wurde am 21. Dezember 2020, der Impfstoff von Moderna wurde am 6. Januar 2021, der Impfstoff von AstraZeneca am 29. Januar 2021 und der Janssen-Impfstoff (Johnson & Johnson) am 11. März 2021 zugelassen.

„Erstaunlich“ ist in diesem Zusammenhang, daß die Direktorin der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA, Zulassungsbehörde für Arzneimittel), Emer Cooke, bis 1998 die Interessen von Konzernen wie AstraZeneca und Pfizer im europäischen Dachverband der Pharmaindustrie vertrat. Am 16. November 2020 wurde sie EMA-Direktorin. Bereits einen Monat später erhielt der Corona-Impfstoff von Pfizer die EU-Zulassung. Frau Cooke gilt zudem als Verteidigerin des AstraZeneca-Impfstoffes, trotz zahlreich gemeldeter Nebenwirkungen. Andere Impfstoffe sind bisher noch vom EU-Marktzugang ausgeschlossen. Die Europäische Arzneimittelbehörde prüft z.B. langwierig die Impfstoffe Sputnik V und Sinofarm. („euronews“ 5.3.2021) Als erste chinesische Firma erhielt Sinopharm eine Notfallzulassung der Weltgesundheitsorganisation für ihren Corona-Impfstoff im Rahmen des internationalen UN-Impfprogramms Covax für Entwicklungsländer Anfang Mai. Ungarn, das als erstes Land aus der „Vereinbarung“ der EU ausbrach, kauft nun russische Impfstoffe und will selbst einen russischen Impfstoff produzieren. Angesichts der Impfstoffknappheit in der EU kündigte die Slowakei an, Impfdosen in Rußland zu kaufen. Tschechien, das schwer von Corona-Erkrankungen betroffen ist, teilte mit, daß es ebenfalls Impfstoffe aus Rußland und China beziehen wird. Polen plant, Impfstoffe zusätzlich in China einzukaufen. Österreich und Dänemark wollen mit Israel über die gemeinsame Produktion von Impfstoffen gegen Corona verhandeln.

Der Mangel an Impfstoffen sei für den zögerlichen Anlauf der Impfkampagne verantwortlich, meinte die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Schuld seien Produktionsengpässe bei den Herstellern. Das ist jedoch nicht einmal eine Teilwahrheit. In der Realität wurden die EU-Kommissionspräsidentin, die deutsche Kanzlerin und der französische

Präsident von Pharmakonzernen regelrecht an „Bullenringen“ in der Arena vorgeführt. Das bestätigte u.a. folgender Vorgang: EU-Inspektoren haben jüngst in einer Fabrik in Italien 29 Millionen AstraZeneca-Impfdosen vorgefunden. Von deren Existenz soll niemand in Brüssel gewußt haben. Der Hersteller dagegen kommt seinen Lieferverpflichtungen für die EU nicht nach, meinte FOCUS Online am 25. März.

Es ist vermutlich kein Zufall, daß die USA, Großbritannien und Israel im großen Stil Impfungen im wahrsten Sinne auf Kosten der EU durchführten. „Die Bundesregierung fördert drei Impfstoffentwickler mit insgesamt 750 Millionen Euro.“ Die EU erklärte im August 2020, insgesamt 1,4 Mrd. Euro für die



Initiative zur weltweiten Corona-Krisenreaktion bereitzustellen.

Das „manager magazin“ berichtete am 26.3., wie die Briten die Auslieferung von Impfstoffdosen von AstraZeneca der Verpackungsfirma Halix blockierten. „Die Massenproduktion läuft seit Monaten. Nur liefern, damit sie in den Armen der Europäer landen, durfte Droeg (Eigentümer von Halix) sie bislang nicht.“ Auch die USA blockierten Lieferungen von Impfstoffen an die EU. Ein Werk in Leiden, Niederlande, „gehört dem Pharmariesen Johnson & Johnson – und liefert erstmal nur an die USA“. America and Great Britain first!

Am 5. Mai berichtete die Tagesschau, daß sich jeder Erwachsene mit dem Vakzin von Johnson & Johnson impfen lassen kann. Denn „bisher kommt das Mittel in Deutschland kaum zum Einsatz.“ Ostdeutsche Ministerpräsidenten, aber auch Herr Söder aus Bayern, forderten jetzt die Zulassung von Sputnik V für die EU. „Der russische Pharmakonzern R-Pharm will von Juni oder Juli an im bayerischen Illertissen den in Moskau entwickelten Corona-Impfstoff Sputnik V produzieren“, meldete ntv. Weitere Produktionen sollen in Frankreich, Italien und Spanien aufgebaut werden.

Das „earzteblatt.de“ verkündete am 7. April, daß Bayern 2,5 Millionen Dosen des russischen Corona-Impfstoffes Sputnik V bestellen will. Scheinbar hat Bayern die Nase voll vom Impfstofftheater und will sichern, daß der „Freistaat“ eine vollständige Impfung als erstes Bundesland erreichen kann.

Der NRW-Ministerpräsident, CDU-Parteichef und Kanzlerkandidat Armin Laschet ist beim russischen Impfstoff Sputnik V gegen Alleingänge von Bundesländern, äußerte er im NRW-Landtag am 15. April. Seine Haltung zu einer schnellen Marktzulassung anderer

Impfstoffe läßt viele Fragen bezüglich seiner Position zum Gesundheitsschutz für die deutsche Bevölkerung offen.

Aus dem bisherigen Verlauf der Coronakrise können folgende Schlüsse gezogen werden:

Die EU erwies und erweist sich nicht in der Lage, ein funktionsfähiges Konzept zur Bekämpfung der Pandemie zu entwickeln und umzusetzen.

Der Versuch einer zentralisierten Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen war und ist eine Fehlentscheidung. Die Marktabschottung und Marktmonopolisierung zugunsten von sechs Konzernen führte und führt zu einem Mangel an Impfstoffen.

Profitinteressen von großen Pharmakonzernen und politische Doktrinen gegenüber Impfstoffproduzenten aus anderen Staaten behindern eine ausreichende Impfstoffbereitstellung für die Bevölkerung sowohl in der EU als auch in der Bundesrepublik. Einzelne EU-Staaten gehen deshalb eigene Wege zum Schutz ihrer Bevölkerung.

Der langsame Verlauf der Impfkampagne in der Bundesrepublik hat neben dem Mangel an Impfstoffen eine zweite Ursache. Sie besteht in der Unfähigkeit, die Impfkampagne umfassend zu organisieren, z.B. wie in Chile, Großbritannien, Israel oder China. Das wurde besonders deutlich bei der späten Einbeziehung von Hausärzten in den Impfrozeß.

Neben dem großen Geschäft für die Pharmaindustrie offenbarte sich, daß deutsche Politiker bzw. Abgeordnete des Bundestages und eines Länderparlaments am Geschäft mit Corona-Hilfsmitteln „beteiligt“ sind. Sie erhielten für die „Vermittlung“ von medizinischen Schutzmaskenbeschaffungen hunderttausende Euro Provision. Drei Bundestagsabgeordnete sind aufgefliegen. Alles deutet jedoch darauf hin, daß weitere Bundestagsabgeordnete (ca. ein Dutzend) sich in das Maskengeschäft eingeklinkt hatten, meinte die Süddeutsche Zeitung am 5. März. Man nennt diese Form des „Lobbyismus“ auch Korruption, die es ja nur in Diktaturen geben soll – nicht in der Bundesrepublik.

Aber auch Apotheken, Discounter und andere verdienen sich durch den Verkauf von Masken und Corona-Schnelltestmaterialien dumm und dämlich.

Ganz aktuell stehen mögliche Abrechnungsbetrügereien im großen Stil für die „kostenlosen“ Corona-Schnelltests im Raum. „Kriminelle suchen gezielt nach solchen Geschäftsmöglichkeiten“, meinte einer der vielen „Fachleute“ in ZEIT ONLINE vom 21. Mai. Die CORONA-Pandemie ist ein gigantisches, weltweites Milliarden-Geschäft, das insbesondere für Entwicklungsländer riesige Probleme in der Pandemiebekämpfung bereitet. Der Profit steht dem Allgemeinwohl und der Daseinsvorsorge entgegen. Politik, Geschäft und Betrug gehen Hand in Hand.

„Manchmal frage ich mich, ob die Welt von einigen klugen Menschen regiert wird, die uns zum Narren halten, oder von einigen Schwachköpfen, die es ernst meinen.“ (Mark Twain)

Dr. Ulrich Sommerfeld

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas

15 Jahre nach dem Erscheinen des „Manifest der Kommunistischen Partei“, das Engels und Marx für den internationalen Bund der Kommunisten verfaßt hatten, und der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848 in Deutschland, wurde 1863 in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet, die weltweit erste nationale Arbeiterpartei. Ihr erster Vorsitzender war Ferdinand Lassalle, der mit Marx in London korrespondierte und 1859 in Berlin den Verleger für dessen Schrift „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ gewonnen hatte. 1864 wurde unter Marx' und Engels' Führung in London die Internationale Arbeiter-Assoziation, kurz als I. Internationale bezeichnet, geschaffen und 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, die sich 1875 in Gotha mit dem ADAV zur Sozialistischen Partei Deutschlands vereinigte. Sie gab sich 1891 in Erfurt die Bezeichnung Sozialdemokratische Partei Deutschlands und wurde die stärkste Partei der 1889 in Paris gegründeten II. Internationale.

Aus dieser Partei, die 1914 im Reichstag ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten der kaiserlichen Regierung gab, ging ab 1916/17 die linke Gruppe Spartakusbund hervor, die sich 1918/1919, besonders unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, als Kommunistische Partei Deutschlands formierte.

1898 entstand die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die sich unter Lenins Führung seit ihrem 7. Parteitag 1918 Russische Kommunistischen Partei (1924–1989 Kommunistische Partei der Sowjetunion) nannte und die stärkste Partei der 1919 in Moskau gegründeten III., der Kommunistischen Internationale (kurz: Komintern) wurde.

Der 1866 geborene chinesische Arzt Sun Yatsen, der in Japan Schriften von Marx und Engels kennengelernt hatte und ab 1912 erster Präsident der Republik China geworden war, schrieb rückblickend 1918: „Eine Revolution soll man aber nur dann durchführen, wenn sie unbedingt notwendig ist, weil man dem Volke nicht überflüssigerweise Leid zufügen kann. [...] Wegen der Ungleichheit zwischen arm und reich propagieren die sozialistischen Parteien das Prinzip vom Volksleben und suchen nach Mitteln, Abhilfe zu schaffen. Solche Leute gibt es von Tag zu Tag mehr, und der Sozialismus wird zu einer weitverbreiteten Wissenschaft. [...] Zusammengefaßt – das Ziel unserer Revolution ist Chinas Glück. Weil wir gegen die Diktatur einer Minderheit von Mandschu [aus ihr stammte die kaiserliche Familie – E. K.] sind, wollen wir die nationale Revolution, weil wir gegen die Diktatur eines Menschen sind, wollen wir die politische Revolution, und weil wir gegen die Diktatur einer Minderheit von Reichen sind, wollen wir die soziale Revolution.“ Vorbereitet durch eine breite Volksbewegung

um Rückgabe von Eisenbahn- und Bergwerksrechten an die nationalen Kapitalisten und gegen schwere Steuern brach die chinesische Revolution am 10. Oktober 1911 mit dem bewaffneten Aufstand von Wutschang (heute ein Stadtteil von Wuhan) aus. Die Qing-Dynastie und damit die Monarchie wurde – fünf Jahre vor der Februarrevolution 1917 in Rußland und sieben Jahre vor der Novemberrevolution 1918 in Deutschland – gestürzt und die Republik China mit Sun Yatsen an Spitze am 1. Januar 1912 proklamiert.



Mao Zedong spricht auf dem Langen Marsch 1934/1935 zur Menge

Anlässlich der Übernahme des Amtes des Provisorischen Präsidenten der Republik erklärte er: „Mit Beginn des Aufbaus der Republik China wurde mir das Amt des Provisorischen Präsidenten übertragen, und Tag und Nacht quält mich der Gedanke, die Hoffnungen des Volkes auf Glück zu enttäuschen. Die Kraft des Volkes hat innerhalb kurzer Zeit das Joch der Willkürherrschaft, das seit mehr als 200 Jahren auf China lastete, abgeworfen. Seit dem Aufstand sind erst wenige Wochen vergangen, aber die Umgestaltungen haben schon mehr als ein Dutzend Provinzen erfaßt. Noch nie wurde in der Geschichte unseres Landes ein Erfolg innerhalb so kurzer Zeit errungen.“

Am 1.7.1921 gründete eine linke Gruppe der Nationalen Volkspartei (Guomindang) in Shanghai illegal die Kommunistische Partei Chinas. Diese derzeit etwa 90 Millionen Mitglieder zählende Partei hat im ersten Jahrhundert ihres Bestehens durch ihre Volksverbundenheit eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht und die Weltgeschichte wesentlich beeinflusst. Die Partei, die 1949 die Gründung der Volksrepublik China inspirierte und organisierte, begeht in diesem Jahr ihren 100. Gründungstag.

Die jüngsten Jahrzehnte dieser Erfolgsgeschichte habe ich seit 1997 in China miterlebt. Viele von uns werden aus Altersgründen kaum erleben können, wenn 2049 dort das zweite Jahrhundert-Jubiläum begangen wird: die Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949; der am 7. Oktober desselben Jahres die Gründung der DDR folgte. Beide Republiken nahmen noch im gleichen Monat diplomatische Beziehungen auf. Nichts fürchten heutzutage deutsche und andere europäische,

asiatische, amerikanische, australische und afrikanische Unternehmen und Staaten – von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ganz zu schweigen – mehr als ein „Schwächeln“ der chinesischen Wirtschaft, genauer das Aufnahmevermögen des chinesischen Marktes. Doch wie wir sehen, erwies sich China in der Weltwirtschaftskrise ab 2007 bis heute als erstaunlich robust und mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von etwa 7% als stärkste Antriebskraft der Weltwirtschaft.

Während der Einflußbereich der herrschenden Kräfte der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), der Europäischen Union (EU) und der Nordatlantik-Pakt-Organisation (NATO) seit den „bunten“, „blumigen“ oder „frühlingshaften“ Aktionen und Kriegen in ehemaligen Sowjetrepubliken, auf dem Balkan sowie im Nahen und Mittleren Osten Ende des 20. Jahrhunderts von Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen, Wohn-, Produktions-, Gesundheits-, Kultur-, Bildungs- und Erholungseinrichtungen geplagt ist und Flüchtlingsströme und Tote zu verzeichnen hat, wie es sie seit dem Zweiten Welt-

krieg nicht mehr gegeben hat, entwickelt sich die Volksrepublik China Jahr für Jahr immer souveräner und selbständig zum Wohle seines Volkes und anderer Länder.

Vom 25.10. bis 1.11.1987 tagte in Beijing der XIII. Parteitag der KPCh, auf dem die Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus im Mittelpunkt stand. Es wurde beschlossen, an den Vier Grundprinzipien festzuhalten: 1. am sozialistischen Weg, 2. an der demokratischen Diktatur des Volkes, 3. an der Führung durch die KPCh sowie 4. am Marxismus-Leninismus und den Mao Zedong-Ideen. Die strategische Wirtschaftsplanung sah drei Schritte vor: 1. das Bruttosozialprodukt bis ca. 1990 gegenüber 1980 zu verdoppeln und die Kleidung und Ernährung des Volkes zu sichern; 2. bis Ende 2000 das Bruttosozialprodukt erneut zu verdoppeln und den Lebensstandard des Volkes auf einen bescheidenen Wohlstand anzuheben; 3. bis Mitte des 21. Jahrhunderts im Pro-Kopf-Einkommens den Stand der mittleren entwickelten Länder zu erreichen und die Modernisierung zu verwirklichen. Dazu sei die Beschleunigung und Vertiefung der Reform die zentrale Aufgabe.

Unter der Führung der Kommunistischen Partei leistet die VR China den weltweit größten Beitrag zur Überwindung der Armut auf der Erde, ist im Verlaufe von etwa 20 Jahren mit vier Fünfjahrplänen von der zehnten zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Erde aufgestiegen und hat mit dem vor fünf Jahren unterbreiteten Projekt der modernen Wiederbelebung und Erweiterung der Seidenstraße den nachhaltigsten Beitrag zur friedlichen Entwicklung der Menschheit im 21. Jahrhundert in Gang gesetzt.

Prof. Dr. Eike Kopf

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über Theorie und Praxis des Klassenkampfes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Teil 1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

21. April 1977

Im Februar 1848 war das Kommunistische Manifest, die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, erschienen. Damit war der grundlegende Schritt von der Utopie zur Wissenschaft vollzogen, wenngleich das Manifest nur die ersten, noch sehr allgemeinen und dennoch prinzipiellen Vorstellungen vom Aufbau der neuen Gesellschaft enthielt, die gesetzmäßig durch den Kampf der Arbeiterklasse die kapitalistische Ausbeuterordnung ablösen würde.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ergebnisse der 48er Revolution in Europa, vor allem in Frankreich und in Deutschland, vervollkommneten Karl Marx und Friedrich Engels in den folgenden Jahren das wissenschaftliche Kommunismusbild. In den Mittelpunkt rückten sie dabei die Rolle des proletarischen Staates als Hauptinstrument der Arbeiterklasse für die Ausübung der Macht.

1852 wurde Karl Marx' Arbeit „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ veröffentlicht, eine Streitschrift gegen Napoleon III., der 1851 durch einen Staatsstreich zur Macht gelangt war. In dieser Arbeit äußerte Marx in Fortsetzung der Ideen des Kommunistischen Manifests über die historische Mission der Arbeiterklasse zum ersten Mal jene berühmte Erkenntnis, daß das siegreiche Proletariat den alten Staatsapparat nicht einfach übernehmen kann, sondern ihn zerschlagen muß. Am 5. März 1852 – Marx beendete gerade die Arbeit am „Achtzehnten Brumaire“ – schrieb er in einem Brief an Joseph Weydemeyer, den Kampfgefährten aus der 48er Revolution: „... Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt, 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“¹ Die Revolutionstheorie der Arbeiterklasse war in

entscheidender Weise bereichert, der grundlegende Gesichtspunkt in der Lehre vom Staat eindeutig formuliert worden.

Die Revolution von 1848/49 hatte aber nicht nur Karl Marx und Friedrich Engels zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich ihres wissenschaftlichen Weltbildes verholfen. Unter ihrer Leitung war auch die erste revolutionäre Partei des Proletariats, der Bund der Kommunisten, entstanden. Die revolutionären Arbeiter hatten sich als eigene, von der Bourgeoisie unabhängige proletarische Bewegung mit eigenem Programm und Statut organisiert. Damit waren die beiden entscheidenden Voraussetzungen für den siegreichen Kampf um die neue Gesellschaftsordnung geschaffen: die wissenschaftliche Weltanschauung und die revolutionäre Partei.

Doch das Kommunistische Manifest kannten erst wenige; und der Bund der Kommunisten zählte zwischen 400 und 500 Mitglieder, verteilt vor allem über Deutschland, Frankreich und einige andere westeuropäische Länder. Im Ringen um die Verwirklichung des neuen, wissenschaftlich geprägten Bildes von der zukünftigen Gesellschaft ging es deshalb seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zuerst einmal darum, die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und die wissenschaftliche Weltanschauung miteinander zu verbinden. Karl Marx und Friedrich Engels und bald auch einige ihrer unmittelbaren Schüler wie Wilhelm Liebknecht und später auch August Bebel in Deutschland konzentrierten darauf ihre Hauptaufmerksamkeit.

Der entscheidende Anteil fiel dabei Marx und Engels zu. Ihre Arbeiten seit den fünfziger Jahren waren dafür eindeutiger Beweis. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben ihre großen Werke, in denen die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterbewegung weiter ausgeprägt und vertieft wurde, „Das Kapital“ zum Beispiel und den „Anti-Dühring“, Werke, die Inhalt späterer Sendungen sein werden. Sie entwickelten das wissenschaftliche Bild von der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft in solchen Arbeiten weiter wie in denen zur Würdigung der Pariser Kommune und zur Kritik des Gothaer Parteiprogramms von 1875, über die gleichfalls an anderer Stelle zu berichten sein wird. Und sie rangen vor allen Dingen auch darum, die Kraft schaffen zu helfen, die diese neue Gesellschaft an der Spitze der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu

erkämpfen in der Lage war: die revolutionäre Partei des Proletariats.

Nach der Revolution von 1848/49 war immer deutlicher geworden, daß die bisherigen Organisationsformen und die Kampfmethoden der revolutionären Arbeiterbewegung nicht mehr ausreichten. Marx und Engels selber hatten dafür gestimmt, den Bund der Kommunisten als die internationale Organisation der Arbeiterklasse aufzulösen, da er den neuen Klassenkampfbedingungen nicht mehr entsprach. Im Gefolge der kapitalistischen Industrialisierung war die Arbeiterklasse in einer Reihe von Ländern so angewachsen, daß in rascher Folge nationale Organisationen des Proletariats entstanden, nämlich Arbeiterbildungsvereine, Gewerkschaftsorganisationen, Konsumgenossenschaften und Arbeiterorganisationen anderer Art. Sie alle strebten danach, ihre Vorstellungen von einem besseren Leben, von einer zukünftigen gerechten und freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Die meisten dieser Organisationen aber standen unter dem Einfluß der liberalen Bourgeoisie, die solche Ziele durch pädagogische Experimente, durch Verbreitung von Bildung zum Beispiel, das heißt ohne Veränderung der Machtverhältnisse, zu verwirklichen trachtete. Doch so geleitete Organisationen konnten den Weg in die neue Gesellschaft nicht bahnen, konnten die Arbeiterklasse nicht zur Verwirklichung ihrer historischen Mission befähigen. Auf die Tagesordnung der Geschichte war eine ganz andere Aufgabe getreten: Das Proletariat eines jeden Landes benötigte eine revolutionäre nationale Arbeiterpartei mit klarem internationalistischem, wissenschaftlichem Programm. Dieser großen historischen Aufgabe, deren Lösung über den Ausgang des Klassenkampfes zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie entscheiden mußte, stellten sich Karl Marx und Friedrich Engels. Durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten und durch ihr politisches Wirken in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schufen sie die politischen und organisatorischen Grundbedingungen dafür. Zu diesem Zweck gründeten sie 1864 die Internationale Arbeiter-Assoziation, die I. Internationale. In der Inauguraladresse der IAA erklärte Karl Marx: „Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung

durch nationale Mittel.“² Und an anderer Stelle: „Ein Element des Erfolges besitzt sie (*die Arbeiterklasse, RF*), die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet.“³ Marx schloß die Inauguraladresse mit den berühmten Worten aus dem Kommunistischen Manifest: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“⁴

Drei große Aufgaben stellten Marx und Engels Mitte der sechziger Jahre in den Vordergrund, um der internationalen Arbeiterbewegung zum Kampf um die neue Gesellschaft die gehörige Grundlage zu geben:

1. Revolutionäre Organisation der Arbeiterbewegung auf nationaler Grundlage, das heißt Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse in jedem Land.

2. Aneignung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats durch diese Partei. Nur gründliche Kenntnis ermöglicht es ihr, die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer historischen Mission zu befähigen.

3. Eroberung der politischen Macht als Grundbedingung allen Erfolges beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

Diese drei Aufgaben, die zutiefst internationalistischen Charakter hatten, mußten von der Arbeiterklasse jeweils im eigenen Land verwirklicht werden.

Die Aneignung dieser Erkenntnisse bestimmte den Hauptinhalt der revolutionären Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das war die Periode der Herausbildung, des Wachstums und des Reifens sozialistischer Massenparteien mit klassenmäßiger proletarischer Zusammensetzung in vielen Ländern, die Periode der raschen Ausbreitung der kommunistischen Ideologie.

Auch in Deutschland wuchs nun die Arbeiterbewegung nach vorübergehender Stagnation auf Grund der Niederlage in der 48er Revolution stürmisch in die Breite; aber vielerorts – in den Arbeiterbildungsvereinen, den Konsumgenossenschaften und Gewerkschaftsorganisationen – besaßen vorläufig

noch immer Vertreter der liberalen Bourgeoisie entscheidenden Einfluß. Langsam nur löste sich die Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie. Das war vor allem Marx und Engels und unter ihrem Einfluß Wilhelm Liebknecht, August Bebel und anderen zu danken. Im Ergebnis dieser vielfältigen Anstrengungen erschien dann Ende der sechziger Jahre in Deutschland jenes Programm, in dem die revolutionären Arbeiter zum ersten Mal nach dem Kommunistischen Manifest und gestützt auf diesen Wegweiser ihre Vorstellungen von der neuen Gesellschaft entwickelten, das Eisenacher Programm. Im August 1869 war nach Eisenach ein Kongreß einberufen worden, um nach längerer Vorbereitungsarbeit, nach heftigen ideologischen Auseinandersetzungen eine revolutionäre Partei des deutschen Proletariats zu gründen, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. August Bebel hatte von den Einberufern des Kongresses den Auftrag erhalten, einen Programmentwurf auszuarbeiten. Der Parteitag nahm diesen Entwurf mit geringfügigen Änderungen an.

Das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtete die Mitglieder, unter anderem für folgende Grundsätze einzutreten: Abschaffung aller Klassenherrschaft durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise; politische Freiheit zu erkämpfen als unentbehrliche Vorbedingung für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen; die Lösung der sozialen Frage als untrennbar von der Lösung der politischen Frage zu begreifen. Zu all dem sei erforderlich: eine einheitliche revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse, nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut, die sich selbst als Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachtet. Damit hatten die Grundideen des Kommunistischen Manifests, die Grundideen der I. Internationale erstmalig in einer nationalen Arbeiterbewegung ihren programmatischen Ausdruck gefunden. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse hatte in den Grundzügen

ihr Bild von der neuen Gesellschaft, die erkämpft werden sollte, formuliert.

Mit dem Eisenacher Programm beantwortete also die Sozialdemokratische Arbeiterpartei prinzipiell die vieldiskutierte Frage: „Wie soll die neue, die sozialistische Gesellschaft aussehen?“ Das Sozialismusbild war zwar zunächst nur in groben Zügen skizziert, aber es wurde dennoch zum Inhalt des ideologischen und politischen Klassenkampfes des Proletariats. Karl Marx und Friedrich Engels hatten seit Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation dafür Sorge getragen, daß auf deren jährlich stattfindenden Kongressen sowohl die Grundfragen des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital als auch die des Aufbaus der neuen Gesellschaft beraten wurden. Das betraf solche Probleme wie die Notwendigkeit der Überführung der großen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden, die Staatsfrage, die Rolle der Partei im Klassenkampf, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und andere. Die Arbeiterklasse in jedem Land verlangte für ihren Kampf konkrete Antworten. Die Eisenacher unter Führung August Bebels und Wilhelm Liebknechts gaben sie für die deutschen Arbeiter mit ihren Mitteln – in vielerlei Hinsicht richtig, doch noch nicht in allen Grundfragen und noch nicht ausgereift. Dennoch: Karl Marx und Friedrich Engels bezeichneten die Eisenacher als „ihre Partei“. Der Grundstein zum Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung war gelegt worden.

Anmerkungen

1 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 28, S. 508

2 Ebenda, Bd. 16, S. 12

3 Ebenda

4 Ebenda, S. 13

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats August!

Zum 97. Geburtstag

Günter Scholz (Berlin) am 10. August
Dr. Willi Paubel (Hoppegarten OT Hönow)
am 30. August

Zum 96. Geburtstag

Walter Scheinpflug (Bitterfeld/Wolfen)
am 6. August

Zum 94. Geburtstag

Helmut Fleischhauer (Buchholz i. d. Nordheide) am 18. August

Zum 93. Geburtstag

Harry Machals (Rostock) am 26. August

Zum 92. Geburtstag

Sonja Moldt (Berlin) am 5. August
Brigitte Wackernagel (Berlin) am 21. August

Zum 90. Geburtstag

Manfred Gimbott (Eichwalde) am 17. August
Heinz Eiling (Neubrandenburg) am 17. August

Zum 85. Geburtstag

Hans Simon (Neustrelitz) am 8. August
Herbert Müller (Freiberg) am 9. August
Dr. Manfred Graichen (Berlin) am 16. August
Hannelore Baumgarten (Berlin) am 16. August
Hans Uthpadel (Berlin) am 17. August

Zum 80. Geburtstag

Hinrich Burmeister (Wismar) am 4. August
Christine Naundorf (Chemnitz) am 4. August

Ingolf Hähnel (Berlin) am 5. August
Klaus Scherler (Berlin) am 7. August
Jürgen Brühmann (Berlin) am 11. August
Jürgen Specht (Gera) am 22. August
Bernd Stübner (Wittenberge) am 24. August

Zum 75. Geburtstag

Gerda Baumbach (Berlin) am 27. August
Gerhard Berndt (Berlin) am 28. August

Zum 70. Geburtstag

Heike Cienkowski (Greiz) am 11. August
Dirk-Werner Benicke (Berlin) am 14. August

Zum 65. Geburtstag

Ilona Gerlitzke (Berlin) am 17. August

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Ihr Vermächtnis lebt fort

Die neu gegründete „Rapoport-Gesellschaft e.V.“ setzt sich als gemeinnützig anerkannter Verein zum Ziel, das Leben und Wirken der Eheleute Ingeborg Syllm-Rapoport und Samuel Mitja Rapoport in Erinnerung zu halten, ihren Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft und deren Verantwortung in der Gesellschaft zu erforschen und weiter zu vermitteln.

Die Lebensläufe dieser hervorragenden Ärzte und Wissenschaftler spiegeln auf eindruckliche Weise das 20. Jahrhundert wider. Als Juden mußten sie das faschistische Deutschland und Österreich verlassen und fanden Aufnahme in den USA. Dort entwickelte Mitja Rapoport das erste Verfahren, um Blutkonserven herzustellen, wodurch im Zweiten Weltkrieg tausenden amerikanischen Soldaten das Leben gerettet werden konnte. Dafür wurde er mit einem hohen Nationalpreis der USA geehrt. Nach dem 2. Weltkrieg half Mitja Rapoport Japan, die damals oft tödlich verlaufende Ekiri-Krankheit aufzuklären und zu besiegen.

Das politische Engagement der Rapoports als Kommunisten führte jedoch zur Verfolgung durch den McCharthy-Ausschuß und begründete ihre Flucht zurück nach Europa. 1952 fanden sie Aufnahme in der jungen DDR. Beide prägten hier mit ihren Forschungsleistungen, ihrem Selbstverständnis als Wissenschaftler, Ärzte und Lehrer und ihrem Bekenntnis zum Sozialismus das akademische Leben. Sie wurden Vorbild und Mentoren für viele Ärzte und brachten eine große Zahl erfolgreicher Schüler hervor.

Ingeborg Rapoport war als Neugeborenenforscherin maßgeblich an der Senkung der Säuglingssterblichkeit in der DDR beteiligt. 1969 übernahm sie an der Berliner Charité

den ersten Lehrstuhl für Neonatologie in Europa. Im Mai 2015 wurde Inge Rapoport, damals 102-jährig, erneut weltbekannt, als sie ihre von den Faschisten 1938 verhinderte und nun an der Hamburger Universität nachgeholt Promotion bestand.



Inge und Samuel Mitja Rapoport

Mitja Rapoport leitete von 1952 bis 1978 das wiederaufgebaute Institut für Physiologische Chemie der Humboldt-Universität in Berlin. Er machte sich als herausragender Biochemiker vor allem auf dem Gebiet der Erforschung der roten Blutzellen international einen Namen. Als Mitglied der Akademie der Wissenschaften, forschungsleitender Gremien und medizinisch-wissenschaftlicher Gesellschaften prägte er besonders die Entwicklung der Biowissenschaften in der DDR. Mitja Rapoport war Nationalpreisträger der DDR und 1982 Gründungsvorsitzender der DDR-Sektion der Internationalen Ärztebewegung gegen den Nuklearkrieg IPPNW. Er wurde 1993 erster Präsident der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

Unser Verein will mit seinen Aktivitäten – Veranstaltungen, Publikationen, Forschungen – das Leben und das Werk der Rapoports

interessierten Menschen zugänglich machen. Zugleich möchte die wissenschaftliche Gesellschaft in ihrem Sinne klärende Beiträge zu den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, die an in der Wissenschaft arbeitende Menschen gestellt werden, einbringen. Dazu soll auch die Erschließung und Aufarbeitung der vielfältigen, wenig bekannten wissenschaftstheoretischen und philosophischen Arbeiten und des besonderen Beitrags der Rapoports zur praktischen Wissenschaftsentwicklung zu gesellschaftspolitischen Lösungen dienen.

Dadurch möchte die Rapoport-Gesellschaft zur steten Aktualisierung der Frage beitragen, worin die Verantwortung eines Wissenschaftlers oder eines Arztes in der Gesellschaft besteht. Es ist die Überzeugung ihrer Mitglieder, daß die Wissenschaft eines aus der Lebenswirklichkeit begründeten humanistischen Auftrags bedarf; und umgekehrt, der Humanismus eine wissenschaftlich-rationale Praxis zur Schaffung seiner gesellschaftlichen Bedingungen benötigt.

Unser Verein wendet sich an alle interessierten Menschen, besonders aber an junge Wissenschaftler, Ärzte und Studierende, die über ihre fachliche Tätigkeit als meist abhängige Arbeitskraft hinaus denken und sich um eine rationale sinnstiftende Einbettung in die Gesellschaft mühen wollen.

Für den Vorstand

Dr. Ulrich D. Fritsche, Dr. Daniel H. Rapoport, Dr. Peter M. Kaiser, Dr. habil Marianne Linke, Dr. H. Niemann

Website: www.rapoport-gesellschaft.org
E-Mail: rapoport.gesellschaft@gmail.com

Bildende Kunst der DDR im BRD-Polit-Theater

Vom Wiljo Heinen Verlag 2021 noch ganz „warm“ herausgegeben, meldet sich erneut der Kunstwissenschaftler Dr. Peter Michel mit einem Büchlein unter dem Titel „Vor und hinter den Kulissen“ zum Thema „Kunst der DDR im Fokus der BRD-Politik“ zu Wort.

Peter Michel zeigt sich hier wiederholend nicht nur als Liebhaber und Kenner der bildnerischen Kunstwerke und ihrer Schöpfer aus der DDR. Wie ein Anwalt streitet er couragiert für das Recht auf Existenz, Öffentlichkeit und Wertschätzung von Gemälden, Graphiken, Collagen, Skulpturen, Plastiken, Statuen, Wandmalerei, Emailkunst etc., die in der DDR entstanden sind. Und er macht sich zum engagierten Sprecher der DDR-Kunstschaffenden, die ihre Werke dem arbeitenden Volk gewidmet haben, dafür verdientermaßen großen Zuspruch und öffentliche Anerkennung im In- wie im Ausland erhalten hatten.

Als Insider der DDR-Kultur- und Kunstpolitik ist Peter Michel in der Lage, über die Entstehung, die staatliche Förderung, den politischen und öffentlichen Umgang, die Konflikte und Widersprüche in Inhalt und Aussage von bildnerischen Kunstwerken sachkundig, objektiv und kritisch zu urteilen. Er sah sowohl vor als auch

hinter die Kulissen der vielseitig bespielten großen „Freilichtbühne“ bildender Kunst und ihrer Akteure. Vor der Kulisse schien überwiegend die Sonne, hinter ihr zumindest die Bühnenbeleuchtung. Doch es wurde nie dunkel – bis zum Sonnenuntergang und dem Wechsel des Stromanbieters 1990. Plötzlich war es stockfinster um die Kunst der DDR und in kalten Nächten erfror sie. Museen, repräsentative Gebäude außen und innen, öffentliche Plätze, Gemeinschaftsräume von Betrieben, Universitäten, Schulen, Kindergärten, Ferienheimen und Krankenhäusern wurden im Schutz der Finsternis von Kunstwerken der DDR entleert. Sie fanden sich später wieder auf Müllhalden, in Kellergewölben, Archiven oder im Besitz von Kunstdieben.

Entsprechend der Doktrin der Bundesrepublik wurde 1990 kulturpolitisch ein Leichtentuch über die Bildende Kunst der DDR gebreitet und ihre Schöpfer bei lebendigem Leibe begraben. Die Gräber der schon Verstorbenen wurden geschändet.

Doch gab es auch Zeichen der Vernunft und Reungen des gesunden Kunstverständes gegen diesen politischen „Kunst-Mord und Totschlag“. Von Sachlichkeit und Sachkunde geleitete Kunstschaffende, Kunstvermittler und -mäzene

aus der Alt-BRD, selbst regierungsseitige Verantwortungsträger begannen, mehr und mehr Löcher in das Leichtentuch zu reißen, um DDR-Kunstwerke und ihre Schöpfer in Ausstellungen, Galerien und privaten Kunstsammlungen wieder „auferstehen“ zu lassen. Es waren aber nur „Nadeln in einem Riesenheuhaufen“ fataler Kunstverachtung und -schändung.

Dr. Peter Michel entschloß sich sogleich nach der Angliederung der DDR an die BRD 1990 diesen „Heuhaufen“ auseinanderzureißen und akribisch nach den „Nadeln“ der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes zu suchen. Es war gewiß eine aufwendige, Geduld und Nerven fordernde und wohl auch nicht immer mit freudigem Erfolg gekrönte Suchaktion. Er fand „Nadeln mit Köpfen, Stricknadeln, abgestumpfte, rostige und auch vollkommen verbogene“. Aber immerhin, er fand sie, sortierte und ordnete sie nun sachverständlich in knapp 110 Seiten der Broschüre ein.

Manfred Wild

Peter Michel: *Vor und hinter den Kulissen. Essays zur Bildenden Kunst 2018–2020*, Verlag Wiljo Heinen 2021, 108 S., 10 €, ISBN 978-3-95514-045-8

Klimakrise hat Klassencharakter

Fünf große Massensterben hat unsere Erde schon über sich ergehen lassen müssen. Vier davon wurden durch Treibhausgase mit einem nachfolgenden Klimawandel bewirkt. Bei der größten dieser Katastrophen vor 252 Millionen Jahren wurden 97 Prozent des Lebens ausgelöscht. Gegenwärtig verursacht die Menschheit einen zehnmals schnelleren Ausstoß schädlicher Treibhausgase in die Atmosphäre als bei diesem Ereignis. Die dadurch verursachte Klimaerwärmung hat dramatische Folgen: Abschmelzen des Grönlandeises, Anstieg des Meeresspiegels, Auftauen der Permafrostböden, Austritt von Methan, Freiwerden von Krankheitserregern, Hitzeregionen und Hitzeperioden mit tödlichen Bedingungen – ein Horrorszenario ohne Ende.

Verhängnisvolle Entwicklung stoppen

Fast alle Klimaforscher sind sich darin einig: Der CO₂-Ausstoß muß bis 2050 um 90 Prozent reduziert werden. Nur so kann die Erde noch gerettet werden. Der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) fordert in seinem 1,5-Grad-Celsius-Bericht vom Oktober 2018 dazu auf unverzüglich und energisch zu handeln. Die globale Erwärmung muß in diesem Jahrhundert auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden. Für 20 bis 40 Prozent der Erdbevölkerung sind 1,5 Grad im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit jetzt schon erreicht, mit stark steigender Tendenz weltweit. Der Klimagipfel von Paris 2015 blieb mit zwei Grad Celsius hinter dieser Zielstellung zurück.

Kapitalismus als Klimakiller

Die Dokumente des Pariser Gipfels setzen auf „klimakompatible“, bürokratische und technokratische Ansätze. Der Emissionshandel hat jetzt schon sein Potenzial als kapitalistisches Spekulationsobjekt entfaltet. Eine CO₂-Steuer belastet vor allem die Masse der lohnabhängig Beschäftigten. Nuklearenergie soll trotz ihrer Gefahren und des unlösbaren Problems die radioaktiven Rückstände zu lagern ebenso zu den zulässigen Energiequellen gehören wie fossile Energieträger mit CO₂-Rückhaltung bei ihrer Verbrennung. Es wird weiter auf ungebremstes Wachstum gesetzt und dies geht zu Lasten der Lohnabhängigen und der natürlichen Umwelt. Bei der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise kann das auch nicht anders sein. Unter dem Zwang der Konkurrenz müssen Unternehmen Kapital akkumulieren und Profite erzielen. Kapitalismus beruht auf Wachstum. Der Verwertungsprozeß des Kapitals bedient sich des über ihren Wert hinausgehenden von der Arbeitskraft produzierten Mehrwerts ebenso wie der natürlichen Ressourcen: Luft, Wasser, Boden, Energievorräte und Bodenschätze. Die Natur wird zur Lagerung von Abfallstoffen genutzt und damit verändert. Jeder Produktions- und Wertschöpfungsprozeß ist ein Stoffwechselprozeß mit der Natur, worauf schon Karl Marx hinwies.

Kriege um Energie und Rohstoffe

Die Endlichkeit der fossilen Energieträger und der übrigen natürlichen Ressourcen widerspricht der Wachstumsdynamik des Kapitals. Die knappen Ressourcen müßten sinnvoll eingesetzt werden. Statt dessen werden Kriege um Öl, Gas und andere Roh-



Wald im Harz, Juni 2020

Foto: K. Denecke

stoffe geführt. Dabei wird Öl verschwendet. Die aufwendige Rüstungsproduktion verbraucht weitere natürliche Ressourcen. Die Hälfte der Öl- und Gasvorräte lagern am Persischen Golf und Kaspischen Meer, eine wesentliche Ursache für die Kriege in diesen Regionen. Schluß damit, fordert das 2017 gegründete Netzwerk Ökosozialismus (oekosozialismus.net). Ökosozialisten fordern die Rüstungsproduktion und Waffenexporte zu stoppen, Abrüstung und den Austritt aus der NATO.

Produktionsumstellungen sind zwingend

Die gesamte Produktion muß umgestellt werden, um Energie und Rohstoffe zu sparen. Es darf nur produziert werden, was wirklich gebraucht wird. Energieaufwendige und gefährliche Produktionslinien müssen eingestellt und unnötige Transporte verhindert werden. Die industriemäßige landwirtschaftliche Produktion muß dem nachhaltigen ökologischen Anbau weichen. Eine grundlegende Verkehrswende verringert den CO₂-Ausstoß drastisch, um nur einige der dringendsten Forderungen zu nennen.

Gesellschaftliche Aneignung

Der Umsetzung dieser Ziele steht vor allem der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im Wege. Notwendig ist, daß die wichtigsten Unternehmen vergesellschaftet und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Das betrifft Energiekonzerne, große Agrarbetriebe, Transportunternehmen einschließlich der Transportmittelhersteller, Kommunikationsunternehmen, wichtige Dienstleister, Wohnungsunternehmen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen. Dabei sind unterschiedliche Formen gesellschaftlichen

Eigentums denkbar, genossenschaftlich, kommunal, regional, staatlich.

Globales Handeln

Die Klimakrise ist eine globale Erscheinung. Deshalb muß die ökosozialistische Umgestaltung global erfolgen. Nicht nur die Klimakrise verlangt entschiedenes globales Handeln, sondern auch Arbeitslosigkeit und Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung.

Die Lohnabhängigen gewinnt man nur dann für gemeinsame Aktionen gegen die heranziehende Klimakatastrophe, wenn es gelingt, die sozialen Herausforderungen anzupacken. Jede klima- und umweltpolitische Maßnahme hat Klassencharakter.

Akteure mobilisieren

Diese weitreichenden gesellschaftlichen Umgestaltungen können nicht allein durch die gewählten Repräsentanten in Parteien, Parlamenten und Gewerkschaften erreicht werden, sondern brauchen eine breite

Basis direkter Demokratie. Die schon sehr aktive Klimabewegung muß mit der Arbeiterbewegung und den Organisationen der Lohnabhängigen vereinigt werden.

Die Radikalität dieses ökosozialistischen Ansatzes mag überraschen, entspricht aber den von der Wissenschaft befürchteten schlimmen Folgen der Erderwärmung. Es geht um viel mehr als bei jeder Revolution zuvor, um die Verhinderung des sechsten Massensterbens auf unserem Planeten.

Prof. Dr. Klaus Denecke
Werder (Havel)

Nicht Umwelt-, sondern Weltbewußtsein

Müßt der Natur ich zeitlebens was geben,
Erhaben – zum Dank, ich bin da,
Mit dem Bewußtsein aber eben
Zu sein ihr viel mehr, als nur nah.

Die Flora, die Fauna, das Wasser, die Luft
Haben menschliches Leben geschaffen.
Doch droht uns im Gegeneinander die Gruff.
Das machen nur Menschen, nicht Affen.

Zerstört ein Bewußtsein vom Ich uns heut'.
Anstatt uns im Wir zu bewähren,
Woll'n die Natur wir belehren.

Das Ich kennt nur Geld, das den Tod betreut,
Gravierend die Welt zu verändern,
Digital, krank in Rüstungsgewändern.

E. Rasmus

„Schöner das Randgebiet von Berlin“ Eine Aufbauinitiative in der DDR

„Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt, dem Turme geschworen, gefällt mir die Welt!“ Diese Zeilen aus dem Türmerlied von Goethe sind durchaus passend für den Aussichtsturm auf den Kranichsbergen in Woltersdorf. Er ist beliebtes Ausflugsziel für Einheimische wie Gäste.

Bereits 1886, also vor nunmehr 135 Jahren, hatte es einen ersten Aussichtsturm an dieser prägnanten Stelle gegeben, den der „Volkssturm“ am Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945 niederbrannte. Zeitzeugen dafür gibt es aber nicht mehr. Jedenfalls klaffte anderthalb Jahrzehnte eine für die Woltersdorfer schmerzhaft Lücke. Und als 1960 die noch junge DDR eine Aktion „Schöner das Randgebiet von Berlin“ auflegte, nutzte man die sich bietende Gelegenheit. Schließlich zählte auch Woltersdorf als Perle zu diesem Randgebiet, konnte auf Fördermittel hoffen. Also wurden die Pläne zum Wiederaufbauwerk, in der Gestaltung möglichst dicht am abgebrannten Vorgänger ausgerichtet, durch Kommunalpolitik und engagierte Bürger präzisiert. Immerhin 80 Kubikmeter Holz kamen für die Turmhaut zum Einsatz, auch 3,6 Tonnen Stahl stecken in dem 25 Meter hohen Bauwerk, das (mit dem schon imposanten Kranichsberg als natürlicher „Fuß“) 102 Meter über dem Meeresspiegel erreicht. Kein Wunder also, daß gerade an Tagen mit schönem Wetter der Blick über Woltersdorf und Rüdersdorf hinaus etliche Kilometer in die Ferne reicht.

Aus heutiger Sicht, da nicht nur ein hauptstädtischer Flughafens neun Jahre Verspätung ansammelte und um Milliarden teurer als geplant wurde, beeindruckt nicht nur das Tempo, das seit der vom 2. Dezember

1960 datierten Baugenehmigung an den Tag gelegt wurde. Auch die 80 000 Mark der DDR als Gesamtsumme muten rückbli-



Aussichtsturm Woltersdorf Kranichsberg
Foto: Florian Läufer

ckend als Schnäppchen an. „Heute würde dafür kaum jemand den Bleistift anheben“, sagt Gisela Schuldt, Vorsitzende des Verschönerungsvereins Kranichsberg. 1961 gehörte sie als junge Frau zu den Verantwortlichen beim Bau. Die Woltersdorfer konnte wichtige Wünsche durchsetzen. Daß der Bau zudem mit wenig Geld und geradezu in Rekordzeit über die Bühne ging, war

dem (oft ehrenamtlichen) Einsatz vieler und dem Woltersdorfer Verschönerungsverein zu verdanken.

Seither bieten sich dem Besucher auf dem Weg zur Aussichtsplattform des Turmes zahlreiche Fotos und Kulissenreste in einer ständigen Filmausstellung. Sie erinnern an die Woltersdorfer Filmstadt, wo u. a. die Stummfilme „Die Herrin der Welt“ (1919) und „Das indische Grabmal“ (1921) sowie als Tonfilm-Remake „Das indische Grabmal“ (1937/38) gedreht wurden.

Die einst imposanten Kulissen sind verschwunden, werden aber auf historischen Aufnahmen wieder lebendig. Und auch fast vergessene Namen tauchen auf. Ganz voreweg der als Produzent, Drehbuchautor und Regisseur vielseitig aktive Joe May und seine etliche Hauptrollen spielende Frau Mia. Sowie Harry Piel, der Tausendsassa. Aber auch Ernst Lubisch und Hans Albers sind bei diesem Exkurs dabei. Ist die Aussichtsplattform erreicht, genießt der Besucher eine herrliche Sicht über die wald- und wasserreiche Umgebung von Woltersdorf. Dem Zauber dieser ländlichen Schönheit, den grünen bergigen Hängen und den klaren Seen vermag sich niemand zu entziehen. Zu Erwandern ist der Aussichtsturm am bequemsten von der Buchhorster Straße, unweit der Schleuse, aus. Neben der Maiwiese, einer Stätte für Veranstaltungen, führt hier der ausgeschilderte Weg bergan. Wald und Heide begleiten den Wanderer. Allerdings auch sichtbare Zeichen des Vandalismus wie umgeworfene, herausgerissene und zerstörte Bänke.

Es sind mehrere wichtige Etappen, die sich in den kommenden Wochen und Monaten jeweils zum 60. Mal jähren. Am 5. Mai 1961 war Grundsteinlegung, bereits am 4. Oktober konnte Richtfest gefeiert werden. Das rekordverdächtige Tempo setzte sich fort: Feierliche Einweihung des fertigen Werkes war dann am 14. Juli 1962 durch Bürgermeisterin Charlotte Matzdorf (1910–006). Immerhin laufen erste Vorbereitungen für ein kombiniertes Fest am 4. Oktober: Neben 60 Jahre Aussichtsturm sollen dann auch 300 Jahre Woltersdorfer Kiez, 300 Jahre Standort Alte Schule und 100 Jahre Filmdreh „Das indische Grabmal“ gefeiert werden.

Wer die ganze Geschichte dieses Aufbauwerkes hört, kann vielleicht noch besser nachvollziehen, mit wieviel Liebe und auch berechtigtem Stolz der Woltersdorfer Verschönerungsverein „Kranichsberg“ e.V. auf dieses örtliche Wahrzeichen blickt. Die 90 Stufen bis zur Aussichtsebene mögen für manchen etwas beschwerlicher sein. Doch niemand muß sie im Laufschrift bewältigen. Mehrfaches Innehalten lohnt, denn an den Wänden wird in Bildern und Texten die Geschichte des „Märkischen Hollywood“ erzählt. Und der Turm ist auch ein gutes Beispiel für bleibende DDR-Geschichte.

Heinz Pocher

Ein bewegendes Jahr

150. Geburtstag Rosa Luxemburgs.
100. Geburtstag von Erich Fried.
100. Geburtstag von Sophie Scholl.
80. Jahrestag der Befreiung.

Deutschland ist der viertgrößte Waffenexporteur.
Der Welt
Deutschland ist gleichzeitig Moralweltmeister.
Für viele Länder der Welt.
Aber keine wirkliche Friedensdiplomatie,
Die Schwerter zu Pflugscharen formen.
Immer im Windschatten der NATO und der USA.

Deutschland, ein gespaltenes Land
In Nord und Süd
In Ost und West
In Geimpfte und Nichtgeimpfte

Nein, das ist es nicht wirklich.
Sondern –
Spaltung in

Ungebildete und Eliten
Arme und Reiche
Abgehängte und Erfolgreiche
Ausgebeutete und Ausbeuter.

Aber das wird alles verschleiert und verdrängt.
Durch Scheindebatten im Bundestag
Medienschlachten, Gendersternchen
Mobbingattacken, Gewaltandrohungen.
Täglich wird eine neue Sau durch die deutschen
Lande getrieben,
um abzulenken, zu betäuben, unser Denken zu
steuern,
uns Angst zu machen.

Am 10. Mai gedachten wir der
Bücherverbrennung von 1933.
Im Sinne von Erich Fried.
Bleiben wir wachsam.
Als Bücherfreunde und Friedenskämpfer.

Karin Schumann, Bremen

Wir waren einmal das VOLK

„Wir sind das Volk!“, später „Wir sind ein Volk!“ schallte es 1989/1990 aus den provisorisch montierten Lautsprechern im Zentrum von Leipzig vor der Nikolaikirche und der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR. Dort versammelten sich all montags in unterschiedlicher Größenordnung zwischen hundert- und maximal fünfhunderttausend Menschen, um ihren Frust über die SED-geführte Regierungspolitik kundzutun. Unter „demokratischer Erneuerung der DDR“ verstanden die Redner vor allem: „Laßt uns reisen und ausreisen!“ und „Schafft das MfS ab!“ Die dann als „ein Volk“ Versammelten in Leipzig waren nachweisbar nicht alle DDR-Bürger. „Schwestern und Brüder“ aus dem „Westen“ begaben sich montags auf die Reise dorthin. Und zu meist erkannten sich die „Montags-Touristen“ sofort wieder, denn es waren stets die „gleichen Gesichter“. Besaßen sie eigentlich das Mandat der „restlichen“ knapp sechzehn Millionen DDR-Bürger für eine „öffentliche Anklage gegen die DDR“? Heute, nach über dreißig Jahren Kolonialisierung der DDR durch die BRD, stellen sich immer mehr Menschen diese Frage. Leipzigs fragwürdiger Titel „Heldenstadt“ bröckelt und verliert Farbe. Dennoch gelang den „das Volk“ und „ein Volk“ skandierenden Teilnehmern der Leipzig-Demos scheinbar, den Liquidierungsprozeß der DDR einzuleiten.

SED-Politbüromitglied Günter Schabowski ließ am 9. November 1989 eigenmächtig die Grenzen der DDR zur BRD öffnen, trat damit das Tor für den galoppierenden Lauf die Konterrevolution sperrangelweit auf. Noch im gleichen Monat wurde das Ministerium für Staatssicherheit in „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannt und schließlich im März 1990 unter der Aufsicht von „Bürgerkomitees“ aufgelöst.

Am 18. März 1990 verwandelte sich das tatsächliche Volksparlament, die „Volkskammer“ der DDR, in eine das „DDR-Volk

entmündigende Dunkel-Kammer“. Der rechtmäßige Regierungschef Hans Modrow wurde mit seiner „Crows“ zur „Bruchlandung in der Geschichte gezwungen“. Eine schon kohlinfiltrierte CDU unter Leitung vom „Politzwerg Lothar de Maiziere“ als Ministerpräsident übernahm im Komplott mit der aus der historischen Selbstversen-

negativen Folgen auf das Lebensniveau. Ausbildungs- und Berufsverluste durch Nichtanerkennung von Hoch- und Berufschulabschlüssen verdrängten die meisten in Tätigkeiten mit geringer Entlohnung. Nicht wenige sahen den Ausweg nur im Suizid. Die „treue Hand“ des westdeutschen Kapitals initiierte eine „Völkerwanderung“



Grundgesetz, Artikel 1, Abs. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

kung wieder aufgetauchten SPD den Rest der formal noch staatsrechtlich existierenden DDR, die neu gegründeten Claqueur-Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Demokratischer Aufbruch“ (DA) einbeziehend.

Die Währungsreform vom 1. Juli 1990 beendete die Bezahlung mit Mark der DDR und halbierte sie in Westmark. Vom Volk Erspartes war nur noch die Hälfte wert. Aber kein Protest aus dem Volk, sondern massenweise Abholung von 100 DM „Speck in der Mausefalle“, BRD-offiziell als „Begrüßungsgeld“ für DDR-Bürger bezeichnet, aber inoffiziell als „Lockmittel“ gedacht. Schließlich wurde am 17. Juni 1990 mit dem Unrechts-„Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens“ (sogenanntes Treuhandgesetz) das DDR-Volk seines wirtschaftlichen Eigentums als ökonomische Basis seiner Existenz beraubt und das im Wesentlichen an Westunternehmen für Peanuts verschachert oder aber wegen seiner bisherigen erfolgreichen Qualitäts-Konkurrenz gegen westliche Konzerne verschrottet. Dem Volk wurden bisher völlig unbekannte soziale Verhältnisse aufgezwungen, vor allem Arbeitslosigkeit und ihre

von Arbeitskräften von Ost nach West und entvölkerte dadurch viele DDR-Regionen von jungen, nun Arbeit suchenden Menschen.

Ein Volk von ca. 16 Millionen Menschen sah zu und ließ all das über sich ergehen! Wo war da der Stolz über 45 Jahre erfolgreichen Aufbau aus Kriegstrümmern? Es ließ sich am 3. Oktober 1990 sogar noch von einem Steuerkriminellen durch einen Knebelvertrag an die BRD „für dumm verkaufen“. Die Saat der von Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ ist bis heute nicht aufgegangen.

Und mit ihrem Begehren, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wendet sich die vermeintlich das Volk vertretende Partei „Die Linke“ leider von diesem Anspruch ab. Die AfD freut's. Deren gefährlicher Zuspruch im Kolonialgebiet der neuen BRD-Bundesländer hat nicht nur, aber auch damit zu tun. Sie mißbraucht die aktuelle Stimmung im Osten Deutschlands, indem sie das übernommen hat, was CDU/CSU, SPD, „Grüne“ und FDP nicht geschafft haben – dem Ex-DDR-Volk seine 45jährige Souveränität endgültig auszutreiben.

Manfred Wild
Berlin

Am 1. Juli begeht unser künstlerischer Mitarbeiter

Siegfried Lachmann

aus Potsdam seinen 85. Geburtstag, zu dem wir ihm auf das herzlichste gratulieren.

Für Deine hilfreiche Unterstützung, lieber Siegfried, danken wir Dir und wünschen Dir Kraft und Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vor 50 Jahren verstarb der Herausgeber und Publizist Walther Victor

Bekannt wurde Walther Victor insbesondere für seine Volkslesebücher und Jugendschriften, vor allem durch die von ihm begründete Buchreihe Lesebücher für unsere Zeit (Volkslesebücher). 1961 erhielt er „für seine großen Verdienste um die Popularisierung der klassischen deutschen Literatur“ den Nationalpreis der DDR für Kunst und Literatur.

Walther Victor starb am 19. August 1971 in Bad Berka und wurde auf dem Ehrengräberfeld des Historischen Friedhofs in Weimar beigesetzt. Der Journalist Werner Voigt, der die Herausgabe der Memoiren Victors übernahm, stellte dem RF einen seiner nachgelassenen Texte zur Veröffentlichung zur Verfügung.

Ein Blick hinter die Kulissen

Nach der Liquidation der Büchergilde Gutenberg konnte ich mich der Hauptaufgabe zuwenden, die Serie der „Lesebücher für unsere Zeit“ herauszugeben. Nach dem Erfolg des Goethe-Lesebuches 1949 hatte ich folgerichtig 1950 den Heine gemacht, um mit den beiden Dichtern zu beginnen, mit denen ich mich am meisten beschäftigt hatte. Als drittes Lesebuch hatte ich einen Lessing geplant und war an Prof. Mayer herangetreten, die Bearbeitung oder doch wenigstens das Vorwort zu übernehmen. Mayer war damals die Primadonna der Germanistik in der DDR. Er hatte seinen Leipziger Studenten die beiden erschienenen und von mir bearbeiteten Lesebücher dringend empfohlen, und er hatte auf mich besonders dadurch Eindruck gemacht, daß er ein brillanter Redner war. Mayer sprach stets frei, ohne Manuskript, er sprach über alles zwischen Himmel und Erde, wie es schien, ohne jede Vorbereitung, und in Leipzig sagte man, er brauche nur mitten in der Nacht geweckt zu werden, fragte nach dem Thema, stieg aufs Rednerpult und los ging's.

Mayer sollte der Führer einer Kampagne gegen die Lesebücher werden, die jedoch trotz ihrer Unterstützung aus dem Lager der offiziellen Klassikerpflege in Weimar elend zusammenbrach. Dort hatte zur Zeit der Thüringischen Landesregierung deren Kulturminister, Frau Torhorst, nachdem aus Jena der leitende Literaturprofessor der Universität nach dem Westen abgehauen war, mich darauf angesprochen, ob ich nicht den „Dr. phil.“ machen könnte, dann würde sie mich auf die frei gewordene Stelle berufen. Es waren die ersten Jahre nach meiner Rückkehr aus dem Exil, die Erfolge der ersten Lesebücher machten mir Mut, und ich holte ohne große Schwierigkeiten von Minister Paul Wandel die Ausnahmeerlaubnis ein. Dann verabredete ich mit Mayer, über das Thema Marx und Heine eine Dissertation zu schreiben und damit zu promovieren.

Die Arbeit machte mir Freude, sie wurde in einem einzigen Oberhof-Urlaub geschrieben, da es der Vorarbeiten genug bei mir gab, und das die nicht gerade mißlungen war, kann man daran ersehen, daß die Schrift noch heute als lieferbares Buch des

Henschel-Verlages im Vertrieb und besonders an den Oberschulen als Pflichtlektüre empfohlen ist. Nur den „Dr. phil.“ bei Hans Mayer habe ich nicht gemacht! Im Gegenteil: gleich so manchem Studiosus, der auf anderen Gebieten nicht so wollte wie Hänschen Mayer, fiel ich nicht nur bei ihm in Ungnade, sondern wurde geradezu der Feind Nr. 1.



Walther Victor

Nicht auszudenken, daß es hätte anders kommen können! In der „Berliner Zeitung“ publizierte Paul Rilla eine ganzseitige, vernichtende Polemik gegen Mayer und seine politisch falsche Einschätzung literarischer Probleme. Die den Mann näher kannten, wußten bereits damals im Gegensatz zu mir, daß dieser parteilose Angeber, Scharlatan und Vielreder nicht mehr und nicht weniger war, als ein sich geschickt tarnender Klassenfeind, der niemals hätte jahrelang eine so prominente Stellung einnehmen dürfen. Ich hielt es für nötig, mich im Ministerium Wandel zu befragen, ob die Sache weiterlaufen oder mir etwa nachgetragen werden könnte. Ich hatte bis dahin an keiner offiziellen Stelle eine Vereinbarung mit Mayer gemeldet. Das Ergebnis war umwerfend. Erstens könne man ohne Zustimmung des ZK überhaupt keine so wichtige Arbeit über Karl Marx schreiben – also hin mit dem Manuskript! – und zweitens wäre es doch sehr unklug, gerade bei Mayer zu promovieren. Ich sollte mal zu Prof. Steinitz gehen an die Humboldt-Universität. Ich ging. Steinitz empfahl mir seinen Literaturprofessor Kantorowicz. Vom ZK indessen, aus der Abteilung Kurt Hager, kam das Urteil, die Arbeit sei gut, man sollte sie sofort bei Henschel als Buch drucken, denn Hans Mayer – das käme ja nicht in Frage. Es ist bekannt, daß Mayer und Kantorowicz im Westen verblüht sind.

Weniger ist bekannt, ist der Stunk, den Mayer entfesselte, sobald er erfuhr, daß er nicht mein Doktorvater werden sollte. Er rächte sich nicht nur, indem er es bei anderen promovierenden Genossen wurde ... Er redete mich in meiner Abwesenheit aus dem PEN Club hinaus, dem ich über Heinrich Mann angehört hatte, er redete mich ebenso aus der Goethe-Gesellschaft hinaus, mit der ich bereits 1927 zur Einweihung des Goethe-Reliefs auf dem Brocken war, und er redete und schrieb, wo nur immer er konnte, gegen meine immer lebhafter verbreiteten Lesebücher. Es war eine veritable Kampagne, die sich unbegreiflicherweise ein Mann auf hohem akademischen Posten in der DDR leisten konnte, von dem nicht nur die Auguren wußten, daß er längst fällig war, sondern in dieser Kampagne operierte er unverhohlen gegen die Arbeiterklasse, gegen die Werktätigen, denen das klassische deutsche Kulturgut verschlossen bleiben sollte. „Häppchenkost“ nannte Mayer die Lesebücher und ihre Methodik, diejenigen auch durch Leseproben, wie das bei einer einbändigen Ausgabe gar nicht anders möglich, zum erste Male an das Werk eines unserer großer Dichter heranzuführen, den sie noch nicht kannten. Er, der um ein Haar den Lessing für die Serie verhackstückt hätte, benahm sich ungeniert wie der Hauptpastor Goeze zu Lessing, der verlangte, daß der streitbare Denker seine Wahrheiten in literarischer Sprache vortrug, damit das Volk ihn nicht verstehe. Also nur ungekürzte Gesamtausgaben, möglichst in 14 Bänden oder mehr, damit nur ja keiner, der noch eine kleine Nebenbeschäftigung hat, dazu kommt, eine erste Bekanntschaft mit dem Klassiker zu machen.

Auch ich finde das Wort vom „Popularisieren“ nicht sehr schön. Aber was es meint, ist richtig. Man kann es nur, wenn man, wie Walter Ulbricht mir 1964 schrieb, in der Lage ist, gleichzeitig „eine populäre und doch wissenschaftliche richtige Gestaltung des Lebens und Wirkens“ unsere großen Meister zu geben. Mayer konnte nicht populär, und wollte nicht wissenschaftlich richtig sein. Er hatte niemals bei uns was zu suchen. Außerdem hatte er in meinem Falle noch Pech dazu. Ich habe weder ihn noch „Kanto“ gebraucht, um Dr. phil.“ zu werden ...

(1967)

Am 3. August begeht

Ronald Wandel

seinen 70. Geburtstag. Als Vorsitzender der Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau engagiert er sich ideenreich für das Zusammenwirken aller Linken und besonders für die Stärkung der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba. Lieber Ronald, Vorstand und Redaktion gratulieren Dir herzlich.



Mit großer Sorge verfolgen wir eine von den USA, der EU und der NATO betriebene Konfrontationspolitik gegen Rußland und eine wachsende Eskalation im Ukraine-Konflikt.

Immer dringlicher wird es, den Irrsinn von Rüstungsexporten, globaler Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die immer dreister werdenden Lügen und Halbwahrheiten zu entlarven! Die NATO muß die Ausweitung der militärischen Drohkulisse in Osteuropa gegenüber Rußland beenden. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, innerhalb der existierenden Verhandlungsformate und auch außerhalb, eigenständig diplomatisch tätig zu werden und endlich die Gefolgschaft für Washington hinter sich lassen.

Das Leben und die Gesundheit aller Menschen auf unserem Planeten muß oberste Priorität haben! Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, den bereits im Jahr 2010 gefaßten Beschluß des Deutschen Bundestages, sich für den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden einzusetzen, das Völkerrecht zu achten und den 2017 von der UN-Generalversammlung beschlossenen „Atomwaffenverbotsvertrag“ endlich zu unterzeichnen. Seit dem 22. Januar 2021 ist die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und der Einsatz von Kernwaffen verboten und damit völkerrechtlich geächtet.

Ein wirklich glaubhafter Schritt wäre der Verzicht auf die nukleare Teilhabe sowie das Bekenntnis dazu, die 20 US-Atombomben aus Büchel abziehen und aus deren Modernisierung auszusteigen! Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, organisiert die Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. am 6. August 2021, 16 Uhr, an der Weltfriedensglocke Berlin im Volkspark Friedrichshain den Mahn- und Gedenktag für die Opfer der US-Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vom 6. und 9. August 1945. Dazu sind alle Friedenswilligen herzlich eingeladen.

Der Frieden ist bedrohter denn je – Nachkriegszeiten dürfen nicht zu Vorkriegszeiten werden! Opfer eines Krieges fragen nicht nach Parteizugehörigkeit, Hautfarbe, Religion oder sozialer Herkunft. Frieden gemeinsam erkämpfen, ist das Gebot der Stunde!

**Anja Mewes, Vorsitzende
Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.**

Regelbasierte Ordnung ist das Zauberwort des für völkerrechtswidrige Kriege verantwortlichen WWR (Westliches-Werte-Regime). Anstatt einmal gründlich den Text der Charta der Vereinten Nationen zu studieren, schöpft es in imperialer Arroganz aus ihrem Stehsatz Formulierungen, die

selbst ein Satirekomiker wie Dieter Nuhr meiden würde. Rußland würde, so der US-Außenminister Antony Blinken, mit „bösaartigen“ Aktivitäten ein „negatives Muster unverantwortlichen und destabilisierendes Verhaltens“ an den Tag legen. Würde mithin gegen die auf internationalen Regeln basierende Ordnung verstoßen. Geht's noch? In welchem Erziehungsheim befinden wir uns? Erstaunlich, daß das sich selbst ständig als robuste und unangreifbare Demokratie beweihräuchernde WWR befürchtet, wie ein Kartenhaus zusammenzufallen, nur, weil sich da jemand wegen dauernder Regelverstöße schuldig gemacht haben soll und die demokratischen Systeme zu „untergraben“ versuche. Die Abschlusßerklärung des Londoner Treffens ist in weiten Teilen Real-satire. Aber das Großmanöver der NATO vor der russischen Haustür ist bitterer Ernst.

Letzteres wird selbstredend auch von den Grünen, die „Neue-Macht-neue-Verantwortungs-Partei“, unterstützt. Der Co-Vorsitzende Robert Habeck bewirbt sich, nachdem sein Traum vorerst geplatzt ist, im Herbst ins Bundeskanzleramt einzuziehen, offenbar auch für einen Posten als Oberlehrer im transatlantischen Erziehungslager. Er sieht keine Probleme für Grün-Rot-Rot auf Bundesebene, vorausgesetzt, die Linke müsse „in besonderem Maße beweisen, daß sie regierungsfähig und bereit ist, Verantwortung für dieses Land zu übernehmen. Das schließt die außenpolitische Verantwortung, ein Bekenntnis zur NATO, mit ein“. Die Satire kommt auf Touren. Was Habeck da verkündet, ist das schon längst vermodertes Stroh, auf das die SPD einst gedroschen hat, als die Linke noch PDS hieß. Man stelle sich vor, die regierungswilligen Linken würden nach der Bundestagswahl die Dresdener Kohl-Jubler paraphrasieren und rufen: „Annalena und Robert, nehmt uns an die Hand und weist uns einen Platz zu im regelbasierten NATO-Wunderland.“ Nein, das mag ich mir nicht ausdenken. Obwohl ...

Hans Schoenefeldt, Berlin

Nachdem Annalena Baerbock von den Grünen zur Kanzlerkandidatin auserwählt wurde, ließ sie nunmehr die Katze aus dem Sack. Man gewinnt den Eindruck, sie sei gar keine Grüne, sondern vielmehr eine Partnerin der US-Amerikaner. In den Grabenkämpfen der zu Ende gehenden Ära Merkel übernahm Annalena Baerbock zusammen mit Robert Habeck mehr und mehr die Führung der Grünen. Dabei stellte sie gern ihre internationalen Erfahrungen als Vorteil dar. In Wirklichkeit hat sie jedoch keinerlei Regierungserfahrung und keine wirkliche internationale Reputation. Sie und andere aus der Partei suggerieren, wo immer sie in Erscheinung treten: „Wir sind die Guten. Wir sind das Beispiel für die Welt.“ Das ist schlicht und einfach arrogant. Erst unlängst erklärte Baerbock in einem Interview mit dem ZDF, Deutschland brauche „dringend eine klare außenpolitische Haltung gegenüber dem russischen Regime“ und forderte abermals „schärfere Sanktionen“ gegen das „System Putin“. Schon lange verlangt sie einen sofortigen Baustopp der Pipeline Nord Stream 2. Die Erdgasleitung laufe den „geostrategischen Interessen der EU“ zuwider, „destabilisiere die Ukraine“ und „konterkarriere den klaren Rußlandkurs auf EU-Ebene“. Es geht hier aber nicht um geostrategische Interessen der EU, sondern um die der BRD. Es verwundert auch nicht, daß Annalena Baerbock für höhere Verteidigungsausgaben eintritt und

zusätzliche Auslandseinsätze der Bundeswehr befürwortet. „Wir dürfen uns nicht wegducken“, so ihr sicherheitspolitisches Konzept. Sie will dem neuen US-Präsidenten Biden deshalb auch „ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda“ unterbreiten.

Daß die USA gegen Nordstream 2 votieren, ist leicht nachvollziehbar. Sie würden an Deutschland nur zu gern ihr teures Fracking-Gas verkaufen und zugleich ein einvernehmliches Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland verhindern. Deshalb und wegen seiner geostrategischen Lage ist die Bundesrepublik zum Spielball zwischen den USA und Rußland geworden.

Das letzte Mal, als die Freude über einen grünen Kanzlerkandidaten groß war, hieß der Joschka Fischer. Es endete mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und Bomben auf Belgrad. Wahrscheinlich haben viele das schon vergessen.

Äußerst beunruhigend ist auch die zweifelhaftige Haltung von Annalena Baerbock zur Volksrepublik China und zur Russischen Föderation. Es zeugt nicht gerade von strategischer Weitsicht, wenn sie die außerordentliche Rolle der strategischen Partnerschaft Chinas mit Rußland nicht erkennt. Es liegt doch auf der Hand, daß der eurasische Kontinent in unserer multipolaren Welt eine immer größere Rolle spielen wird. Im westpazifischen Raum, der von der Behring-Straße bis in den Indischen Ozean reicht, leben über 60 Prozent der Menschen unseres Erdballs. Sie erzeugen jetzt schon mehr als die Hälfte der Weltproduktion. Das Bemühen um allseitige gute Beziehungen zu den Ländern dieser Region sollte für die Führungskräfte unseres Landes Priorität haben.

Bernd Biedermann, Berlin

Die Bundestagswahlen sind schon lange am Horizont sichtbar. Es lohnt sich, sich darüber im Klaren zu sein, daß für die Folgezeit die Erhaltung unseres Erdballs aus Sicht des notwendigen Klimaschutzes existenziell ist. Aber nicht allein der Verzicht auf motorisierte Individual-Mobilität, der Kauf von immer teurer werdenden Fahrrädern, der Verzicht auf den Einsatz fossiler Energieträger in Industrie und Wirtschaft sowie im Alltag und der Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Infrastruktur bringen uns in die Nähe der Erreichung der Klimaziele, sondern die Krieg-und-Frieden-Frage muß zu Gunsten eines rigorosen Rüstungsstopps und damit auch eines Stopps der Rüstungsexporte, zu Gunsten eines Atomwaffenverbots (AVV) und zu Gunsten einer Verhinderung von Kriegen aller Art gelöst werden. Zerstörte Infrastruktur, brennende Ölfelder, zerstörte Städte und Dörfer, der CO²-Ausstoß der Gesamtheit der zum Einsatz gelangenden Rüstungsgüter: Flugzeugträger, Kampfflugzeuge, Hubschrauber, detonierende Munition in Form von Granaten und Bomben, Panzer- und Haubitzen-Motoren, Raketen-Antriebe, U-Boote, Kriegsschiffe aller Couleur und der CO²-Fußabdruck der gesamten Rüstungsindustrie bewirken jetzt bereits die Unumkehrbarkeit des grassierenden Klimawandels, der den uns folgenden Generationen die Grundlagen zum Leben raubt. Diesem Szenario ist vorrangig Einhalt zu gebieten. Wenn im September gewählt wird, sollte unsere Stimme der Partei gelten, die sich gegen jedweden Kalten und Heißen Krieg und für eine friedliche Welt glaubwürdig einsetzt.

Jörg Stelling, Hamburg-Harburg

Die Zurückhaltung und Uninteressiertheit vieler Bürger an der Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt mit einer Wahlbeteiligung von gerademal 61 % unterstreichen die Erkenntnis, daß es in diesem System, in dem fast die gesamte Wirtschaft in privaten Händen liegt, im Grunde nur um eigene materielle Vorteile und Profitinteressen geht. Wir haben es in der Wirtschaft und dem Finanzkapital mit riesigen Vermögens- und Machtverhältnissen zu tun, bei denen im verdeckten Einvernehmen auch einige Politiker raffgierig, wie jüngst in der Corona-Krise erlebt, ihr „Schäflein ins Trockene“ bringen. „Freie Wahlen“, bei denen es um paßgerecht auserkorene Abgeordneten kandidaten geht, gaukeln den Bürgern vor, daß sie durch ihre Stimme für eine Partei oder einen Kandidaten das Geschehen im Land auch persönlich beeinflussen könnten. Doch was ist Tatsache? Da beklaut z.B. die Regierung Rentner kleiner Renten mit der Auferlegung von hohen Steuern, obwohl sie diese bereits in der Zeit ihres Arbeitslebens längst bezahlt haben. Trotz schöner Reden bleibt es bei niedrigen Löhnen für Alten- und Krankenpflegerinnen, für Verkäuferinnen etc. Dafür stopfen sich Abgeordnete in unverschämter Manier die eigenen Taschen voll mit Geld und bereichern sich teils sogar noch an „krummen Geschäften“ der Wirtschaft ohne größere Konsequenzen. So verschleiert man auch mit Wahlen die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland.

Damian Schittko, Magdeburg

Bürger aus der DDR haben gegenüber ihren „Brüdern und Schwestern“ im Westteil des Landes einen Vorteil: Sie können Leben und Arbeit in zwei unterschiedlichen Systemen vergleichen. Deshalb einem Drittel der Ostdeutschen Empfänglichkeit für rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen zu unterstellen, ist sehr weit hergeholt. Wer hat denn nach 1945 die meisten Anhänger des Hitlerregimes in seine politischen und wirtschaftlichen Führungsfunktionen gebracht? Die DDR nicht, und sie hat nie ihre Soldaten in andere Länder zum Sterben geschickt!

Was das Wahlverhalten der Ostdeutschen betrifft, sollte man nicht vergessen, daß die Mehrzahl der heutigen Wähler schon nicht mehr in der DDR geboren wurde.

Wenn also jemand bei der Vermittlung demokratischer Werte versagt hat, dann das heutige System. Der Unwille der Wähler richtet sich vor allem gegen solche „demokratischen Errungenschaften“ wie das Zwei-Klassen-System im Gesundheitswesen und Rentensystem, gegen das undurchsichtige Rechtssystem und dergleichen mehr.

Empörung ruft die Moral zumindest eines Teils der gewählten „Volksvertreter“ hervor, die keine Skrupel haben, sich in „Nebenverdiensten“, oft noch unverteuert, die Taschen vollzustopfen, was kürzlich im Zusammenhang mit der Corona-Krise wieder mal an die Öffentlichkeit gelangte. Das Wahlverhalten der Ostdeutschen ist auch ein Reflex auf die sehr einseitige Aufarbeitung der Geschichte in Ost und West. Nur die Akten eines Geheimdienstes werden teilweise geöffnet, soweit es ins Konzept der Verurteilung paßt. Die eigenen werden wohlweislich geschlossen gehalten, selbst die der Treuhänder, die nach 1990 angelegt wurden. Und das soll bei den Ostdeutschen keinen Ärger hervorrufen?

Ralf Kaestner, Bützow

Kaum ist die Empörung über skrupellose Bereicherungen im Covid-19-Maskenhandel abgeschwollen, bricht der nächste hausgemachte Skandal auf. Die überforderte Exekutive überläßt privatem „Engagement“ ohne ernsthafte Kontrolle das Beutefeld und muß sich, nachdem üppig Steuergeld abgegriffen wurde, als Reparaturbetrieb betätigen, inklusive Zuständigkeitsdiskussionen. Auch hier liegen Ursachen eines zu konstatierenden Verfalls politischer Glaubwürdigkeit und den zu befürchtenden Folgen bei den kommenden Wahlen.

Richard Jawurek, Markkleeberg

BRD-Regierungen seit 1949, gleich ob christlich-demokratisch oder sozialdemokratisch oder auch in Koalition mit „Freien Demokraten“ und den „Grünen“ geführt, sind nicht nur blind geworden für deutsche Geschichte. Sie haben sie umgedeutet und gefälscht, um sie für sich nutzen zu können. So wurde und wird von ihnen der opferreiche Sieg der Sowjetarmee 1945 über die faschistische deutsche Wehrmacht permanent als bloße deutsche Kriegsniederlage propagiert. Neuerdings folgt die derzeitige Führung mit erleichtertem Blick auf ihre eigene Geschichte der Verleumdungsthese von der „Mitschuld der Sowjetunion“ am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Dem hingegen wird die Landung der Westalliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie als „Sieg gegen Hitler-Deutschland“ Jahr für Jahr hochgejubelt. Dabei bleibt ausgeblendet, daß die westlichen Alliierten erst in den Zweiten Weltkrieg eingriffen, als sie ihre Chancen für eine politische und ökonomische Einflußnahme in Europa schwinden sahen.

Nun wurde vom Bundespräsidenten auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“ verkündet, Deutschland müsse wieder „mehr Verantwortung“ für Europa und die ganze Welt übernehmen. Was ein militantes Deutschland unter „mehr Verantwortung“ versteht, hat in zwei verheerenden Kriegen Millionen menschliche Opfer, verbrannte Erde und den Holocaust als Höhepunkt von Völkermord gekostet.

Die bundesdeutsche Regierung ist Gewähr dafür, daß Macht und Gewinn ihrer kapitalen Auftraggeber gesichert werden. Sie befördert Gesetze zur Überwachung des Volkes, um jedwede Regung von Widerstand zu erfassen und zu ersticken. Sie mißbraucht ihren sogenannten Demokratiestatus, um sich nicht gegen neofaschistische Entwicklungen wenden zu müssen. Sie verpulvert Milliarden Euro für Kriegstreiberei durch Aufrüstung und Bundeswehr-Auslandseinsätze. Sie verweigert Gelder für Soziales in seiner vollumfänglichen Notwendigkeit. Und sie schürt die Gefahr eines dritten Weltkrieges, indem sie aktuell die BRD als Drehscheibe und Schlüssel für die militärische Drohung gegen Rußland in Gestalt des USA- und NATO-Manövers „Defender2020“ zur Verfügung stellt.

Es ist höchste Zeit für ein wirksames Aufgehen der Bürger aller Klassen und Schichten gegen Krieg, Rüstung, Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, sozialen Kahlschlag und mediale Manipulierung.

Manfred Wild, Berlin

An vielen Orten in Ostdeutschland wurde des 8. Mai 1945 gedacht. So auch in Wandlitz (Land Brandenburg), wo Bürgermeister Oliver Borchert gemeinsam mit Ortsvorsteher Rico Brauer aus

Klosterfelde auf dem dortigen Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee Blumen und Gestecke niederlegte. Formal markiert das Datum die bedingungslose Kapitulation der Hitlerwehrmacht und das Ende des Zweiten Weltkrieges. Symbolisch steht dieser Tag jedoch für die Befreiung von der faschistischen Terrorherrschaft. Borchert erinnerte an die Worte des ersten Bundespräsidenten der BRD Theodor Heuss (FDP), der von „einer kollektiven Scham der Deutschen“ sprach. Kurz zuvor hatte ich in der Bundestagszeitschrift „Das Parlament“ vom 26. April Auszüge aus der Rede des FDP-Politikers Alexander Graf Lambsdorff gelesen, wonach Rußland heute in der Nähe der Ukraine vermutlich eine „militärische Invasion“ vorbereite. Wörtlich: „Das werden wir nicht akzeptieren“. Die NATO bleibe wachsam und werde Rußlands „ungerechtfertigten Ausbau der Militärpräsenz“ weiter beobachten.

Die Russophobie als moderne Form des Antisowjetismus hält nicht nur unvermindert an, sondern wird von Tag zu Tag gefährlicher. NATO-Manöver an Rußlands Grenzen sollen in der Welt als „Friedensakt“, als „westlicher Demokratie-Export“ unwiderrspochen akzeptiert werden. Dazu Lambsdorff: „Die Russinnen und Russen haben Demokratie verdient. Dabei sollten wir sie unterstützen.“ Das ist eine unterschwellige Kriegserklärung im Sinne semantischer Kriegführung. In den USA läuft das in der betreffenden Fachliteratur als PSYOP, also psychologische Operationen.

Während der FDP-Politiker von einst den Gefühlszustand der meisten Deutschen nach dem Ende des verbrecherischen Hitlerkrieges zum Ausdruck brachte, verbirgt der andere FDP-Politiker von heute die Kriegsabsichten der deutschen Rüstungsindustrie in verschleiern den Worthülsen.

Dr. Dieter Langer, Berlin

Ich bin Jahrgang 1922, habe ab Januar 1944 am 2. Weltkrieg teilgenommen und geriet in Italien in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

Die Offiziere, die am 20. Juni 1944 das Attentat auf Hitler durchführten, genießen den Ruf, sich ihrem Oberbefehlshaber verweigert und die wahren Interessen des Landes vertreten zu haben. Doch sie waren auch selbst in den Vernichtungskrieg verstrickt. Hitler konnte seine Kriege nicht allein planen, vorbereiten und durchführen, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit der militärischen Elite, also mit den Generalen von Heer und Luftwaffe, von Admiralen der Marine sowie deren Gehilfen: den Generalstabs- und Admiralstabsoffizieren.

Gewiß äußerten einige von ihnen militärische Bedenken gegen Hitlers radikalen Kriegskurs. Tatsächlich hat es auch in wichtigen militärischen Spitzenstellungen Umbesetzungen und Versetzungen gegeben. Auch in der Planungsphase des Krieges gegen Frankreich gab es Einwände. Als aber dann der „Blitzkrieg“ gegen Frankreich mit einem triumphalen militärischen Erfolg endete, verstummten diese Stimmen.

Dann, im Sommer 1944, nach der Landung der Alliierten in der Normandie, als der Luftkrieg der Amerikaner und Briten eskalierte, als sie Flächenbombardements gegen Städte und Wohngebiete durchführten, deren Folgen dramatisch waren, als die sowjetischen Truppen unaufhaltsam vorwärts drangen, als die Kampfhandlungen sich zunehmen den Grenzen des deutschen Reiches

nährten, da war denkenden Menschen klar, daß dieser Krieg nicht mehr siegreich beendet werden konnte. Warum erst nach fünf Jahren Krieg, also sehr spät, das Attentat?!

Wenn auch in den Jahren davor mehrmals solche Versuche gegen Hitler geplant und erfolglos durchgeführt wurden, hatten sie doch nicht den Charakter einer politischen Aktion gegen das Regime wie im Juli 1944. Es waren jetzt meist Adlige Generalstabsoffiziere, die hinter dem Attentat des 20. Juli standen. Auch sie mußten erkennen, daß dieser Krieg verloren war.

Ich überlege, was der eigentliche Grund für das späte Handeln der Militärs war. Wollten sie ihr Leben retten, ihre Güter und Besitztümer, das Leben ihrer Angehörigen? Wollten sie wiedergutmachen, daß sie allzu lange Helfer und Nutznießer Hitlers waren?

Meiner Meinung nach war es in Anbetracht der Millionen Toten, der Millionen Flüchtlinge, des Elends und der Kriegszerstörungen zu spät.

Horst Girbert, Potsdam

„Staatsterrorismus“ war der Aufmacher der ARD-Spätnachrichten am 24. Mai – gerichtet gegen Belorußland.

Genosse Udo Stegemann hat in unserer Regionalgruppe zu diesem Thema referiert und herausgearbeitet, daß die Kette staatsterroristischer Verbrechen lang ist: Interventionskriege nach der Oktoberrevolution, faschistischer Überfall auf die Sowjetunion und viele weitere Länder, später die Schweinebuch invasion gegen Kuba, die Stellvertreterkriege in Südostasien und im Nahen Osten, das Initiieren und Organisieren des faschistischen Putsches in Chile, der Überfall auf Granada und in letzter Zeit die Stay-Behind-Strukturen, angewendet auch zur Destabilisierung westeuropäischer Gesellschaften.

Es ist eindeutig, welche Staaten sich terroristischer Mittel bedienen – bis in unsere Tage.

Heute dient er als Eckpfeiler in der „Strategie der Spannungen“ gegen Belorußland und Rußland. Moskau reagierte deeskalierend. Frau Merkel nicht. Dr. Udo Stegemann hat die Interessenlagen der Herrschenden klar herausgearbeitet, was ich als sein Vermächtnis betrachte. Er ist im Anschluß an die „RotFuchs“-Veranstaltung im Mai gestorben.

Achim Pilarski, Potsdam

Die Herrschenden haben Herrn Altmaier am 7. Juni mitteilen lassen, daß sie keinen Weg sähen, der an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorbeiführe. Das sehe ich ganz anders. Durch technischen Fortschritt steigt die Produktivität. Mit weniger menschlichem Arbeitseinsatz ist dank Maschinen und Robotern immer mehr Wertschöpfung möglich. In Deutschland wächst die Arbeitsproduktivität seit Jahrzehnten beständig. Allein zwischen 1991 und 2012 stieg die Produktivität laut Statistischem Bundesamt pro Arbeitsstunde um rund 35 Prozent. Um wieviel Prozent stiegen denn die Löhne in dieser Zeit? So gut wie gar nicht. Und damit wurden auch nicht 35 Prozent mehr in die Rentenkasse eingezahlt. Auch Riester schröpfte die Rentenkasse. Zwischen den 70ern und 80ern waren die Zuwachsraten noch höher. Die Reallöhne stiegen in derselben Zeit deutlich geringer. Das heißt: Die gesellschaftliche Dividende des Fortschritts wird seit Jahrzehnten nicht an die Arbeitenden weitergereicht und somit auch nicht der Rentenkasse zugeführt, sondern mehrt den Profit von Kapitaleignern.

Der Umbau der Sozialsysteme – wie durch die „Agenda 2010“ – tut ein Übriges. Auf die Beschäftigten wird Druck „von unten“ aufgebaut. Wer mit geringeren Löhnen etc. nicht einverstanden ist, muß hartzen. Auch das schmälert die Rentenkasse. Wie kann man trotz der veränderten Altersstruktur gute Renten sichern? Da weiterhin moderne Technik herkömmliche Arbeitsplätze verdrängen wird, ist eine Veränderung des Systems der Rentenbeitragszahlung erforderlich.

Die von den sogenannten Arbeitgebern an die Rentenkasse abzuführenden Beiträge dürfen nicht mehr an die Bruttolohnsumme des Unternehmens gekoppelt werden, sondern sind an den Gewinn der Unternehmen zu binden. Das wäre gerecht, auch für kleine Handwerksbetriebe.

Als Sofortmaßnahme sind die deutschen Milliarden, die lt. der Schweizer Bank USB von März 2019 bis Juli 2020 im Durchschnitt eine Milliarde Dollar Profit machten, mittels einer Sondersteuer zur Rentenfinanzierung heranzuziehen.

Die Arbeitsproduktivität stieg nicht nur in der Industrie und bei den Dienstleistungen, sondern in allen Bereichen.

Am 6. August nannte die Phönix-Sendung „Zukunft der Landwirtschaft“ folgende Fakten: Im Jahre 1900 ernährte ein Bauer vier Städter. Im Jahre 2015 ernährte ein Bauer 150 Städter.

Deutlicher geht's ja nicht, oder?

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Zu R. Denner, D. Lampe: Zum 75. Jahrestag der Eröffnung des Palastes der Republik, RF 279, S. 25
Es ist gut, wenn an dieses Ereignis erinnert wird. Von 1975 bis 1978 habe ich in Schönevide an der Fachschule für Werbung und Gestaltung studiert und so fühle ich mich mit Berlin herzlich verbunden.

Sie haben uns dieses Ensemble aus dem Fleisch unserer DDR-Identität gerissen. Warum lassen sie dann den Fernsehturm stehen? Er würde ihnen wohl im Halse stecken bleiben!

Aber die Genugtuung folgt für mich auf dem Fuße – das Forum mit seiner Beutekunst. Im doppelten Sinne. So werden sie im Gespräch bleiben all jener ihrer Minderheiten und Opfer, bis sie sich wünschten, sie hätten es nie getan, diesen Abriß! Da fällt mir nur das Schiller-Gedicht ein von den Geistern, die sie riefen, und die sie nie wieder loswerden.

Es hat ihnen nicht gereicht, den Osten zu deindustrialisieren, nein, es muß auch noch die Kultur eliminiert werden. Dafür gibt's dann Cristal Meth und Hartz IV.

Und sie können ihrer eigenen Systemdemontage nicht entkommen, denn sie müssen hierbleiben, hier, auf dieser Erde, die sie selbst zerstören, und da nützt ihnen das dürre Mäntelchen der freien Marktwirtschaft nichts. Sie werden darin erfrieren, denn sie können nicht anders als zerstören und töten.

Adelheid Krinke, Chemnitz

Zu Hans-Jürgen Joseph: Abrücken vom Marxismus-Leninismus ..., RF 280, S. 14

Der Autor stellt die Frage, ob das Abrücken vom Marxismus-Leninismus eine „Ursache des Zusammenbruchs des europäischen Sozialismus“ war. Nach meiner Überzeugung trifft das nicht zu. Im „RotFuchs“ wurden schon mehrfach Beiträge zu den Gründen des Abbruchs des Sozialismus in der UdSSR veröffentlicht. Dabei sind wir auf die Bedeutung der Rüstung, gar Überrüstung

dieses Landes im Kalten Krieg, im Rahmen des Wettrüstens mit den USA zu sprechen gekommen. Wir wissen zu wenig, im Grunde genommen nichts Genaues über die ökonomischen Probleme, die dieses Wettrüsten für das Land aufgeworfen hatte. Wir müssen aber davon ausgehen, daß ein Kollaps dieses Landes bevorgestanden hätte! Ich betone: Hätte. Der UdSSR blieb deshalb – wenn dies richtig ist – gar nichts anderes übrig als eine Politik zu initiieren, die sie vor diesem Desaster rettete. Was war – und ist – der Sinn dieses Kompromisses, das dieses Land historisch eingegangen ist? Ganz klar: Opfern des Gesellschaftscharakters, Rückbau auf eine besondere (neue?) Staatsform des „Kapitalismus“, an der noch immer gebastelt wird; auf der anderen Seite aber Staatserhalt Rußlands unter allen Umständen.

Sind solche Kompromisse oder relativen Rückzüge aus der Geschichte erlaubt? Unter Berücksichtigung von Kräfteverhältnissen in der Weltpolitik – ja. Ich erinnere an Brest-Litowsk, an den Nichtangriffsvertrag zwischen dem faschistischen Deutschland und der Sowjetunion von 1939. Die Sowjetunion war in ihrer Politik seit der Oktoberrevolution zweigeteilt: Einerseits ging es um den Aufbau einer neuen, zum Kapitalismus alternativen, höheren Gesellschaft – eben den Sozialismus, andererseits aber um das Sicherheitsbedürfnis dieses Landes vor äußeren Angriffen.

Wir müssen Länder in ihrer Besonderheit, die dem Marxismus/Leninismus dienen, besser verstehen. Oder das Konkrete im Allgemeinen.

Der Marxismus/Leninismus kann nicht nur Prinzip, er muß auch Taktik sein. Ein Prinzip ist leicht zu begreifen, eine Taktik schwer, manchmal auch gar nicht, bis heute nicht. Vielleicht auch deshalb, um die Rückkehr zum Prinzip zu erleichtern?

Hermann Jacobs, Berlin

Tief betroffen bin ich von der Entscheidung des Stadtrates von Eisleben, die Wiederaufstellung des stadt-eigenen Lenindenkmals abzulehnen und ein dafür mögliches Plebiszit zu verweigern. Mit diesem Beschluß wird wieder überdeutlich, daß auch auf kommunaler Ebene der Kampf um eine genehme Bewertung der Geschichte geführt wird. Man will damit alles ausmerzen, was für eine gesellschaftliche Alternative gegenüber dem Kapitalismus stehen könnte. Nichts ist gemein genug, um das Gedenken an historische Persönlichkeiten, die sich für eine friedfertige und soziale Gesellschaftsordnung eingesetzt haben, öffentlich zu diskreditieren. Dafür wird auch die bürgerliche heilige Kuh des Plebiszits auf dem Altar des Stadtrates von Eisleben geopfert. Die vielfach propagierte bürgerliche Freiheit einer demokratischen Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger wird per Beschluß nicht zugelassen. Ja, haben die Stadträtinnen und Stadträte der ablehnenden Stadtratsfraktionen so wenig Vertrauen in das von ihnen so viel beschworene Volk? Haben sie Angst, daß ihre Argumente nicht überzeugen und die Menschen sich ihrer Geschichte im ersten sozialistischen deutschen Staat erinnern und Lenin den Platz zuweisen, der ihm zukommt?

Die Ablehnung einer aktiven Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger durch gewählte „Volksvertreter“ des Eislebener Stadtrates ist ein undemokratischer Akt und stellt eine Art Entmündigung dar.

Raimon Brete, Chemnitz



■ „RotFuchs“- Gruppe Plauen

Am 28. Juli um 17 Uhr Gedankenaustausch zum Thema:
Wie positionieren wir uns zur Bundestagswahl 2021?

Eine Diskussionsgrundlage geben:

Wolfgang Dockhorn, Stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins e.V., und Johannes Höfer, Kandidat für die Bundestagswahl/DIE LINKE- Vogtland

Ort: Wohngebietstreff, August-Bebel-Straße 1, 08525 Plauen

■ „RotFuchs“-Veranstaltungen im Juli + August

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 28. August um 10 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Linke Positionen zu den Bundestagswahlen**

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, 15711 Königs Wusterhausen

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel

Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX